Antifaschistisches
INFO BLATT 28
November/Dezember 1994 5,– DM

Welche Karte sticht als Nächste?



Schwerpunkt:
Der Apparat rückt nach rechts

NF-Nachfolger:
Pohl organisiert Zellenstruktur, Schönborn organisiert Pleiten

Neue Rechte:
»National-bolschewismus«

Stop the Murder Trial!
Internationale Aktionen zum Prozeß-auftakt in Berlin

VAM – Nazi-Terror aus Schweden



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 28, November/Dezember 1994

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,– DM

Abo: 30,– DM/Jahr (s. Seite 51)

Nachdruck: In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wir die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Länger als gewohnt mußtet ihr auf das neue Info warten. Wir stecken bis über beide Ohren in der Arbeit, deshalb legten wir eine längere Pause ein. Ab jetzt erscheint das Info wieder in den gewohnten Abständen.

Der Schwerpunkt liegt diesmal auf der Rechtsentwicklung innerhalb der politischen Klasse (siehe nebenstehenden Artikel). Erfreuliches gibt aus Dänemark zu berichten, wo die Nazis Schönborn und Christophersen ihre Koffer packen müssen. Wir informieren über neue Entwicklungen der Nachfolgeorganisationen der verbotenen Parteien und decken auf, wer sich hinter der schwedischen Terrorgruppe 'Weißer Arischer Widerstand` (VAM) verbirgt. Beeindruckt sind wir von dem beispielhaften internationalen Protest gegen das »Kaindl-Verfahren« in Berlin. Auf der Rückseite beteiligen wir uns an dem Aufruf zu einem weiteren internationalen Protesttag am 9. November. Im Mittelpunkt steht die Situation der verfolgten Sinti und Roma in Europa.

Leider müßen wir den Preis des Infos auf 5.-DM belassen. Wir haben mit diesem Schritt lange gezögert, doch es zeichnet sich ab, daß wir sonst die laufenden Kosten nicht mehr decken könnten. Nicht erhöht werden die Abo-Preise. Bitte habt dafür Verständnis.

Eure Info-Redaktion,
Berlin 3.10.94

Nach der Wahl

Welcher Trumpf sticht als nächstes?



Die CDU hat es wieder einmal geschafft. Rechts von ihr konnte sich diesmal noch keine Partei etablieren. Medienwirksam wurden die »Republikaner« in die extreme Ecke gestellt, medienwirksam wurden Aufmärsche von Neonazis und einige ihrer Treffen verhindert. Ist das ein Grund zur Zufriedenheit? Wir meinen, Nein!

Die CDU/CSU im Besonderen hat nicht die rechten WählerInnen von Demokratie überzeugt, sondern sich selbst nach rechts bewegt. Die Neonazis dienen als Vorzeigeobjekt, gegen das sich die Konservativen abgrenzen können, um ihren Platz in der »Mitte« zu behaupten. Bei ihrer politischen Ausrichtung ist momentan für eine weitere Wahl-Partei am rechten Rand einfach kein Platz. Ein Wahlmanöver, das vor allem der lädierte Ruf Deutschlands im Ausland erforderte. Eine Koalition mit einer Partei wie den REPs wäre hier nicht so einfach möglich wie derzeit in Italien mit den Mussolini-Erben. Deutschland würde Gefahr laufen, international isoliert zu werden. Deshalb mußten die Mordbuben gestutzt werden, auch wenn sie für Onkel Helmut und den Pogromstrategen Schäuble bisher gute Dienste geleistet haben. Dies ist vor allem der internationalen Öffentlichkeit zu verdanken, die Geschichte nicht so schnell vegißt wie hierzulande üblich.

Der Apparat rückt weiter nach Rechts

Im Apparat jedoch, in der Verwaltung, in der Mehrheit der »demokratischen« Parteien der Mitte« und in der Polizei grassiert aggressiver deutscher Nationalismus. Nicht unbedeutende Teile der CDU stellen die »Westbindung« Deutschlands in Frage, Kamerad Schäuble diskutiert in der FAZ mit der Neuen Rechten, genauso wie zahlreiche CDU-Vertreter, FDPler oder auch Sozialdemokraten. Illustre Zusammenkünfte der »nationalen Familie« von »liberal« und konservativ bis hin zu Neonazis treten verstärkt an die Öffentlichkeit. Ein großer Teil der rechten Seilschaft outete sich selbst Ende September mit einem *»Berliner Appell«* in der taz. Die Unterzeichner beklagen den bösen Antifaschismus, der auf sie, die Kräfte der Vergangenheit, eine *»Hexenjagd«* veranstalte. In Berlin machte zuvor das sog. »Dienstags-Gespräch«, ein Familientreffen der oben beschriebenen Art, Furore. Der damalige Pressesprecher des Berliner Innensenators, Hans-Christoph Bonfert (CDU), pflegte intensiven Kontakt zu rechtsextremen Zirkeln. Anstatt diese Kontakte zu ächten wurde der Konflikt in einem faulen Koalitionskompromiß mit der SPD dezent beiseite geschoben. Deutlich wird an diesen Beispielen die Doppelstrategie der national-konservativen Seilschaften und der CDU/CSU: Nach außen wird sich von der extremen Rechten distanziert, hinter verschlossenen Türen wird mit ihr debattiert.

Rassismus und offene Sympathie mit Neofaschisten grassiert innerhalb der deutschen Polizei. Die bekanntgewordenen Übergriffe von Berlin und Hamburg stellen nur die Spitze des Eisberges dar. Selbst die Berliner Innenbehörde mußte reagieren, auch wenn sie es halbherzig und nicht gerne tut. Immerhin hat die UNO-Menschenrechtskommission einen Beobachter für die Polizei in die deutsche Hauptstadt entsandt.

Die Bundeswehr marschierte vor dem Brandenburger Tor auf. Ein kleiner Zapfenstreich im Fackelschein. Welch Glück, für das Ansehen im Ausland, daß einem der Organisatoren noch rechtzeitig einfiel, daß es geschickter sei, die Armee nicht durch das Tor marschieren zu lassen. Man erinnerte sich dunkel, daß dies irgend jemand vor 61 Jahren schon einmal zelebrierte. Was der Öffentlichkeit als Abschiedsfeier für die Allierten verkauft wurde, war das Einläuten einer neuen Zeit. Wolfgang Schäuble wirbt in seinem neuesten Buch für einen vorerst gemäßigten deutschen Imperialismus. Zweimal habe man es mit dem Brecheisen versucht, jetzt soll es schrittweise erfolgen. Sein Konzept zur Schaffung eines Kerneuropas der reichen Länder unter Führungsrolle der *»ökonomisch stärksten Macht des europäischen Kontinents«* soll die nächste Etappe darstellen. Selbstverständlich seien dazu auch Einsätze der Bundeswehr nötig. Als Hauptfeind brandmarkt er den *»Pazifismus«* und stellt ihn mit der *»deutschen Großmannssucht«* auf eine Ebene.

Nicht das Ziel einer deutschen Weltmachtsrolle ist im rechten Lager umstritten, sondern der Weg dahin. Einigkeit besteht in der Verbreitung des überkommenden Nationalbewußtseins des Blutes, einer »Schicksalsgemeinschaft« der Deutschen, der sich individuelle Interessen unterzuordnen hätten. Die Ziele sind formuliert, doch der Weg dahin ist noch lange nicht abgeschlossen.

Ausblick

Erst wurde mit Hilfe der Pogromwelle das Asylgesetz gekippt, die deutsche Ostgrenze zu einer Festung ausgebaut und der »demokratische Konsens« nach Rechts verschoben. Das Gesetzespaket zur Inneren



Die Zeit der Scham ist vorbei: Deutsche Panzer fahren wieder durch Paris.

Sicherheit, unter Hinweis auf die »Ausländerkriminalität«, markiert eine weitere Etappe auf dem Weg zum autoritären Obrigkeitsstaat. Die erneute Auflage der Debatte um die Rückgängigmachung der Bodenreform im Osten zwischen 1945 und 1949 nach dem Motto »Junkerland in Junkerhand« kann sich sehr schnell auch auf Gebietsansprüche gegenüber dem polnischen Nachbarn ausweiten.

Der Fackelschein der Bundeswehrsoldaten unter dem Brandenburger Tor deutet an, was wir als nächstes zu erwarten haben. Die deutsche Bevölkerung ist in ihrer Mehrheit noch lange nicht bereit, wieder mit Halali in den Krieg zu ziehen. Das müßte sie aber, wenn die Großmachtsphantasien der Konservativen Wahrheit werden. In Berlin verweigern 40% der Jugendlichen die Musterung. Eine hoffnungsvoll hohe Zahl hält nichts vom Arsch zusammenkneifen, robben und gehorchen. *»Soldaten sind Mörder«* sagte Kurt Tucholsky schon in der Weimarer Zeit. Das Bundesverfassungsgericht meint, daß diese Berufsbezeichnung von nun an nicht mehr strafbar ist. Der Bundestag sieht das selbstverständlich anders und schäumt in seiner Mehrheit über den Spruch des obersten Gerichtes.

Antimilitarismus und Antifaschismus gehören zusammen. Denn es geht um mehr als die Bekämpfung der Stiefelnazis. Es geht um die Bekämpfung eines neuen deutschen Imperialismus. Es geht darum, die Rechten daran zu hindern, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Für die Rechten ist die Erinnerung an die Greuel des NS-Faschismus, an Auschwitz, Treblinka und Birkenau, an das zerstörte Europa und der Größenwahn der Alt-Nazis der größte Störfaktor. Die Erinnerung soll in einem Land weichen, dessen Bevölkerung nie die eigene Geschichte verarbeitet sondern verdrängt hat. Die letzten Überlebenden der Konzentrationslager werden in den nächsten Jahren sterben, damit droht auch ein Teil der Erinnerung und der Mahnung zu sterben. Die Antifa und auch die Linke wären gut beraten, von den Zeitzeugen des Holocausts zu lernen, bevor es zu spät ist. Denn wenn diese Erinnerung verblaßt, würde auch eines der letzten Bollwerke fallen, das die Rechten noch an freier Entfaltung hindert. Die Geschichte, die Jüdinnen und Juden, Sintis und Roma, KommunistInnen, SozialdemokratInnen oder HumanistInnen, während der NS-Zeit in den Konzentrationslagern durchlitten, darf sich nicht wiederholen. Wir sind die Generation, die diesen Kampf führen wird, wir brauchen die kritische Aufarbeitung der Erfahrungen der Alten, um für die Zukunft zu lernen.

Im Kampf für eine bessere Gesellschaft

Aber mit wem und wie sollen wir den Kampf führen? Zusammen mit allen Menschen, die das Rückgrat haben, gegen Faschismus und Rassismus aufzustehen, für die Menschenwürde keine hohle Phrase ist. Unsere Grenzen sind keine nationalen Grenzen, unsere FreundInnen sind schwarz und weiß. Wir ziehen die Grenzen zwischen den Herrschenden und den Unterdrückten, zwischen menschlichen Einstellungen und Barbarei. Eine konkrete Vorstellung von der Gestaltung einer besseren Gesellschaft werden wir erst im Dialog Schritt für Schritt entwickeln. Zu überwinden sind nicht nur die Konkurrenz- und Profitorientierung des Kapitalismus, sondern auch die Trümmerhaufen linker Phrasendrescherei, des autoritätsgläubigen Sozialismus und des Stalinismus. Das Neue entsteht nicht im Studierzimmer, sondern in der permanenten Auseinandersetzung in der Praxis. Das heißt weiter aufzustehen gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus. Mehr Beachtung sollten wir den nationalkonservativen Seilschaften widmen, dem Rechtsruck in den Sicherheitsbehörden und der Verwaltung. Aus der Geschichte ist bekannt, daß dies untrügliche Zeichen für einen weiteren Rechtsruck sind. Eines wissen wir auf jeden Fall: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, sondern nur überlebt! (Berlin 1.10.94)



Man kennt sich gut...

Der Berliner »Tagesspiegel« brachte am 15. Juni ans Licht, was bereits seit längerem vermutet worden war: Es gibt Beziehungen zwischen der Berliner Innenbehörde und bekannten Rechtsextremisten. Der Pressereferent des Innensenators Dieter Heckelmann, Hans-Christoph Bonfert, war seit Mai letzten Jahres nahezu regelmäßig Teilnehmer am sogenannten »Dienstagsgespräch«.

...und plaudert miteinander

Beim monatlich (u.a. im Hiltonhotel[1]) stattfindenden »Dienstagsgespräch«, laut Heckelmann ein Treffen ehrenwerter Bürger[2], handelt es sich um eine Zusammenkunft rechter Prominenz aus Medien, Wirtschaft und Politik. Die meisten Teilnehmer und Referenten sind keine Unbekannten: Jörg Haider von der »Freiheitlichen Partei Österreichs«, Manfred Brunner vom »Bund Freier Bürger«, der stockkonservative CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer sowie der ehemalige Berliner Vorsitzende der »Republikaner« Klaus Weinschenk (siehe Kasten).

Vorbild des »Dienstagsgesprächs«, das durch Anzeigen in den rechten Blättern »Criticon« und »Junge Freiheit« für seine Veranstaltungen warb[3], ist die Düsseldorfer »Herrenrunde«. Mitglieder dieses Kreises finanzierten bereits 1989 den Europawahlkampf der »Republikaner« in Form von Bürgschaften und Darlehen[4]. Organisator der sogenannten »Herrenabende« ist unter anderem Carl Zimmerer, Interviewpartner der »Jungen Freiheit« und Autor in »Nation und Europa«[5] sowie »Criticon«[6]. Zimmerer war auch Referent der Berliner »Dienstagsgespräche«.

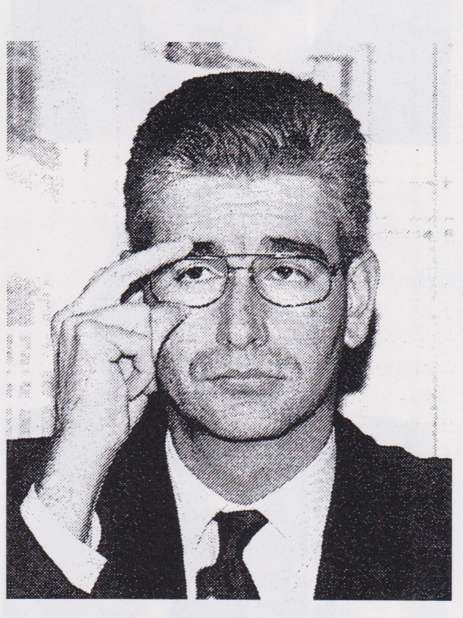
Bereits der Name der Düsseldorfer »Herrenrunde« zeigt, in welcher Tradition sich dieser illustre Kreis sieht: In der Weimarer Republik vereinte der »Deutsche Herrenklub« Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Adel mit dem Ziel, eine konservative Elite herauszubilden und das demokratische System zu stürzen[7]. Mit dabei auch jene Bankiers und Industriellen, die sich Ende 1932/Anfang 1933 für eine Einsetzung Hitlers als Reichskanzler stark machten[8].

Pressereferent Hans-Christoph Bonfert will nach eigenen Angaben die beim »Dienstagsgespräch« ein- und ausgehenden bekannten Rechtsextremisten gar nicht bemerkt haben[9]. Auch zwei andere Teilnehmer bemühten sich sogleich, den Namen »Dienstagsgespräch« reinzuwaschen: Der Welt-Redakteur Rainer Zitelmann, vor kurzem selbst noch im Mittelpunkt der Öffentlichkeit, weil er selbst der konservativen Welt-Redaktion zu extrem ist (siehe *Antifa Infoblatt* Nr. 27), nahm den Gesprächskreis ebenso in Schutz[10] wie Tilman Fichter[11], SPD-Mitglied mit zahlreichen Kontakten nach rechtsaußen.

Vielleicht ist die Rechtslastigkeit der »Dienstagsgespräche« Bonfert auch nur deshalb »entgangen«, weil er selbst in dieser politischen Richtung zu Hause ist. Der 31jährige kann bereits auf eine längere Karriere bei der ultrakonservativen »Paneuropaunion Deutschlands« zurückblicken (siehe Kasten), derzeit ist er Beisitzer im Bundesvorstand sowie Redakteur der Zeitschrift »Paneuropa Deutschland«[12]. Zudem ist Bonfert seit 1988 Abonnent der faschistischen Zeitung »Junge Freiheit«, mit deren Chefredakteur Dieter Stein er guten Kontakt zu pflegen scheint. Ende letzten Jahres setzte sich Bonfert zusammen mit dem CDU-Abgeordneten Ekkehard Wruck bei Innensenator Heckelmann für ein Anliegen der »Jungen Freiheit« ein[13]. Nach Angaben von der stellvertretenden Vorsitzenden der neofaschistischen »Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP)«, Ursula Schaffer, hat Bonfert auch an Veranstaltungen dieses rechtsextremen Sammelbeckens teilgenommen[14].

Bonfert ist also ebensowenig ein Neuling in der schwarzbraunen Zone von Konservativen bis hin zu Faschisten wie Hans-Ulrich Pieper, der die »Dienstagsgespräche« organisierte. Pieper, von Tilman Fichter als FDP-Mitglied eingeschätzt[15], ist seit über 20 Jahren als »Nationalrevolutionär« bekannt, der eine »Brücke zwischen Rechts und Links« zu schlagen versucht, um die Linke für seine nationalistischen Ideen zu gewinnen. 1979 ließ er sich in der »neu«rechten Zeitschrift »Criticon« über die »sozialistischen Ideale« des »linken« NSDAP-Flügels aus. Ebenfalls in »Criticon« folgte 1992 ein »Bündnisangebot« an die Linke[16].

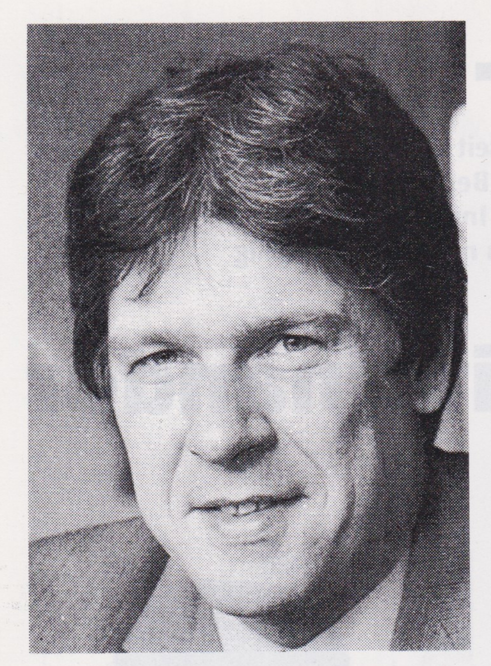
Bei Polizei und Verfassungsschutz ist Pieper kein Unbekannter. Gegen ihn wurde 1968 wegen eines Überfalls auf das Berliner Büro des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes ermittelt[17], als Mitglied



Hans-Christoph Bonfert, ehemaliger Pressesprecher des Berliner Innensenators Dieter Heckelmann (CDU) [oben]

Das Mitglied des Abdeordnetenhauses Axel Hahn (FDP) [unten]









der »neu«rechten Keimzelle »Außerparlamentarische Mitarbeit (APM)« und Funktionär der »Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB)« der NPD war er 1970 dabei, als SPD-Veranstaltungen angegriffen wurden[18]. Pieper war auch im sog. »Zollernkreis« aktiv[19]. Heute pflegt Pieper – nach einem Zwischenspiel bei den »Republikanern« – gute Kontakte zur rechtsextremen »Deutsch-Europäischen Studiengemeinschaft (DESG)« sowie zum »Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk (HvFB)«, welches eng mit der BKP zusammenarbeitet. So trieb sich Pieper bei einer Veranstaltung des HvFB am 23.2.94 in Berlin-Friedenau herum, an der auch Mitglieder der militanten FAP und der faschistischen »Deutschen Liga (DL)« teilnahmen[20].

Mit den nun bekanntgewordenen Connections vom Pressereferenten des Innensenators zur rechtsextremistischen Szene bestätigen sich Vermutungen, die bereits vor zwei Jahren aufkamen. Im Herbst 1992 posaunte die »Deutsche Liga für Volk und Heimat«[21] aus, sie sei bestens über die Ermittlungen im Fall des Todes vom DL-Funktionär Gerhard Kaindl (siehe Berichte über den Prozeß in diesem Heft) informiert. Von wo die Informationen so üppig an die DL flossen, ist bis heute nicht geklärt. Klar ist allerdings, daß die DL-Funktionäre Thorsten Thaler und Carsten Pagel auch Mitglieder des »Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks« und Berliner Redakteure der faschistischen »Jungen Freiheit« waren. Die »Junge Freiheit« war ihrerseits genauso regelmäßig auf den »Dienstagsgesprächen« präsent wie Hans-Christoph Bonfert.

Die guten Kontakte, die Bonfert in dieser Runde nach rechts pflegte, sind in Polizeiberichten festgehalten: »Wie schon bei den letzten Dienstags-Gesprächen beobachtet, wartete Herr Bonfert auf Herrn Pieper. Sie verließen gemeinsam den Veranstaltungsraum. Bei den letzten Treffen hatten sie sich jeweils nach der Veranstaltungsrunde mit einigen Teilnehmern zusammengesetzt«.[22] Allerdings scheint ein solcher Kontakt zu einem bekannten Neofaschisten in der Berliner Innenbehörde nichts Außergewöhnliches zu sein. Innensenator Heckelmann, seit April über den Umgang seines Referenten informiert[23], sah offenbar keinen Anlaß zum Handeln. Stattdessen erhielten die Unterlagen den Vermerk: »Zurück an LfV [Landesamt für Verfassungsschutz] mit dem Bemerken, daß die Unterlagen nunmehr (...) vernichtet werden sollten«.[24]

Vielleicht sind Ermittlungsergebnisse immer deshalb so schnell den Rechten bekannt, weil solche Kontakte in der Berliner Innenbehörde nicht ungewöhnlich sind. Bonfert jedenfalls wird dort weiterhin tätig sein, wenn auch nicht mehr als Pressesprecher Heckelmanns sondern als der der Betriebskrankenkasse. ■

Von oben nach unten:
Dr. Ekkehard Wruck (CDU-MdA), Prof. Dr. Carl Zimmerer, Prof. Dr. Arnulf Baring
Foto unten: ***Dr. Heinz Kremzow, Ulrich Pieper und Ingrid Schönhuber bei einer Pressekonferenz anläßlich der Vorstellung der Münchener Stadtratskandidaten (1989)***



Quellen: diverse Zeitungsartikel, insbesondere von Berliner Tageszeitungen, Artikel aus den *Antifaschistischen Nachrichten*
1) Berliner Zeitung, 17.6.94.
2) Neues Deutschland, 18.6.94.
3) die tageszeitung, 20.6.94.
4) Terz Nr.2, Februar 1993.
5) Ebenda.
6) die tageszeitung, 20.6.94.
7) Gut dargestellt werden die Ziele des Herrenkulubs von Yuji ISHIDA: Jungkonservative in der Weimarer Republik. Der Ring-Kreis 1928-1933, Frankfurt/M. 1988.
8) Ebenda sowie Eberhard CZICHON: Wer verhalf Hitler zur Macht?, Köln 1967.
9) Neue Zeit, 16.6.94.
10) Die Welt, 17.6.94.
11) Neues Deutschland, 18.6.94.
12) die tageszeitung, 20.6.94. Zwar versucht die »Paneuropa-Union«, sich selbst als demokratische Organisation darzustellen, zu den Mitgliedern zählen aber Otto von Habsburg, Heinrich Lummer, Wilfried Böhm sowie andere ultrarechte CDU'ler, auch Hans-Ulrich Pieper war hier schon aktives Mitglied.
13) Berliner Zeitung, 23.6.94. Wruck hat seinerseits in seinem CDU-Ortsverband in Berlin-Halensee für Aufsehen gesorgt: Im März 1994 stellte er ein 12-Punkte Programm vor, verfaßt von Adrian Winkler, Jakob Prinz und Roman Höpfner (alle »Junge Union«), welches »die vorrangige Versorgung des deutschen Bürgers bei Arbeit, Wohnung und Sozialleistung« und die »Begünstigung deutscher kinderreicher Familien« ebenso fordert wie eine »starke nationale volkskonservative politische Führung« (Tsp 19.9.94).
14) Berliner Morgenpost, 16.6.94.
15) Neues Deutschland, 18.6.94.
16) die tageszeitung, 20.6.94.
17) Berliner Morgenpost, 17.6.94.
18) Der Rechte Rand Nr.30, Aug/Sept 1994.
19) junge Welt, 21.6.94. Im »Zollernkreis« tummeln sich sowohl rechte CDU'lern (wie Otto von Habsburg, Herbert Czaja, Heinrich Lummer und Jürgen Wohlrabe) als auch bekannte Faschisten, etwa Sven Thomas Frank (ehemaliger APM-Vorsitzender, heute »Republikaner«) Rudolf Kendzia (Ex-NPD, Ex-REP, mittlerweile bei der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« gelandet) und Frank Schwerdt (Ex-NPD, Ex-REP, heute »Deutsche Liga«/ »Die Nationalen«).
20) Berliner Morgenpost, 17.6.94.
21) Die »Deutsche Liga« ist eine Organisation, in der sich ehemaligen JU'ler, ehemaligen Republikaner und ex-NPD'ler versammeln – bis hin zu militanten Neonazis, wie etwa Christian Wendt aus Berlin-Rudow, Mitglied der mittlerweile verbotenen »Nationalistischen Front«, der bereits einige Zeit im Knast verbrachte, und Leitender Redakteur des »Berlin-Brandenburger – Zeitung der Nationalen«. Siehe auch *Antifa Infoblatt* Nr. 22
22) Der Tagesspiegel, 17.6.94.
23) Der Tagesspiegel, 16.6.94.
24) Der Tagesspiegel, 17.6.94.

Teilnehmer am »Dientagsgespräch«:

PROF. DR. ARNULF BARING: Historiker an der Freien Universität Berlin; Ehrenerklärer für Zitelmann; trat als Referent auf.

HANS-CHRISTOPH BONFERT: war früher Mitglied der »Schüler-Union« der CDU; ehemaliger Landesvorstandsvorsitzender der *Paneuropa-Jugend* Saarland, derzeit Beisitzer im Bundesvorstand der *Paneuropaunion Deutschland*, Redakteur der Zeitschrift *Paneuropa-Deutschland* (verantwortlich für die Jugend-Seite); Abonnent der *Jungen Freiheit* seit 1988; Briefwechsel mit Dieter Stein, trug Anliegen der *Jungen Freiheit* bei Innensenator Heckelmann vor; gehört laut Polizeiberichten »zum engen Kreis« um Pieper; war laut Ursula Schaffer auch auf Veranstaltungen der *Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*.

MANFRED BRUNNER: Gründer und Vorsitzender des *Bundes Freier Bürger*; trat als Referent auf.

DR. TILMAN FICHTER: SPD, Referent für Schulung und Bildung beim Parteivorst. der SPD; Autor des Buches »Die SPD und die Nation«, verlegt bei Ullstein-Langen-Müller; Ehrenerklärer für Zitelmann.

HERBERT FLEIßNER: Geschäftsführer bei Ullstein-Langen-Müller; Förderer der *Jungen Freiheit*; trat als Referent auf.

ABDALLAH FRANGI: PLO-Repräsentant; trat als Referent auf.

ANSGAR GRAW: arbeitet beim Sender Freies Berlin; u.a. Teilnehmer an einer Veranstaltung des *Studienzentrums Weikersheim*.

AXEL HAHN: FDP-MdA; freiberuflicher Unternehmensberater.

JÖRG HAIDER: Vorsitzender der *Freiheitlichen Partei Österreichs*, trat als Referent auf.

HAPPEL: Treuhandanstalt-Berlin.

HERBERT HELMRICH: CDU, derzeit Justizminister in Mecklenburg-Vorpommern; Ehrenerklärer für Zitelmann.

KLAUS KELLE: Chefredakteur des Berliner Rundfunks; trat als Referent auf.

GÜNTER KIESSLING: General a.D.; Autor in der *Jungen Freiheit*; trat als Referent auf.

DR. GERHARD KÖHLER: Ministerialdirigent im Innenministerium, ehemaliger Vize-Präsident des Bundeskriminalamts; trat als Referent auf.

GERHARD LÖWENTHAL: Publizist, früher beim ZDF tätig; aktiv im *Zollernkreis*; ehemals Vorstandsvorsitzender der *Deutschland-Stiftung*; Sympathisant des *Bundes Freier Bürger*; trat als Referent auf

HEINRICH LUMMER: CDU-MdB; im *Zollernkreis* aktiv; finanzierte das Überkleben von Wahlplakaten von SPD und SEW durch die NPD; Autor in der *Jungen Freiheit*; Mitglied des *Christlich-konservativen Deutschland-Forums*; trat als Referent auf.

WILHELM NÖLLING: ehemaliger Hamburger Zentralbankchef; trat im Winter 93/94 als Referent auf.

HANS-ULRICH PIEPER: PR-Manager und Unternehmensberater, Miteigentümer der Agentur in Berlin; war früher Pressesprecher der Rüstungsfirma Rheinmetall; war Vorsitzender des *Nationaldemokratischen Hochschulbunds* der NPD, wurde aber aus der NPD wegen eines Überfalls auf den SDS ausgeschlossen; war aktiv in der APM (*Außerparlamentarische Mitarbeit*), sowie dem *Zollernkreis*; war Vorsitzender der *Peter-Fechter-Jugend*; Autor in *Criticon* seit 1972; Mitglied der *Paneuropäischen Union Deutschlands*; war Kandidat der *Republikaner* fürs Stadtparlament in München 1989 und für den Bundestag 1990 und war Pressesprecher von Ingeborg Schönhuber; ist zu sehen auf Veranstaltungen des *Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks* sowie der *Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft*; Organisator der Dienstagsgespräche, er selbst beschreibt seine politische Herkunft mit Konrad-Adenauer-Haus der CDU und war in den 70er Jahren Referent in der Bundesgeschäftsstelle der CDU.

MARCUS ROSCHER: FDP, Vorsitzender der *Nationalen Liberalen*.

SCHILL: Babcock Borsig AG; trat als Referent auf.

ROLF SCHMIDT-HOLZ: ehemaliger STERN-Chefredakteur; trat als Referent auf.

PROF. WOLFGANG SEIFFERT: Professor an der Uni Kiel; Referent der *Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft*; aktiv im *Deutschlandrat*; Interviewpartner der *Jungen Freiheit*; trat am 20.6.93 als Referent auf.

ALEXANDER VON STAHL: FDP; ehemaliger Generalbundesanwalt.

DR. PETER STAISCH: Chefredakteur von n-tv bis zum 1.9.94, zuvor bei ARD und NDR tätig; trat als Referent auf.

STEIGER: Volkswagen AG; trat als Referent auf.

PROF. KLAUS WEINSCHENK: ehemaliger Vorsitzender der *Republikaner* in Berlin.

DR. MICHAEL WOLFFSOHN: Interviewpartner der *Jungen Freiheit*; Ehrenerklärer für Zitelmann; sagte als Referent ab.

DR. EKKEHARD WRUCK: CDU-MdA; Rechtsanwalt; setzte sich beim Innensenator am 9.12.93 für die *Junge Freiheit* ein; seine rechtsradikalen Tendenzen sorgten in dem Ortsverband Berlin-Halensse der CDU für Aufsehen.

PROF. DR. CARL ZIMMERER: Eigentümer der »Interfinanz – Gesellschaft für internationale Finanzberatung«, ehemaliger Direktor der Commerzbank; *Herrenrunde*-Organisator; Autor in *Criticon* und *Nation und Europa*; trat als Referent auf.

DR. MONIKA ZIMMERMANN: Journalistin, war DDR-Korrespondentin der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, danach bis zum 5.Juli 1994 Chefredakteurin der Tageszeitung »Neue Zeit«, mittlerweile in der Chefredaktion des Berliner »Tagesspiegels«.

DR. RAINER ZITELMANN: Historiker; Verantwortlicher für die *Geistige Welt* (Samstagsbeilage der *Welt*); Cheflektor bei Ullstein-Langen-Müller; Interviewpartner der *Jungen Freiheit*.

Bundeskanzler Kohls bombiger Bote

Es wird eng für den Narkose-Arzt Erhard Hartung. Ausgerechnet eine Grußbotschaft von Bundeskanzler Kohl, die der Mediziner einem Chirurgenkongreß in China übermittelte, brachte den Stein ins Rollen, der nun die berufliche Karriere des Südtirol-Bombers gefährdet. Zugleich gerät eine der Finanzierungsquellen europäischer Faschisten ins Rampenlicht der Öffentlichkeit.



Der Oberarzt Erhard Hartung ist in den Kliniken der Düseldorfer Heinrich-Heine-Universität tätig und hält auch Vorlesungen. Nach seinem Auftritt in China im Dienste Kohls thematisieren die Medien Hartungs Politkarriere, sein Arbeitgeber gerät zunehmend unter Handlungsdruck. Der österreichische Doktor ist Vorsitzender der KAMERADSCHAFT DER EHEMALIGEN SÜDTIROLER FREIHEITSKÄMPFER, die sich heute noch mit den Bombenanschlägen der 60er Jahre brüstet. Sein Stellvertreter Peter Kienesberger unterstützt heute mit einer Einlage das Wochenblatt der Fascho-Yuppies JUNGE FREIHEIT. Die zwei Kameradschaftsführer bombten vor 30 Jahren für den Anschluß Südtirols an Österreich. Die italienische Justiz verurteilte sie in Abwesenheit wegen eines Anschlags mit fünf Toten zu lebenslänglicher Strafe. Mit diesem Strafmaß wurde ebenfalls der Führer der österreichischen Nationaldemokraten (NDP), Norbert Burger, versehen.

Bis zur Aufhebung 1992 ließ Italien mit internationalem Haftbefehl nach Hartung fahnden. In Österreich war er vorübergehend in U-Haft, doch der Staatspräsident schlug das Verfahren nieder. Auch die BRD, in die er übergesiedelt war, lieferte ihn trotz italienischem Antrag nicht aus. Er hatte niemals Probleme mit seiner Laufbahn im bundesdeutschen öffentlichen Dienst, selbst nicht, als die größte Naziorganisation in Österreich, die NDP, 1988 verboten wurde. Hartung war seit der Gründung in dieser Partei aktiv gewesen, er fungierte als »Sprecher der deutschen Kameraden«. Das deutsche Spendenkonto der NDP lief auf seinen Namen. Der österreichische Journalist Wolfgang Purtscheller beschreibt in »Aufbruch der Völkischen« Hartungs Höhenflüge bei der Beerdigung des NDP-Leiters Burger. Der Doktor erinnerte in seiner Grabrede u.a. an »tosenden Jubel und kurzes Glück des Anschlusses« Österreichs an Nazideutschland.

Mit Burger verband Hartung die gemeinsame Tätigkeit bei der Hermann-Niermann-Stiftung (Niermann war ein deutschnationaler Fabrikant). Diese gemeinnützige Organisation, der das Kaufhaus Horton 500.000 DM vermachte, verfügt über 120 Millionen Mark, die das Deutschtum im Ausland sponsern sollen. Wie das praktisch aussah, läßt sich bei der personellen Besetzung schon erahnen. Hartung wurde Kuratoriumsmitglied und versorgte den SÜDTIROLER HEIMATBUND und verschiedene andere rechte Empfänger mit Geld. 1989 setzte das Innenministerium von NRW einen neuen Vorstand ohne Hartung ein (wogegen er heute noch klagt). Die Stiftung war überprüft worden und die Gemeinnützigkeit für 1984-86 aberkannt. Dennoch konnte bis heute der Verbleib beträchtlicher Geldsummen nicht geklärt werden. Die NDP soll Geld bekommen haben. Burger betätigte sich zeitweilig Unternehmensberater für die Stiftung und war bis zu seinem Tode im Vorstand. Da wird noch einiges an Geldflüssen zu erforschen sein. Die italienische Justiz vermutet, daß mit Niermann-Geldern auch die Bombenserie der 80er Jahre finanziert wurde. ■

V-Mann außer Kontrolle

Solinger V-Mann regte Aufbau rechter Gruppen an / Fehlende parlamentarische Kontrolle

Bernd Schmitt, V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, wurde AntifaschistInnen vor allem durch die Auftritte seines Solinger »Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverbandes« (DHKKV) als Saalschutztruppe für zahlreiche neofaschistische Gruppen bekannt. Der Karatelehrer geriet den Düsseldorfer Verfassungsschützern offensichtlich aus der Kontrolle: Er betrieb in Solingen den Aufbau eines Sammelbeckens für Rechtsextremisten aller Gattungen und sprach mit Kameraden die Gründung von Vorfeldgruppen ab.



Der Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und Chef des DHKKV, Bernd Schmitt, und sein Anwalt beim Prozeß in Düsseldorf.

Wenig Erhellendes zur Aufklärung des Solinger Brandanschlags, aber viel Aufklärendes über das Wirken des V-Manns in der rechten Szene brachten die Aussagen des Karatelehrers Schmitt und der beiden Solinger Neofaschisten Bernd Koch und Wolfgang Schlösser Anfang August vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Koch überließ dem Angeklagten Felix K. (17) Propagandamaterial verschiedener neofaschistischer Gruppen, darunter Hetzpapiere der mittlerweile verbotenen »Nationalistischen Front«. Angesichts der ausländerfeindlichen Sprüche von Felix K. machte Koch sich zur Devise: »Aus dem Jungen kann man was formen«. Viel mehr sagten die rechtslastigen Zeugen über die vier Angeklagten nicht aus, die sich wegen des Mordes an fünf türkischen Frauen und Mädchen verantworten müssen.

Der seit mehr als zehn Jahren in neofaschistischen Gruppen aktive Solinger Bernd Koch entschloß sich allerdings, über Schmitt vor Gericht auszupacken. Immerhin hatte Schmitt ihn im Juli 1993 mit einer Gruppe Vermummter aufgesucht und massiv eingeschüchtert. »Wer über den DHKKV aussagt, ist tot« habe Schmitt gedroht.

Der Kampfsportler habe mit seinem »Deutschen Hochleistungs Kampfkunstverband« (DHKKV) enthusiastisch den Aufbau eines Sammelbeckens für Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur betrieben, behauptete Koch über seinen früheren Sportsfreund. Der DHKKV sei in Absprache zwischen Schmitt, Koch und Michael Noack von der NF aufgebaut worden. Der seit April 1992 in Diensten des Düsseldorfer Verfassungsschutz stehende Schmitt habe ihn darüber hinaus angeregt, neofaschistische Gruppen aufzubauen. Über solche Vorfeldorganisationen sollten Neofaschisten an Schmitt herangeführt werden.

Koch versuchte es zunächst erfolglos mit dem »Arbeitskreis Jugend und Drogen«. Anfang 1993 baute er schließlich den »Arbeitskreis Deutsche Interessen« (ADI) in Solingen auf, der noch im gleichen Jahr in Berlin eine Ortsgruppe bildete. Der ADI geriet in den letzten Monaten in Verdacht, im Herbst 1993 die Kontakte zwischen dem neofaschistischen Sprengstoffexperten Peter Naumann und Neofaschisten aus Österreich hergestellt zu haben, welche wegen der Briefbombenanschläge in Österreich festgenommen wurden. Vor Gericht befragt, ob er als Bundesführer des ADI von einer Sprengstoffschulung durch den ADI wußte, stieß Koch eine vehementes »Nein« hervor. Die Berliner Mitglieder des ADI hätten oft unabhängig von ihm gewirkt.

Zusammen mit Oliver Kulik von der Berliner ADI-Gruppe veröffentlichte Koch im Herbst letzten Jahres einen Fahndungsaufruf gegen »Linke Radikale«. Für zwei der aufgeführten Namen sei Kulik verantwortlich, für einen er selbst, gab Koch vor dem OLG Düsseldorf freimütig zu. In dem Aufruf schrieben Kulik und Koch, der sich vor Gericht wortstark von Gewalt distanzierte: »Diesem Menschen muß mit seinen Umtrieben ein Ende gesetzt werden«.

Bis Ende 1992 war Koch Schriftführer des DHKKV, um dann der Saalschutzgruppe den Rücken zuzukehren. Schmitt hielt den Kontakt zu Koch während des ADI-Aufbaus allerdings weiter aufrecht. Offensichtlich geriet der ADI aber aus der Kontrolle von Innenminister Schnoors angeblich wichtigsten Informanten in der rechtsextremistischen Szene.

Über Schmitt sagte Koch aus, daß dieser keinesfalls der unpolitische Kampfsportler war, als der er sich gerne darstellt. Schmitt sei der Ansicht gewesen, »man müßte den Ausländern den Kopf abreißen«. Einmal habe Schmitt Vorstellungen von einem Überfall auf ein türkisches Lokal im Solinger Stadtteil Schlagbaum geäußert, wo 1993 mehrfach fremden-





Bernd Koch (oben) und Wolfgang Schlösser beim Prozeß in Düsseldorf

feindliche Brandstiftungen erfolgten. Schmitt habe sich eben »szenetypisch« verhalten müssen, teilte NRW-Innenminister Schnoor der Presse mit.

Auch der Solinger Neofaschist Wolfgang Schlösser belastete den V-Mann. Schlösser wollte angeblich schon 1991 aus der rechten Szene aussteigen. In Absprache mit Schmitt gründete er 1992 jedoch die »Deutsche Kampfsportinitiative« (DKI), die im nationalen Lager für Kampfsport warb und Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet an Schmitt weiterreichte, unter ihnen exponierte Figuren wie Christian Worch aus Hamburg. »In Hamburg kann ich nirgendwo mehr Sport treiben«, soll Worch gejammert haben. Die DKI traf sich auch zu politischen Stammtischen in Schmitts damaligen Vereinsräumen in Solingen-Gräfrath.

Unter den DKI-Interessenten befanden sich neben zahlreichen Mitgliedern der »Nationalistischen Front« (NF) auch Republikaner. Im DHKKV schließlich tummelten sich zusätzlich Mitglieder der »Wiking-Jugend«, Figuren aus der FAP und von den »Jungen Nationaldemokraten«. Auch »Leute oder Gruppen von der GSG 9« haben nach Aussage von Schlösser bei Schmitt trainiert. Einen GSG 9er konnte er sogar beim Namen nennen. Nach Darstellungen des Bundesgrenzschutzes handelt es sich jedoch um einen Einzelfall. Der Beamte sei 1992 nur einmal beim Training in Schmitts Verein »Hak Pao« erschienen und ein halbes Jahr später aus Altersgründen aus dem Dienst ausgeschieden.

Über das NF-Mitglied Michael Noack aus Mettmann bei Düsseldorf entstand 1992 eine enge Zusammenarbeit zwischen Schmitt und der NF. Noack überließ Schmitt den Personalbogen der NF für die Verwendung im DHKKV. Dort entstand eine Kartei, die genaue Auskünfte über militärische Ausbildung, funktechnische und elektronische Kenntnisse, körperliche Belastbarkeit, politische Interessen und Kontakte der Mitglieder gab.

Schmitt führte für die NF Saalschutz durch und heftete sich an die Fersen des NF-Führers Meinolf Schönborn, der auch einmal zu einer Schulung nach Solingen kam. Unter den Augen der von Schmitt informierten Staatsschutz-Abteilung der Wuppertaler Polizei warb Schönborn vor Jugendlichen aus dem Bergischen Land für die »Nationalistische Front«, gegen die damals bereits wegen des Verdachts einer terroristischen Vereinigung ermittelt wurde.

Schönborn versuchte den Experten im »Anti-Terror-Kampf« für sich zu gewinnen. Er traf Anfang 1992 Vorbereitungen für den Aufbau einer Terrorgruppe mit dem Namen »Nationales Einsatzkommando« (NEK) und bot Schmitt die Übernahme des »Sicherheitsapparats der NF« an. Außerdem wollte er ihn für Kampfsportausbildungen und die Übernahme »besonderer Aufgaben« verpflichten. Nach diesem Angebot führte Schmitt nach eigenen Aussagen vor BKA-Beamten drei Einführungslehrgänge »in die Welt der BUDO-Künste« durch. Die Ausführung anderer Aufgaben soll er jedoch auf Weisung des Düsseldorfer VS herausgezögert haben.

Zur Zeit der Zusammenarbeit zwischen Schönborn und Schmitt, der vom VS in erster Linie auf den Beobachtungsschwerpunkt NEK angesetzt war, führten BKA und Staatsanwälte bereits Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen die NF durch. Schönborn wurde zusätzlich von anderen NF-Führern, die mit einem Verbot der NF wegen des NEK rechneten, kaltgestellt. Weshalb in dieser Situation zusätzlich ein V-Mann im Umfeld von Schönborn eingesetzt werden mußte, ließ der VS bislang unbeantwortet.

Drei der vier mutmaßlichen Solinger Brandstifter haben in Schmitts DHKKV zumindest zeitweise trainiert und sind dort in den Dunstkreis neofaschistischer Gruppen geraten. Nach Aussagen eines DHKKV-Aussteigers, der als Zeuge vor dem OLG Düsseldorf auftrat, wurde die rechtslastige Clique von zwei der Angeklagten gezielt für den DHKKV angeworben und hereingezogen.

Das Fazit der Landtagsfraktion der Grünen in NRW lautet: »Der Verfassungsschutz hat in Solingen versagt«. Das Risiko der Tätigkeit von Sicherheitsorganen in der Grauzone der »geheimdienstlichen Mittel« hat sich, so die Grünen, wiederholt als zu hoch erwiesen. Ein erheblicher Schaden für das Ansehen des Rechtsstaats sei entstanden.

Der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Landtags wurde bislang

die Akteneinsicht in den Fall Solingen von Innenminister Schnoor, dem obersten Dienstherr der Düsseldorfer Verfassungsschützer und eifrigem Befürworter von Schmitts V-Mann-Einsatz, verwehrt. Sie wurde auch erst sehr spät über den Einsatz des Solinger V-Manns informiert. Schnoor setzte stattdessen den CDU-Politiker Hans Neusel als »neutralen« Kontrolleur ein und gewährte diesem Akteneinsicht.

Eine von der Regierung eingesetzte Person könne nicht neutral sein, kritisieren die Grünen, die mit einer Abschaffung des VS liebäugeln. Sie wollen kurzfristig erreichen, daß der Vorsitz der PKK der Opposition überlassen wird. Weiterhin fordern sie, der PKK zukünftig einen hauptamtlichen Beauftragten zur Seite zu stellen, der in ihrem Auftrag Akten und Dateien des VS einsieht und der PKK Bericht erstattet. Das schleswig-holsteinische Verfassungsschutzgesetz sieht so etwas schon seit Jahren vor.

Die Oberstaatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt derzeit gegen Schmitt, Koch und andere wegen Fortführung der NF entgegen dem Ende 1992 erlassenen Verbot, gegen Schmitt zusätzlich wegen der Schulung von Mitgliedern rechtsextremistischer Gruppen in Saalschutzaufgaben und Observation. ■

(Mit freundichen Grüßen von der »Antifaschistischen NRW-Zeitung«. In der neuesten Ausgabe der »Antifa-NRW«ist eine wesentlich ausführlichere Darstellung des Komplexes DHKKV und der Verstrickung mit NF, REP und VS veröffentlicht.)

Wer anderen eine Grube gräbt...

...fällt selbst hinein!

In der letzten Ausgabe des Antifa Infoblatts (S.41) berichteten wir über den gescheiterten Versuch des Berliner Verfassungsschutzes, einen Jugendlichen für Spitzelei in der Antifa-Szene zu gewinnen. Am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität (FU) kam daraufhin einiges ins Rollen...

Die Antifaschistische Kontaktstelle beim AStA-FU machte den Anwerbeversuch am Fachbereich Politikwissenschaft (auch: Otto-Suhr-Institut, kurz OSI) breiter bekannt: Auf Flugblättern und großen Plakaten, natürlich mit dem Foto des erfolglosen VS'lers versehen, wurde zu einer »Veranstaltung zum Verfassungsschutzeinsatz am OSI« am 28. Juni eingeladen.

Hier wurde der Anwerbeversuch noch einmal dargestellt, insbesondere mit Betonung darauf, daß der VS'ler dem Politologie-Studenten Peter Z. (Name geändert) nicht nur einen Antifa »der alten Garde«, sondern auch einen Kommilitonen namentlich genannt hatte. Diese »Zielperson«, Klaus M. (Name geändert), laut dem Verfassungsschützer im RAF-Umfeld aktiv und an einer »soooo dicken Broschüre zur RAF« beteiligt, kam auf der Veranstaltung zu Wort. Er stellte die tatsächliche Broschüre vor: »Beiträge zur Debatte über die Neubestimmung revolutionärer Politik«, die unter anderem auch ein Kapitel zur RAF enthält. Peter Z. teilte in einem offenen Brief zu der Veranstaltung mit, der Verfassungsschutz habe nicht nur die Antifa-Strukturen im Visier: »Es geht allgemein darum, Leute auszuspähen, die sich kritisch mit den Vorgängen in diesem Lande beschäftigen«.

Die Veranstaltung erlaubte einen weiteren Einblick in die Arbeitsweise der Schnüffel-Behörde. Ein Verfassungsschutzkenner vom »Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit« der FU berichtete von »Probeaufträgen«: Hätte Peter einen vertrauenswürdigen Eindruck gemacht, wären seine Berichte zunächst mit denen anderer Informanten verglichen worden, erst danach wäre Peter »richtig« zum Einsatz gekommen.

Dies bestätigt, was bereits vorher klar war: Die Anwerbung von Peter war weder Zufall noch Ausrutscher, sondern durchdachte Strategie. Bisher allerdings ist noch kein weiterer Anwerbeversuch bekanntgeworden. Also: Augen und Ohren offenhalten und den Fotoapparat immer in Reichweite.





Schönborn verlegt seinen Sitz nach Dänemark

AnwohnerInnen und AntifaschistInnen demonstrierten erfolgreich – Schönborn mußte wieder gehen

Meinolf Schönborn, ehemaliger Vorsitzender der verbotenen Nationalistischen Front (NF), wandelt auf den Spuren seines Gönners, dem ehem. KZ-Aufseher Thies Christophersen. Wie der in Deutschland mit Haftbefehl gesuchte Christophersen wich er dem Druck durch staatliche Behörden und antifaschistische Aktionen in Deutschland aus und verlagerte seinen Sitz ins dänische Kvaers. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Mit der ersehnten Ruhe war es schon vorbei, bevor die Renovierung abgeschlossen war. Den AnwohnerInnen im dänischen Jütland war das neue Neonazi-Zentrum von Anfang an ein Dorn im Auge. Sie waren letztendlich die Kraft, der Schönborn und Kameraden unter Polizeischutz weichen mußte. Von der Dorfbevölkerung mit Bier und Speisen willkommen geheißen wurden dagegen am 24.9. mehr als 1.000 dänische und deutsche Antifas. Der breite Protest veranlaßt nun den dänischen Justizminister Erling Olsen über Restriktionen gegen Neonazis, Rassisten und Holocaust-Leugner nachzudenken, ein entsprechendes Gesetz soll dem Parlament Ende Oktober vorgelegt werden. Mit der Bewegungsfreiheit, die Volksverhetzer wie Christophersen bisher genossen haben, dürfte es wohl vorbei sein.

Der Hauskauf Schönborns war für BeobachterInnen wenig überraschend. Er kündigte ihn bereits 1993 dem israelischen Journalisten Yaron Svoray an, der sich unter falschem Namen in die deutsche Neonazi-Szene eingeschlichen hatte. Da Svoray eine große Summe Geldes in Aussicht stellte, wurde Schönborn gesprächig. Sein hochtrabender Plan zum »Aufbau einer professionellen Kaderorganisation« sah in der ersten Phase den Ausbau eines Schulungszentrums in Dänemark vor. Von da aus wollte er fünf zu bildende Außenstellen (Nord/Mitte/Süd/Ex-DDR/Berlin) in der BRD aufbauen, geleitet von professionellen Mitarbeitern. Unterteilt werden sollte die Organisation in fünf Abteilungen: Werbe-Agentur, Kurierdienst, Sicherheitsdienst, Öffentlichkeitsabteilung und technische (Computer-) Abteilung. Als Kosten dieser »Phase 1« veranschlagte Schönborn 1,5 Millionen DM. Diese sollte nach 12-15 Monaten abgeschlossen sein, um danach für 2 Mio. DM in der Mitte Deutschlands in der Phase 2 ein eigenes Trainingszentrum zu errichten.

Doch was passiert mit Phase 2, wenn Phase 1 scheitert? Die Chancen für Schönborn in Dänemark stehen schlecht. Bis zum Hauskauf ging noch alles glatt. Der Neonazi und Arzt Christian Kro PETERSEN vermittelte Schönborn das Haus, ohne daß der Verkäufer bemerkte, mit wem er Geschäfte machte. Auch Kro Petersen, der intensive Kontakte mit dem Schönborn Konkurrenten Andreas POHL pflegt, wurde es im deutschen Sörup zu ungemütlich. Dort verlor er seine Approbation und darf nur noch in Dänemark praktizieren. 80.000.- DM kosteten Grundstück und Haus, das sowohl als Schulungszentrum, Druckerei wie auch als Sitz des neofaschistischen Klartext-Verlages dienen sollte. Schönborn versprach sich im liberalen Dänemark ein ungestörtes Wirken.

Der Verfasser der Hetzschrift »Die Auschwitz-Lüge«, Thies Christophersen, konnte jahrelang aus dem dänischen Kollund ungestört seine »Bauernschaft« verbreiten und sein Haus für internationale Nazi-Treffen zur Verfügung stellen. Der alte Waffen-SS-Mann verfügt nach wie vor über beste internationale Kontakte im Netzwerk der illegalen NSDAP/AO, wohl u.a. weil er





Massive Polizeipräsens auf der Demonstration am 24.9.94 in Kvaers und Festnahme eines Demonstranten. *Fotos: Rosa Weiß*

offenherzig in Interviews einräumt *»einen Dachschaden«* zu haben. Im Mai 1993 war sein Haus bereits Ziel einer dänisch-deutschen Antifa-Demo. Am 20. April 1994 bekam Christophersen Besuch von den »Revolutionären Antifaschisten«. Diese kündigten sich natürlich nicht vorher an. Dafür klopften sie mit einem Wagenheber an die Stahltüren, verwüsteten die Druckerei und zerstörten die Bestände der im Haus gelagerten Hetzschriften. Thies, wie viele seiner Kameraden ein ausgemachter Weltverschwörungstheoretiker kann sich nicht vorstellen, daß Antifas es wagten, seine Germanenburg zu knacken. Er wähnt hinter diesem Akt des humanistischen Vandalismus *»den deutschen Verfassungsschutz und seinen Auftraggeber Ignatz Bubis«.*

Nach der Demonstration am 24.9. flüchteten Schönborn und Kameraden in die Arme Thies Christophersen´s. Zuvor bekamen sie einen Eindruck von der Einstellung der dänischen Landbevölkerung. Zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DorfbewohnerInnen war es gekommen, bevor die DemonstrantInnen aus ganz Dänemark und Schleswig-Holstein angereist waren. Sechs Dorfbewohner wurden festgenommen, die anschließende Demo blieb friedlich. Nach dem Abzug der DemonstrantInnen ging auch die Polizei. Die BewohnerInnen von Kvaers blieben auf der Straße und attackierten die im Haus verschanzten Nazis. Als diese mit Steinen und Flaschen zum Gegenangriff ansetzten, platzte der Geduldsfaden. Die Neonazis wurden in ihr Haus zurückgeprügelt, das Haus beinahe demoliert, bis die Polizei wieder auf den Plan trat. Die Kameraden wurden unter massivem Schutz, samt ihrer Habe und Druckmaschinen, abtransportiert.

Schönborns´ Pläne in Kollund

Am Tag darauf gab Schönborn in einer Presseerklärung bekannt, daß er nun gewillt sei, das Haus wieder zu verkaufen. Doch er hält nach wie vor an seinen Dänemark-Plänen fest. Thies Christophersen stellt ihm nun ein Gebäude auf seinem Grundstück als Verlagssitz zur Verfügung und gewährt ihm Quartier. Allerdings sind jetzt auch die BewohnerInnen Kollunds aufgewacht, denen die Adresse Skouvubakken 10, in Waldhugel /Kollund, schon seit langem ein Dorn im Auge ist. Auf einer BürgerInnenversammlung forderten sie das dänische Parlament auf, Gesetze zu erlassen, die eine Handhabe gegen deutsche Neonazis ermöglichen. Unterstützt werden sie dabei von der Bevölkerung aus Kvaers. Sie boten allen anderen Dörfern, die sich gegen die Präsenz deutscher Neonazis wehren, Hilfe an.

Nachtrag: Am 2. Oktober demonstrierten 2.000 Menschen vor dem Haus Christophersens in Kollund. Christophersen gab der Presse bekannt, daß er es nun vorziehe, sich den deutschen Behörden zu stellen. Allerdings knüpft er die selben Bedingungen wie bisher an diesen Schritt. Er verlangt die Zulassung von »Gutachtern« aus der Nazi-Szene, die wie Fred Leuchter, behaupten es habe nie eine Vergasung stattgefunden. Zweitens macht er seine Rückkehr von seinem Gesundheitszustand abhängig. Er versucht Zeit zu gewinnen und die Lage zu beruhigen. In den nächsten Wochen wird jedoch noch öfter demonstriert und Thies wird keine Ruhe finden. Solange bis es heißt:

Welcome home, Thies! Dänemark hat den »häßlichen Deutschen« wieder ausgespien. ■

Magdeburg

Am 1.9.94 endete der mehrmals vertagte Prozeß gegen zwei Antifaschisten aus Magdeburg mit der Einstellung des Verfahrens.

Die beiden Antifaschisten wurden beschuldigt, eine ungenehmigte Demonstration durchgeführt und durch Rufen antifaschistischer Parolen »Die Menschenwürde anderer verletzt zu haben.«

Anlaß der Anklage war die Teilnahme an einer antirassistischen Demonstration im November 1992 anläßlich der Morde in Mölln und an Silvio Meier in Berlin. Die Demonstration mit ca. 300 AntifaschistInnen verlief bis zum Ende friedlich. Einige Wochen nach der Demonstation wurde Anklage erhoben.



Potsdamer AntifaschistInnen sprachen in Magdeburg mit Menschen aus der Antifa über die Hintergründe der faschistischen Ausschreitungen am Himmelfahrtstag, über die Reaktionen des Staates und über Ansatzpunkte der Antifaarbeit.

»Wir hätten dem Ganzen vorbeugen können«

Frage: Waren die Ausschreitungen vorhersehbar?

Antwort: Bis zu einem gewissen Grad schon. Im Vorfeld des Himmelfahrtstages gab es immer wieder Provokationen und auch Angriffe von rechten Hooligans gegenüber Punks und AntifaschistInnen. Und es kam die konkrete Drohung:«...am Vatertag brennt hier die Luft.« Was der VS wußte, darüber können wird nur spekulieren.

Über die bürgerlichen Medien wurde vor allem der Eindruck vermittelt, daß diese Jagd auf ausländische Menschen ein »Vatertagsjoke« von betrunkenen Jugendlichen gewesen sei... ?

Dem war mittnichten so. An den Ausschreitungen waren in starkem Maße ältere, uns aus der rechten Szene bekannte Hooligans und Faschos beteiligt. Die hatten ein paar Tage vorher ein Zeltlager an einem See unweit von Magdeburg veranstaltet und waren an diesem Tag bestimmt nicht aus Zufall an einem ihrer Treffpunkte in der Innnenstadt. Diese zogen dann den betrunkenen Mob natürlich wie die Motten zum Licht. Daß es zwischen den Faschos Absprachen gab, war unschwer daran zu erkennen, daß Hooligans Aktionskommandos ausgaben.

Ist denn aus eurer Sicht ein Kader- bzw. parteiorganisatorischer Hintergrund erkennbar?

Das ist schwer zu beantworten. In letzter Zeit hat die FAP verschiedentlich versucht in einem Neubaugebiet (Magdeburg-Nord) den Fuß in die Tür zu kriegen. Meist durch Flugblattaktionen in Hausbriefkästen und durch Ansprechen von Jugendlichen aus der dortigen rechten Szene. Direkte Beweise für Drahtzieher mit Parteihintergrund gibt es nicht. Aber an dem bewußten Tag fuhren durch Magdeburg mehrere Autos mit niedersächsischen Kennzeichen und CB-Funk an Bord. Dort gilt es aber nochmal nachzuforschen.

Wie seht ihr die Rolle der Staatsmacht an diesem Tag?

Sie ist ihrer Aufgabe in keinster Weise nachgekommen. Weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft. Die Polizei kam zu spät und ließ den rechten Mob dann noch gewähren. Unter den 49 Festgenommenen waren vor allem ausländische Menschen, die sich gewehrt hatten. Während die AusländerInnen in U-Haft blieben, wurden die Faschos wieder frei gelassen. Die Staatsmacht zeigte ihre Stärke dann am nächsten Tag, als AntifaschistInnen demonstrierten.

Habt ihr in die Abläufe am Donnerstag eingegriffen?

Nur teilweise... Auch waren wir ein wenig zu überrascht, mit welcher Heftigkeit die Rechten zuschlugen. Im letzten Jahr hatten sich die Faschos eher ruhig verhalten. Aber wir hatten nicht genug Leute um die Hooligans vertreiben zu können. Wir wähnten uns ein bißchen in Sicherheit, viele von uns hatten sich vor dem Vatertagskram zurückgezogen. Wir hätten dem Ganzen schon besser vorbeugen können.

In den Medien wird Magdeburg jetzt in einer Reihe mit den Pogromen in Rostock, Mölln und Solingen genannt. Wie wirkt das?

Das ist ein wenig ungenau. Die Leute haben nicht Beifall geklatscht, und die Ereignisse zogen sich nicht über Tage hin. Beim Verhalten der Polizei ergeben sich konkrete Vergleichspunkte. Daß die Ereignisse von ihrer politischen Dimension in diese Reihe gehören, steht außer Frage.

Welche Perspektive hat Antifaarbeit unter solchen gesellschaftlichen Umständen wie heute?

Klar, die Ausgangssituation ist nicht gut. Aber jammern nützt nichts. Wir müssen raus aus der Nischenexistenz und der »one-point-Zentriertheit«. AntifaschistInnen müssen einen Rückbezug finden zu den sozialen Kämpfen hier. Antifaschismus gibt es nicht im luftleeren Raum. Es gibt doch einen Zusammenhang zwischen dem aktuellen Rechtstrend und Ausbeutungsformen im Kapitalismus.

Ohne eine gesamtgesellschaftliche Perspektive, die Rassismus und Sexismus nicht als Nebenwiderspruch ansieht, kommen wir mit unserer Arbeit nicht weiter. Wir wollen Faschisten auch weiterhin auf allen Ebenen angreifen – auch militant. Wir suchen aber auch einen Dialog mit anderen antifaschistischen Strömungen außerhalb der »Autonomen«.

Bremen

Am Samstag, den 13.8.1994, plante die Bremer Gruppe LEGO eine Kundgebung im Steintor als Reaktion auf die Ankündigung Markus PRIVENAUS, dieses Jahr eine Rudolf-Heß-Gedenkdemonstration stattfinden zu lassen. Im Vorfeld des 13. wurde jede Art von Demonstration an diesem Tag verboten. Die antifaschistische Kundgebung wurde gleich zu Beginn verhindert. Die Polizei beschlagnahmte den Infotisch und kesselte die ca. 50 Leute ein, als die Kundgebung beginnen sollte. 20 TeilnehmerInnen wurden festgenommen. Bei einer späteren Demonstration vor der Polizeiwache, wo ein Großteil der Festgenommenen einsaß, wurden nochmals 18 Leute festgenommen.

Am Freitag, den 19.8.1994, plante ein »Antifa-Aktionsbündnis« eine Demonstration gegen Markus PRIVENAU, einem der Hauptorganisatoren des Rudolf-Heß-Gedenkmarsches für den Weser-Ems-Raum.

Aus der Presseerklärung des Antifa-Aktionsbündnisses:

»Um ihn in seinem Stadteil als Neofaschist zu entlarven, trafen sich an diesem Tag ca. 150 AntifaschistInnen in der Bremer Neustadt. Der Demonstrationszug sollte von dort in die Zwischenahner Straße 13 gehen, um vor der Haustür von Privenau eine Kundgebung abzuhalten. Der Gesamteinsatzleiter der Polizei verbot unter Gewaltandrohung jegliche Demonstration und ließ als einzige Möglichkeit eine Kundgebung am Treffpunkt der Demo zu. Damit war der Sinn und Zweck der Demo hinfällig, denn das Ziel war nicht, Redebeiträge für über 100 PolizistInnen zu halten. Daraufhin löste sich die Demo auf. Zu einem späteren Zeitpunkt wurden vier Leute von der Polizei festgenommen. Auch heute hat sich wieder mal die Parole bestätigt: Deutsche Polizisten schützen die Faschisten! Nach dem Polizeinsatz gegen AntifaschistInnen am 13.8.94 ist dies der zweite Versuch in letzter Zeit, antifaschistischen Widerstand durch massives Polizeiaufgebot und -eingreifen zu unterdrücken. Dies muß auch vor dem Hintergrund der diesjährigen, in Bremen stattfindenden, nationalistischen Einheitsfeiern gesehen werden. Der linksradikale Widerstand soll im Vorfeld eingeschüchtert und kriminalisiert werden.
Diese Rechung wird nicht aufgehen!

Keinen Frieden mit FaschistInnen!
Für einen offensiven Antifaschismus!
Die Einheitsfeiern finden nicht statt!«

PDS

In einem Urteil verkündete das Landgericht München am 25.7.94, daß es einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung der Deutschland-Stiftung e.V. gegen die PDS/Linke Liste-Bundestagsgruppe zurückweist.

In einer Pressemitteilung der PDS – anläßlich der Verleihung des Adenauerpreises an Bundeskanzler Kohl – wurde darauf hingewiesen, daß der Bundeskanzler mit der Annahme dieses Preises eine Organisation würdigt, »die mit Vertretern des bundesdeutschen Rechtsextremismus zusammenarbeitet und in ihrer Zeitung, »Deutschland-Magazin«, antiliberale, antidemokratische, geschichtsrevisionistische und ausländerfeindliche Positionen propagiert«. Die Deutschland-Stiftung e.V. wollte mit einem Ordnungsgeld von 500 000 DM gerichtlich gegen diese sehr wohl berechtigte Einschätzung vorgehen.

Hannover

Am 18.5.94 wurde das Auto des Republikaners Gerhard Wruck in Brand gesetzt. Wruck ist in Hannover der wichtigste REP-Funktionär. Er u.a. bezeichnete den ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz Gallinski als *»dreckigen Juden«*. Seine Vergangenheit als NPD-Mitglied spricht für sich.

Arnstadt

Unter Losungen wie »Laßt keine Nazis in die Parlamente« und »Wer faschistisch wählt, wählt die Barbarei« demonstrierten am 4.Juni 500 überwiegend jugendliche Menschen in Arnstadt in Thüringen. Die von einer großen Zahl offenbar unterbeschäftigter Polizisten begleitete Demo war Teil eines Aktionstages im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen mit dem Motto »Keine Faschisten in die Parlamente«. An die Demonstration schloß sich ein antirassistisches Straßenfest an, am Abend folgte ein Rockkonzert gegen Rechts. Initiator des Aktionstages war ein breites Bündnis antifaschistischer und antirassistischer Gruppen mit Gewerkschaftsorganisationen, Christen, Verfolgten des Naziregimes und Mitgliedern einiger Parteien. Vor allem sollte der 4.Juni in Arnstadt zeigen, *»was im Alltag untergeht, aber umso notwendiger wäre, nämlich, daß Menschen unterschiedlichster Geisteshaltung gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus handeln«.*



Stoppt den Mordprozeß

Solidaritätstag mit Aktionen in 10 Ländern

Seit dem 20. September 1994 stehen sieben Antifas vor dem Berliner Landgericht. Die Anklage lautet auf »gemeinschaftlichen Mord« an dem Funktionär der DL Gerhard Kaindl. Gerade die Schwere der Anklage und die dubiose Rolle des Berliner Staatsschutzes während der Ermittlungen erregten auch internationalen Protest. Zum Prozeßauftakt waren fünf internationale BeobachterInnen angereist, in 10 Ländern fanden Solidaritätskundgebungen statt und es hagelte weltweite Proteste gegen das Gericht. Der befürchtete Ausschluß der Öffentlichkeit fand unter Hinweis auf die weltweite Aufmerksamkeit nicht statt.

Vor Gericht stehen fünf, hauptsächlich türkische und kurdische Antifas, Abidin, Fatma, Mehmet, Seyho und Carlo sowie die Jugendlichen Erkan und Bazdin. Ihnen wird vorgeworfen »aus politischem Hass« Gerhard Kaindl ermordet zu haben. Für die Ermittlungsbehörden stand dies vom ersten Tag an fest. Die Presse berichtete anfangs fast ausschließlich die Versionen der Anklage und alles deutete darauf hin, daß an den Angeklagten ein Exempel statuiert werden sollte, um Antifas künftig als Mörderbanden hinzustellen.

Ohne die internationale Solidarität, insbesondere der internationalen ProzeßbeobachterInnen, wäre es nicht gelungen diesem Prozeß eine solche Publizität zu verschaffen. Vor allem dadurch wurden die Medien zu einer objektiveren Berichterstattung gezwungen.

Angereist waren Len Weinglass (Jurist – USA), Mike Luft (Searchlight Magazine – England), Gloria Echeveste und Julio Peralta (Tupamaros – MLN – Uruguay) sowie Yüksel Hos von der Menschenrechtsvereinigung IHD aus Istanbul. Die internationale Pressekonferenz am Tag vor der Prozeßeröffnung war gut besucht und die JournalistInnen nutzten die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren.

Einer der Anwälte stellte fest, daß die vorliegende Anklage eine *»Mischung aus Wahrheit und Lüge«* sei und eine Konstruktion des Staatsschutzes. Die internationalen BeobachterInnen gaben nach dem ersten Prozeßtag eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie diese Darstellung teilten. Sie wiesen besonders auf den besorgniserregenden Zustand des Hauptbelastungszeugen Erkan S. hin. Wie schon in den vorigen Ausgaben des Infos berichtet, leidet Erkan seit Jahren an einer psychischen Krankheit. Er machte seine Aussagen ohne rechtlichen Beistand in den ersten zwei Wochen nach seiner Verhaftung und verwendete Formulierungen, die ihm offensichtlich in den Mund gelegt wurden. Später wurde er in eine psychiatrische Klink eingewiesen, wo er seitdem mit Psychopharmaka ruhiggestellt wird.

Die ersten Prozeßtage

Am Tage des Prozeßbeginns glich das Moabiter Gericht einer Festung. Etwa 200 UnterstützerInnen hatten sich zu einer Kundgebung eingefunden. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen verzögerten den Prozeßbeginn um mehr als zwei Stunden, so daß es am ersten Tag gar nicht zur Verlesung der Anklage kam. Diese wurde erst eine Woche später verlesen.

Zur Peinlichkeit geriet der Auftritt der Staatsanwältin Brigitte Nielsen. Sie verlas die ursprüngliche Version der Anklage, die nicht zugelassen wurde: »Gemeinschaftlicher Mord und sechsfach versuchter gemeinschaftlicher Mord.«

In persönlichen Erklärungen wiesen Fatma und Abidin den Mordvorwurf zurück. Abidin erklärte, daß die Anschuldigungen gegen ihn komplett falsch sind. Er war zum fraglichen Zeitpunkt des 3. Aprils nicht in der Nähe des China-Restaurants, in dem Gerhard Kaindl starb.

Internationaler Aktionstag

In Berlin fand eine Demonstration mit etwa 2000 Menschen statt, in Hamburg beteiligten sich etwa 100 Leute an einer Solidaritätsdemonstration und im Land Brandenburg wurden Solidaritätstransparente an Autobahnbrücken gehängt. Sonst verhielt sich die deutsche Antifaszene passiv bis untätig. Ein trauriges Bild. Dabei liegt es auf der Hand, daß gerade hier klar und deutlich diese offensichtliche Anklagekonstruktion zurückgewiesen werden muß.

In ganz Europa kam es zu kleineren und größeren Solidaritätsaktionen und Kundgebungen vor deutschen Einrichtungen.

Wir wissen bis jetzt von Aktionen in: HOLLAND (Amsterdam und Rotterdam), ENGLAND (in Manchester fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt, in Newcastle gab es eine Kundgebung mit 50 Leuten in der Innenstadt), NORWEGEN (Bergen und Tromsö), FINNLAND (Helsinki), SPANIEN (in Barcelona war eine Kundgebung von 150 Leuten vor dem deutschen Konsulat, in Valencia protestierten 50 Menschen ebenfalls vor dem deutschen Konsulat), in FRANKREICH (80 Leute vor der deutschen Botschaft in Paris, kurzzeitige Besetzung des Goethe-Instituts in Lyon, Kundgebung in Rennes, Aktionstag in Nantes und Solidaritätskonzert in Bourges), in ÖSTERREICH (Demo zur deutschen Botschaft in Wien), SCHWEIZ (in Zürich fand eine Kundgebung vor der Deutsch-Schweizerischen Handelskammer statt und es gab Öffentlichkeitsaktionen in Fernzügen mit Fahrtziel Deutschland), POLEN (in Wroclaw Kundgebung vor dem deutschen Konsulat).

Selbst in WASHINGTON D.C. fand eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft statt. Schriftliche Proteste und Öffentlichkeitsarbeit gab es in weit mehr Ländern, wie z.B. in SCHWEDEN, DÄNEMARK und in KANADA.

Diese Solidarität ist für uns beeindruckend. Sie zeigt, welch genaues Bewußtsein im Ausland über die Vorgänge in Deutschland besteht.

In einem Land, dessen Regierung rassistische Pogrome nur aus Sorge um das »Bild Deutschlands im Ausland« nicht mehr schürte, ist eine solche Solidarität mit den Angeklagten nicht hoch genug einzuschätzen.

Kommt zu den Prozessen. Sie finden jeweils Dienstag und Freitag ab 9 Uhr im Kriminalgericht Moabit statt. Näheres erfahrt ihr über das Prozeßbüro unter der Telefonnummer: 030/6949354.

Abonniert das Prozeßinfo ´Herzschläge Bulletin´, das zweiwöchentlich aus erster Hand informiert. Ihr könnt Ausgaben der Herzschläge unter der obigen Telefonnummer, aber auch schriftlich bestellen: Prozeßbüro, Dieffenbachstr.33, 10967 Berlin.

Bitte überlegt Euch finanzielle Unterstützung für das ´Herzschläge Bulletin´, da sie kostenlos verteilt werden und die Öffentlichkeitsarbeit finanziert werden muß. In Berlin sind fast alle Möglichkeiten erschöpft. Spendet auf das Solidaritätskonto mit dem Hinweis: Öffentlichkeitsarbeit.

Wichtig: Auf Betreiben des Staatsschutzes ist das Konto nun zum zweiten Mal gekündigt worden. Das neue Konto wird im ´Herzschläge Bulletin´ Nr.3 – Mitte Oktober – veröffentlicht. (Stand: 27.9.94)

Unterstützt die Berliner Antifas! Stoppt den Mordprozeß! ■

DASS DU DICH WEHREN MUSST, WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST, DAS MUSST DU DOCH EINSEHEN.

Ein Film für die inhaftierten und gesuchten Antifas im "Mordfall" Kaindl.

Das Video bringt Informationen über die am Kadertreffen beteiligten Nazi-Funktionäre, ihre Politik und zum Stand der Anklage gegen die inhaftierten Antifas.



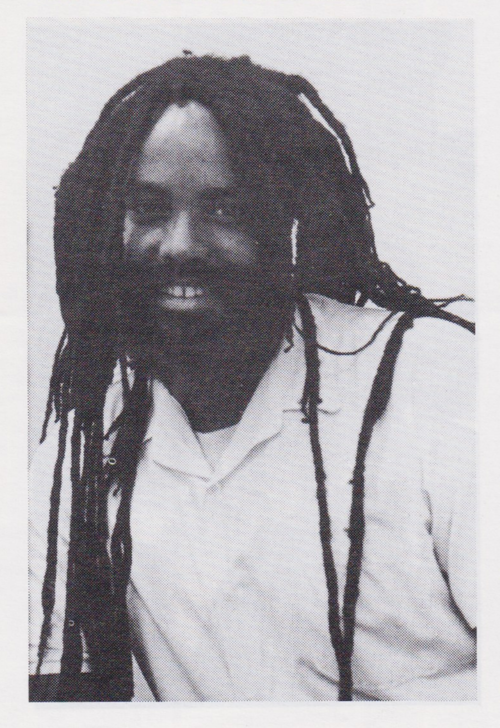
c Aktiv / AK KRAAK
Im Verleih von
autofocus
Oranienstraße 45
10969 Berlin

Grußadresse von Mumia Abu-Jamal zum Prozeßauftakt gegen die sieben Gefangenen in Berlin

In diesem Verfahren gegen die sieben türkischen, kurdischen und deutschen AntifaschistInnen, geht es um einen staatlichen Angriff auf das Recht auf Widerstand – und nicht um rechtliche Prinzipien oder den Grundsatz von Gerechtigkeit.

Es ist passend, daß dieses Verfahren in Deutschland stattfindet, denn welchen angemesseneren Ort gäbe es für ein derartiges Verfahren als das Land des Nazi-Staatsterrorismus und dessen bleibende Demonstratiom einer Politik, die die Interessen des Staates über alles andere stellt.

Mumia Abu-Jamal, ehem. Black Panther und Radiojournalist aus Philadelphia, sitzt seit 1982 im Todestrakt.



Und gleichzeitig gibt es kein besseres Beispiel dafür, was passiert, wenn dem allmächtigen Staat kein Widerstand entgegengesetzt wird.

Menschen auf der ganzen Welt sind über den Horror des europäischen Holocaust informiert – aber wieviele Menschen wissen, daß der Holocaust, unabhängig davon, wie schrecklich er war, auf völlig legaler Ebene stattgefunden hat, und durch eine verdrehte rassistische Gesetzgebung ermöglicht wurde ? Und wie viele Menschen wissen, daß viele derjenigen Richter, die Vorsitzende waren in den deutschen Gerichten des Massenmordes – den so. »Volksgerichtshöfen« -, heute staatliche Pensionen für ihre »Dienste« erhalten ?

Heute haben wir eine Stadt wie Hanover im US-Bundesstaat Pennsylvania, wo Bullen schwarze EinwohnerInnen aufforderten, ihre Häuser und ihre Stadt zu verlassen (nachdem der KKK drei Tage lang ungestört rassistische Kundgebungen vor ihren Häusern durchgeführt hatte, Anm. d. Ü.). Gleichzeitig werden in Großdeutschland türkische Frauen und Kinder in ihren Häusern verbrannt, und sog. »Gastarbeiter« sind in diesem neuen Deutschland nicht mehr willkommen.

Da die Menschen in Deutschland es versäumt haben, Widerstand gegen das Naziregime zu leisten, müssen wir von ihrem tödlichen Fehler lernen und heute dem Staat Widerstand entgegensetzen, um das Geschenk des Lebens zu würdigen.

Der Revolutionär und Gründer der MOVE Organisation John Africa hat einmal gesagt: Es ist verrückt, keinen Widerstand gegen etwas zu leisten, was dir selber, deinen Familien und den Menschen in dem Land, in dem Du lebst, nichts als Schmerzen zufügt !

Deshalb bitte ich Euch alle – leistet Widerstand ! Organisiert den Widerstand gegen das System ! Und entfacht eine Rebellion !

Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal im September 1994

Mumia Abu-Jamal ist ein ehemaliger Black Panther und bekannter schwarzer Radiojournalist aus Philadelphia, der 1982 wegen angeblichen Mordes an einem Bullen zum Tode verurteilt wurde. Seitdem sitzt Mumia in Einzelisolation im Todestrakt des Hochsicherheitsknastes in Huntingdon in Pennsylvania. Aus dem Knast heraus arbeitet er weiter als Journalist. Momentan versucht Mumia's Anwalt, Len Weinglass, eine Wiederaufnahme des Verfahrens für Mumia durchzusetzen. Trotzdem ist seine Situation zugespitzt, da er gerade auf Platz 2 der Hinrichtungsliste in Pennsylvania steht.

Mumia freut sich über Post (es muß kein perfektes Englisch sein) :
Mumia Abu-Jamal
AM-8335
Huntingdon SCI
1100 Pike Street
Huntingdon, PA 16654-1112
Für mehr Informationen: USA-Archiv c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10999 Berlin ■

Wer saß im April 1992 im China-Restaurant »JIN SHAN«?

Am 3. April fand eine Veranstaltung des »HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERK« (HvF-Bildungswerk) statt. Das Bildungswerk wurde 1989 gegründet und nach dem Dichter des Deutschlandliedes benannt. Ursprünglich war das Bildungswerk eine den Republikanern nahestehende Stiftung, trennte sich später von den REPs weil sie zu »links« seien. Für das Bildungswerk referierte der Faschist KONRAD WINDISCH aus Österreich, der schon öfters wegen NS-Delikten aufgefallen ist, über das Thema »Österreich und das Deutsche Reich«, welches jedoch nicht in den offiziellen Einladungen des Bildungswerkes angekündigt war.

Nach der Veranstaltung gingen einige der Teilnehmer, unter ihnen der damalige Vorsitzende des HvF-Bildungswerk CARSTEN PAGEL, in das JIN SHAN, ein China-Restaurant in Berlin-Neukölln, um dort über Aktivitäten in Osteuropa zu reden.

Die »Ostgebiete« sollen wieder in deutsche Hand; mit dem Aufbau des Nationalstolzes bei dem gefundenen Klientel im Osten soll es ein neues Einfordern der alten »deutschen Ostgebiete« geben. Wenn die dort lebende deutsche Minderheit ihr Recht auf Identität und ihren Freiraum einfordert, ist es doch eindrucksvoller und verständlicher, als wenn die in der BRD lebenden sogenannten »Vertriebene« und deutschen Faschisten versuchen die Grenzanerkennung von 1937 durchzusetzen. Diese verdeckte »friedliche« Grenzverschiebung und ein »Recht auf Heimat« ist ein offen formuliertes Ziel, das weit bis ins bürgerliche Lager reicht.

Die am 3. April anwesenden Faschisten hatten das Interesse an Osteuropa vor allem an den »Deutschen Ostgebieten« gemeinsam. Eine Zusammenarbeit verschiedener Faschisten und faschistischer Organisationen wäre eine finanzielle sowie ideelle Weiterentwicklung der faschistischen Interessensgemeinschaft.

Bei diesem Treffen am 3./4. April waren die folgenden Personen dabei:

DIETMAR MUNIER, Inhaber des Arndt-Buchverlages und Buchhändler revisionistischer und faschistischer Publikationen, ist nach der Veranstaltung dazu gekommen. Dem Buchverlag ist ein Reiseunternehmen angeschlossen mit Namen »Bernstein Reisen«. Der Schwerpunkt der Reiseziele sowie seiner Buchauswahl liegt in Osteuropa, dem sogenannten »Deutschen Osten«, über den D. Munier schon mehrere Bücher veröffentlicht hat. So gründete D.Munier 1992 das Rundschreiben »Deutsches Königsberg« an dem sich auch DETLEF LINDENTHAL beteiligt, der aus den Kreisen des antisemitischen Verlegers Roland Bohlinger kommt.

Auf dem Rundschreiben »Deutsches Königsberg« aufbauend, wurde 1993 von D. Munier die »Aktion Deutsches Königsberg« gegründet. Sie beinhaltet die Ansiedlung von »Auslandsdeutschen« in und um Kaliningrad.

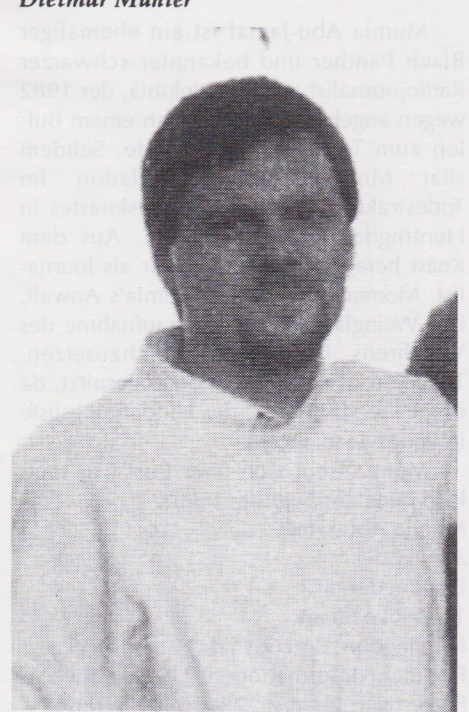
Er inseriert für den Arndt-Buchverlag und für seine »Bernstein Reisen« in verschiedenen faschistischen Publikationen wie z.B. »Europa vorn«, »Nation und Europa«, »Deutsche Rundschau«, »Junge Freiheit« sowie in Zeitungen der Republikaner.

Anwesend im China-Restaurant war auch JAN WEIDEMANN, der dem Umfeld von D. Munier zuzurechnen ist.

THORSTEN THALER, der 1992 Mitglied in der DL war, ist auch Angestellter des Arndt-Buchverlages. Er erhielt im Sommer 1992 Besuch vom Berliner Staatsschutz wo ihm (laut »taz«) eine Karteikarte gezeigt wurde, auf der Name, Adresse und Kfz-Nummer eines angeblichen Tatbeteiligten enthalten waren. Im Oktober erschien in der Deutschen Rundschau ein Artikel, der besagt, daß die Namen sowie Adressen der angeblichen Tatbeteiligten bei der Redaktion einzuholen wären. Welch ein Zufall, daß Thorsten Thaler sowohl in der »Deutschen Rundschau« schrieb, als auch für »Europa Vorn« und »Nation und Europa« schreibt. In der »Jungen Freiheit« war 1993 das ehemalige REP-Mitglied T.Thaler mit dem ehemaligen REP-Vorsitzenden Carsten Pagel zusammen verantwortlich für die inhaltliche Gestaltung der »Hauptstadtseiten«.

MONIKA HARTUNG saß als Beisitzerin des Bundesvorstand der DL mit am Tisch. GERHARD KAINDL, das ehemalige REP-Mitglied, war als Schriftführer für die DL anwesend. G. Kaindl ließ sich im Wahlkampf für »Die Nationalen« aufstellen, ein Zusammenschluß von NPD, DL und der »Deutschen Alternative«. ■

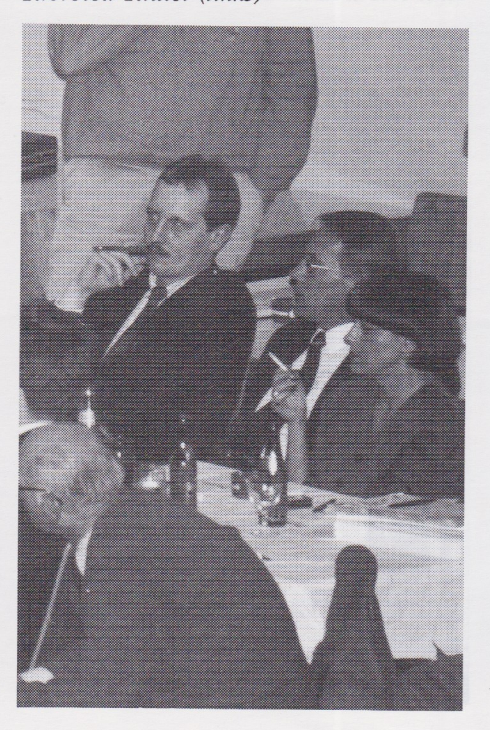
Dietmar Munier



Carsten Pagel



Thorsten Thaler (links)



Angegriffen werden einige – gemeint sind viele!

Göttingen

Hausdurchsuchungen und § 129-Ermittlungen gegen Antifa

Am 5./6.7.94 gegen 6.30 Uhr durchsuchte die Polizei im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft Celle Wohnungen von insgesamt 19 Personen, Räume im AStA der Uni Göttingen, den Buchladen Rote Straße, zwei Druckereien, Arbeitsplätze der Betroffenen und Wohnungen von Angehörigen in Niedersachsen, Hessen und NRW. Beschlagnahmt wurden etliche Materialien, u.a. aus dem Antifa-Archiv des AStA sowie Computer.

Laut Presseerklärung der Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) richten sich die Ermittlungen gegen *»mehrere Mitglieder der 'Autonomen Antifa (M)/ AA (M)' wegen des Verdachts der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gem. §§ 129, 129 a Abs.3 StGB«*. Den aktuellen Ermittlungen geht seit Ende 1991 ein Ermittlungsverfahren nach § 129 a voraus, das sich nicht ausschließlich gegen die AA (M) richtete. So sind auch diesmal verschiedene weitere Leute von der Aktion betroffen. Die Stoßrichtung ist allerdings zunehmend gegen die AA (M) gerichtet.

Anklageschriften gegen die Beschuldigten werden bis Ende des Jahres erwartet. Schon jetzt geht aus der Presseerklärung der GSA hervor, gegen welche Politik sich diese Repressionsmaßnahmen richten. Dabei wird besonders die Bündnispolitik der AA (M) hervorgehoben, daneben die Versuche, eine legale politische Praxis und Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln, ohne Militanz auszuschließen. Geschlossenes Auftreten mit Vermummung etc. wird diffamiert: *»Dieser 'schwarze Block', der bis zu 800 Personen umfaßt, ... und den Eindruck einer Privatarmee erweckt...«* Ein weiterer Punkt ist die Behauptung, die AA (M) unterhalte *»auf mehreren Ebenen enge Kontakte zu Mitgliedern der ... RAF«*. Richtig ist hingegen, daß die AA (M) im Rahmen ihres Konzeptes der Aufarbeitung der Geschichte der Linken eine politische Diskussion mit verschiedenen ehemaligen oder immer noch einsitzenden Gefangenen führt. Damit wird die Antifa mit der Staatsschutzkonsttuktion eines *»legalen Armes der RAF«* öffentlich zum Abschuß freigegeben, und, was vielleicht noch gravierender ist, die kritische Auseinandersetzung mit Leuten aus dem bewaffneten Kampf unterdrückt, die im Moment spannender und nötiger ist, als lange Zeit vorher.

In konkreten Fragen gibt es sicher Unterschiede zwischen AA (M) und dem Antifa-Info Blatt. Doch mit der Begründung der GSA richtet sich die Kriminalisierung der AA (M) gegen ein politisches Konzept, zu dem wir uns im Grundsätzlichen auch bekennen: politische und öffentlichkeitswirksame antifaschisitsche Arbeit, die über einen reinen Anti-Nazi-Aktionismus hinaus geht, breite gesellschaftliche Bündnisse in der Abwehr faschistischer Tendenzen, direktes Eingreifen vor Ort etc. Insofern wird eine politische Grundhaltung verfolgt. Der kommende Prozeß gegen die AA (M) wird in dieser Hinsicht eine besondere Bedeutung haben. Es ist darum umso nötiger, solidarisch mit allen Betroffenen gegen diese Repression Stellung zu beziehen.

Die AA (M) bittet um Spenden unter dem Stichwort »Solidarität« auf das Konto 130 350 300, Volksbank GÖ, BLZ 260 900 50

Wiesbaden

Prozeß gegen Gunther

Über den anstehenden Prozeß gegen Gunther aus Wiesbaden berichteten wir im letzen Heft. Gunther wird im Zusammenhang mit einem Treffen der »Deutschen Alternative« (DA) »Schwerer Landfriedensbruch« vorgeworfen.

Der Prozeßverlauf (11 Prozeßtage) war von umfangreichen »Sicherheitsvorkehrungen« geprägt: Uniformierte innerhalb und außerhalb des Gerichtsgebäudes, bewaffnete Polizisten im Gerichtsaal, Hinterlegen der Personalpapiere, kleiner Saal... Gunther bekam einen Zwangsverteidiger beigeordnet, »um das Verfahren zu sichern«.

Der Vorsitzende Richter Jungbluth hatte bereits Februar '93 die Fortdauer der U-Haft mit der Begründung angeordnet: »...Der Beschuldigte ist... Mitglied einer sich antinational sozialistisch bezeichnenden Gruppe... . Bereits die hohe Straferwartung begründet die Fluchtgefahr, die dadurch verstärkt wird, daß er als Mitglied der autonomen Szene jederzeit in den Untergrund abtauchen kann.«

Anträge der Verteidigung wurden von Beginn an abgelehnt. Eine achtseitige Prozeßerklärung konnte von Gunther ungestört vorgetragen werden. Darin gab er eine detaillierte Auflistung faschistischer Übergriffe, die von Staatschutzbehörden sowie Tagespresse in Mainz totgeschwiegen wurden, eine Einschätzung seines Verfahrens als Gesinnungsprozeß und einen Abriß der faschistischen und rassistischen Kontinuität der BRD. Ein Schwerpunkt beschäftigte sich mit der Organisierung und den Aktivitäten der Nazi-Szene in Mainz.

Das Urteil, zwei Jahre ohne Bewährung, wurde aufgrund von Glassplittern, die in seiner Kleidung entdeckt worden waren, gefällt. Die Glassplitter sollen mit denen der zerstörten Fensterscheibe des Nazi-Autos übereinstimmen.

Kassel

Anklage gegen Antifaschisten

Am 27.2.92 konnte in Meschede (Hochsauerlandkreis) eine genehmigte Gegendemonstration aus dem Umfeld der »Sauerländer Aktionsfront« (SAF) und der Anti-Antifa, die sich laut Polizeibericht gegen eine Demonstration der »Jungen Union« Hochsauerlandkreis richtete, verhindert werden. Die ca. 30 FaschistInnen konnten von 200-300 Antifas an Ihrem Vorhaben gehindert werden, eine Demonstration mit anschließender Kundgebung in der Innenstadt von Meschede abzuhalten.

Obwohl die FaschistInnen von der Polizei geschützt wurden und sich vor bzw. im Eingangsbereich der Mescheder Polizeiwache verschanzten und mit Leuchtpatronen auf die AntifaschistInnen schossen, konnten sie für diesen Tag am öffentlichen Auftreten gehindert werden. Die Polizei richtete ihr Augenmerk auf die AntifaschistInnen, in einem Fall mit gezogener und auf einen Antifa gerichteten Dienstwaffe.

Daß die Polizei keine Probleme mit den FaschistInnen hat, zeigte sich am 18.7.92, als FaschistInnen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, um in Meschede an der ersten Anti-Antifa-Demo teilzunehmen. Anwesend waren u.a. Thomas Wulff und Christian Worch von der »Nationalen Liste« in Hamburg, sowie Michael Petri.

Um die FaschistInnen nicht erneut ungestört in Meschede aufmarschieren zu lassen, gab es diesmal eine antifaschistische Gegenmobilisierung.

Nach der Auseinandersetzung mit den FaschistInnen vor der Polizeiwache wurde eine Spontandemonstration mit Abschlußkundgebung in der Innenstadt durchgeführt.

Drei Antifaschisten wurden auf dem Weg zu Ihren Autos von der Polizei eingekreist und festgenommen. Der jetzt Angeklagte wurde direkt nach seiner Festnahme eineinhalb Stunden verhört und dabei massiv von der Polizei unter Druck gesetzt.

Die Anklage stützt sich ausschließlich auf die Aussage der beiden Zivilbullen, die den Kasseler Antifaschisten festgenommen haben. Die Vorwürfe sind frei erfunden und haben mit dem tatsächlichen Ablauf der Ereignisse nichts zu tun.

Von der ersten Minute an zeigten die beiden Zivilbeamten großes Interesse, den Angeklagten in Untersuchungshaft festzuhalten. Dies wurde vom Haftrichter abgelehnt. Der Prozeßbeginn ist nicht vor Mitte Oktober zu erwarten.

Nicht vergessen: Wo Antifas Prozesse am Hals haben, brauchen sie Geld, um diese bezahlen zu können.

Deshalb: T. Werther, Stichwort:Wunsiedel, Kto-Nr. 101 800 9940, BLZ 533 500 00, Sparkasse Marburg-Biedenkopf.

Arolsen

Urteilsverkündung

»Nötigung«, »Sachbeschädigung«, »Landfriedensbruch« bzw. »schwerer Landfriedensbruch« und »gefährliche Körperverletzung« lauteten Anfang dieses Jahres die Anklagepunkte gegen insgesamt 14 AntifaschistInnen aus Arolsen.

Fünf wurden zu Haftstrafen auf Bewährung (eine davon mit Vorbewährung) und zu 100 Arbeitsstunden verurteilt, der Prozeß gegen sieben weitere eingestellt, zwei Verfahren sind noch offen. Beschuldigt wurden sie der Beteiligung an einer spontanen Aktion in Allerndorf-Rennertehausen (bei Frankenberg/Nordhessen) am 14.August 1993, dem Tag des Nazi-Aufmarsches in Fulda. Die lokale Nazigröße Thomas Kubiak, aktiv in der militanten »Sauerländer Aktionsfront (SAf)« und der »Nationalen Jugend«, war damals verletzt worden.

Daß Justiz und Polizei in diesem Lande mit zweierlei Maß messen ist ja bereits hinlänglich bekannt und soll hier nicht zum x-ten Male ausgeführt werden. Aber am Beispiel dieses Prozesses wird deutlich, daß das Verhalten gegenüber Ermittlungsbehörden und Justiz längst nicht Konsens ist.

Durch umfangreiche Aussagen belasteten sich einige der Angeklagten nicht nur selbst, sondern auch andere Menschen. In einem Fall wurde sogar versucht, die »Initiative« für den Angriff auf den Neonazi Kubiak anderen Antifas anzuhängen. Vor Gericht wurde »Wohlverhalten« geübt, d.h. die politische Seite weitgehend ausgeblendet und Distanz gegenüber antifaschistischer Militanz geäußert, ohne daß dies den Angeklagten die U-Haft oder die Verurteilung erspart hätte.

Dieses Beispiel macht deutlich, daß die theoretische Beschäftigung mit dem Verhalten gegenüber Polizei und Justiz allein nicht ausreichend ist. Konfrontiert mit dem Vorwurf des »gemeinschaftlich begangenen versuchten Totschlags« und dem Tip von Anwältin/Anwalt, durch eine Aussage das eigene Strafmaß eventuell verringern zu können, ist wohl schnell vergessen, was frau/man zu Aussageverweigerung gehört hat.

Doch es ist sicher nicht unmöglich, sich auch auf derartige außergewöhnliche Situationen vorzubereiten. In dieser Hinsicht besteht wohl noch einiger Handlungsbedarf...

Losheim

»Gefahr im Verzug«

Bundesweit bemühen sich Politik und Medien, kurdische Gruppierungen zu kriminalisieren und als »Terroristen« abzustempeln. In die gleiche Richtung ging auch eine Aktion der Staatsschützer des Landeskriminalamts (LKA) Saarbrücken am 10.Mai: Mit »Gefahr im Verzug« begründeten sie die Hausdurchsuchung in Losheim bei einem Mitglied der AKTION 3.WELT Saar.

Die eifrigen Beamten waren auf der Suche nach Unterlagen der kurdischen Arbeiterpartei PKK und unterstellten dem Mitarbeiter die Beteiligung an einer Autobahnblockade am 22. März dieses Jahres. Nur – der Mitarbeiter befand sich Ende März in Istanbul, wo er zum Thema »Inländische Fluchtalternative Westtürkei« recherchierte. Die AKTION 3.WELT Saar geht davon aus, daß dies dem LKA bekannt war, und daß es in erster Linie darum ging, »Mitarbeiter der AKTION 3.WELT einzuschüchtern und sie daran zu hindern, Tatsachen über den schmutzigen Krieg in Kurdistan zu verbreiten«.

Für das Interesse des Staatsschutzes an der AKTION 3.WELT ist vermutlich ausschlaggebend, daß sie sich als »parteipolitisch unabhängige Organisation« versteht, deren Ziel »die Änderung hier« ist und daß sie zuletzt verstärkt gegen das Feindbild PKK Stellung genommen hat.

Die AKTION 3. WELT hat sich im »Landboten« mit der Situation von KurdInnen in Türkei und BRD beschäftigt. Ebenso wie der Landbote kann der Recherchebericht zum Thema »Inländische Fluchtalternative Westtürkei« (kostet 6 Mark) bestellt werden bei:

Aktion 3.Welt, Weiskircher Str. 24, 66674 Losheim.

Gießen

Prozeß gegen zwei Antifaschisten

Am 27.5.94 begann der Prozeß gegen die zwei Antifaschisten Jürgen und Jens aus dem Rhein-Main-Gebiet. Die Anklage lautet auf »Landfriedensbruch«, »schwerer Raub« und »Bildung bewaffneter Haufen«.

Im Juni 1993 fand in Hungen-Inheiden ein Konzert der dortigen antifaschistischen Jugend statt, bei dem es zu Provokationen von Seiten der Faschisten kam. Den Provokationen wurde von Seiten der KonzertbesucherInnen offensiv entgegengetreten.

Bei den Auseinandersetzungen wurde dem in der Region bekannten Neonazi Tassilo Schneiderbauer ein SS-Orden abgenommen.

Stunden später kam es zu einem überfallartigen Polizeieinsatz, in dessen Verlauf die beiden Antifaschisten willkürlich aus der Menge heraus festgenommen wurden. Sie saßen mehrere Wochen in Untersuchungshaft.

Schneiderbauer, der Hauptbelastungszeuge, konnte in einer zweiten Gegenüberstellung im Gerichtssaal die vermeintlichen Täter nicht identifizieren. Während seiner weiteren Befragung gab Schneiderbauer weitgehend Einblick in seinen politischen Hintergrund.

Auf die Frage, warum er, zusammen mit einem Kameraden, einen Behinderten krankenhausreif geschlagen habe, antwortete er, die Polizei habe ihm empfohlen, dazu keine Aussage zu machen.

Außerdem habe er SS-Runen auf seinem Körper, die er vor Gericht nicht zeigen wolle. Einmal bei dem Thema »SS« angekommen nutzte Schneiderbauer die Gelegenheit für einen Vortrag über die »SS« und deren »wahrer Geschichte«.

Solidarität...

...mit kriminalisierten Antifaschistinnen und Antifaschisten

Am 5./6. Juli 1994 kam es in Göttingen nach über zweijähriger Ermittlung nach §129/129a (Unterstützung von, Werbung für oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) zu einer Großrazzia durch das Bundes- und Landeskriminalamt sowie den örtlichen Behörden.

Betroffen sind vorerst 19 Personen – 17 Mitglieder bzw. vermeintliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) sowie 2 Personen des Buchladen Rote Straße.

Politisch richtet sich der Angriff des Staatsschutzes gegen die Autonome Antifa (M) bzw. gegen deren Politik.

Ihr politisches Konzept der Bündnisfähigkeit mit vielen antifaschistischen Kräften in der Region, der Reorganisierung im revolutionären antifaschistischen Bereich sowie die Auseinandersetzung und der Kontakt mit den politischen Gefangenen in der BRD soll letztlich kriminalisiert werden.

Angegriffen werden einige – gemeint sind viele!

Spenden über:
Volksbank Göttingen
Stichwort: „Solidarität"
Konto.-Nr.: 130 350 300
BLZ: 260 900 50



...braucht auch Geld!



Kurzmeldungen und Berichte aus der Fascho-Szene

BRD

Flucht nach vorn oder NPD in der Krise

Nach dem Scheitern der REPUBLIKANER bei der bayrischen Landtagswahl bot der Volksverhetzer und NPD-Chef Günther DECKERT den REPs und der DVU ein »Bündnis Deutschland« an. Die Frustration über ausbleibende Wahlerfolge, und der damit verbundene Verzicht auf Pöstchen zieht sich durch alle rechtsextremen Wahlparteien. Bei den Europawahlen gelang der NPD lediglich in Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern), in Leun und Wölfersheim (Hessen) und in Königsfeld (Sachsen) der Sprung über die 5%-Hürde. Auch die Erfolge bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg lassen sich an einer Hand abzählen: Eschelborn, Rudersberg, Eislingen und 3,3% für den Parteivorsitzenden Deckert in Weinheim sind das magere Resultat. Im Osten der Republik kann man es sich bis auf die Landtagskandidatur in Mecklenburg-Vorpommern, nicht leisten anzutreten, zu wenig Mitglieder, zu wenig Aktive und vor allem eine schlechte Zahlungsmoral. Die NPD beklagt einen Verlust von annähernd 1.500 Mitgliedern, immerhin verbleiben noch ca. 2.500 Mitglieder bundesweit, doch die sind größtenteils überaltert oder Karteileichen. Angesammelt haben sich Schulden von mehreren 10.000 DM und die NPD kann sich schon heute ausrechnen, wann sie pleite ist.

Das sind natürlich beste Voraussetzungen für ein munteres Hick-Hack unter den Kameraden. Wahlbeteiligung ja oder nein, wer macht die Arbeit, wenn keine schnellen Erfolge winken, wer ist verantwortlich für das Desaster? Organisatorische Mängel, wohin das braune Auge fällt. Plakate werden nicht rechtzeitig geliefert oder vergammeln in den Zwischenlagern, der Transport von der Druckerei in »Danzig« (Gdansk) nach Deutschland klappt nicht richtig, die Berliner NPD hilft in Sachsen aus, dabei laufen ihr zu Hause die Leute weg und kein Lokal will sie beherbergen. Die einzige Abteilung der Partei, die etwas Zulauf zu verzeichnen hat, sind die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) mit derzeit 300 Mitgliedern. Sie sieht sich selbst als Vorreiter der nationalen Sache, das sehen die älteren Kameraden selbstverständlich etwas anders. Auch die Bündnisse mit anderen Gruppierungen, wie den Berlin-Brandenburger NATIONALEN, sind heftig umstritten, u.a. wegen der Mitarbeit des ehemaligen Vorsitzenden der DEUTSCHEN ALTERNATIVE Frank HÜBNER aus Cottbus. Denn den halten die JNler für einen ausgemachten V-Mann des Verfassungsschutzes.



Lediglich die alte NS-Garde um Wolfgang NAHRATH aus Stollberg/Aachen gibt sich kampfbetont und siegesgewiß. Im Bündnis mit Aktivisten der vom Verbot bedrohten FAP und militanten Neonazis, sieht er die Zukunft einer »kampfbetonten« Partei. Auch in München ging die NPD auf den braunen Nachwuchs zu und setzte Ewald Bela ALTHANS auf die Liste zu den Kommunalwahlen. Erfolg mäßig und Althans ist sowieso nach Moskau umgezogen, wo er ein Büro eröffnet hat.

Schützenhilfe erhielt die NPD jüngst von zwei verstorbenen Nazi-Witwen. Diese vermachten der Partei ein großes Haus samt Grundstück in einem kleinen Dorf bei Reutlingen (Baden-Württemberg). Da die NPD das Haus nicht vor einem Zeitpunkt von 5 Jahren verkaufen darf, will sie es zu einem Tagungshaus umfunktionieren. Doch schwäbische Antifas haben schon die Fährte aufgenommen und organisieren den Widerstand vor Ort.

Moskau

Nachdem seine Faschistenkarriere in der BRD ins Schlingern kam, macht BELA EWALD ALTHANS, ehemaliger Remer-Zögling und GdNF-Kader, einen Neuanlauf in Moskau. Das für dort geplante Büro dürfte wieder mit Geldern, die über Ernst Zündel aus Kanada laufen, finanziert werden.

Offenbach

Skinhead-Treffen

Am 10. September fand in Mühlheim bei Offenbach/Main ein Treffen von über 250 Naziskins statt. Das Konzert lief unter dem Motto *»Freude durch Alkohol«*, eine »Party«, die nahezu jedes Jahr von Skinheads aus dem Raum Offenbach organisiert wird, jedoch bisher ausschließlich einen regionalen Charakter hatte.

Dieses Jahr waren die Organisatoren der »Fete« jedoch bestrebt, etwas Größeres auf die Beine zu stellen. Ursprünglich war für diesen Tag ein Konzert mit der britischen Nazi-Skinband »Brutal Combat« geplant, welches aber nicht stattfand. Die TeilnehmerInnen des Treffens kamen aus fast allen Bundesländern und z.T. auch aus dem europäischen Ausland.

Die Absichten der Organisatoren waren den Behörden schon Wochen vorher bekannt, trotzdem unternahmen sie keinen einzigen ernsthaften Versuch, das Treffen zu verhindern, womit sich einmal mehr gezeigt hat, daß offensichtlich nur antifaschistischer Druck im Vorfeld die Behörden in solchen Fällen zum Handeln zwingt. Auf jeden Fall verkommt das großkotzige Auftreten am 13.8.94 (Rudolf-Hess-Gedenkmarsch) zur puren Lächerlichkeit, wenn nur wenige Wochen später über 250 Nazis ihre Show mit behördlichem Segen abziehen dürfen.

Um den Nazis einen ungestörten Ablauf ihres Treffens zu gewährleisten, verbot die Polizei mit Nachdruck eine geplante Party von Hooligans, die nur unweit des von den Skins angemeldeten Platzes im Naherholungsgebiet bei den Mühlheimer Seen hätte stattfinden sollen. Die Polizei ließ auch nicht den geringsten Zweifel daran, das Verbot der Hooliganparty an dieser Stelle mit allen Mitteln durchzusetzen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Naziansammlung wohl bei einem nicht geringen Teil der Hooligans Mißfallen ausgelöst hätte, die sich in dem einen oder anderen Scharmützel hätte entladen können.

An diesem Abend jedenfalls war im Umkreis von mehreren Kilometern um die Nazi-«Fete« kein einziger Polizist zu sehen.

Das Skinheadtreffen war relativ gut organisiert. Von einem Parkplatz in Offenbach-Bieber wurden die auswärtigen Kameraden von ortsansässigen Glatzen in regelmäßig startenden Auto-Konvois zum Ort des Geschehens gelotst. Ein weiterer Schleusungspunkt war die Wohnung des bekannten Naziskins Lars SCHULZ in Offenbach-Bieber. Neben Schulz trat vor allem Michael (»Mike«) HANSEN, ebenfalls aus Offenbach, als Organisator des Treffens in Erscheinung. Die beiden zählen seit vielen Jahren zum Führungskreis der Naziskins im Offenbacher Raum. »Mike« Hansens Anfänge gehen bis Mitte der 80er Jahre zurück, als er in Neu-Isenburg (bei Offenbach) maßgeblich am Versuch beteiligt war, eine FAP-Ortsgruppe aufzubauen.

Lars Schulz trat vor mehreren Jahren das erste Mal durch den Vertrieb von Naziskin-Utensilien in Erscheinung und hat es mittlerweile zum Skinchef in Offenbach gebracht. In letzter Zeit ist er sehr darum bemüht, sich auch überregional in der Szene zu profilieren.

Die Presse hat dieses Treffen bis heute totgeschwiegen, die Pressestelle der Offenbacher Polizei sprach im nachhinein von einer »Party mit Techno-Musik« mit »80 bis 90 Teilnehmern«, die »nicht dem rechtsextremen Umfeld zuzurechnen waren«. Das Treffen sei von zivilen Kräften verdeckt beobachtet worden, Grund zur Auflösung der nicht angemeldeten Veranstaltung habe nicht bestanden, da von dem Treffen »keinerlei Außenwirkung ausgegangen« sei.

Ohne Kommentar: So macht die Deutsche Liga in Köln ihren Wahlkampf. Wer mehr darüber erfahren will, kann sich die neue Ausgabe des Kölner Antifa-Infos »krass« bestellen: c/o Infoladen, Ludolf-Camphausenstr. 36, 50672 Köln für 3,- DM incl. Porto



Rudolstadt

Polizei schützt Skin-Konzert

Unter dem Schutz der Polizei und ohne jegliche Stellungnahme von Medien und Politikern lauschten am Abend des 15. Mai im thüringischen Rudolstadt ca. 400 Skinheads einem rassistischen Konzert.

Ausgerechnet am »Platz der Opfer des Faschismus« befand sich die Gaststätte mit dem treffenden Namen »Deutscher Krug«, in der sich die Kahlköpfe versammelten. Die Polizei war ausreichend präsent, ihre Pressestelle ließ jedoch verlauten, seitens der Rechtsextremisten seien keine Unruhen zu erwarten, aber auf antifaschistische Störversuche seien die »Freunde und Helfer« vorbereitet. Ihre Entschlossenheit stellten sie auch gleich unter Beweis, als sie gegen zwei Leute der Initiative »BürgerInnen beobachten die Polizei«, die per Foto die freundschaftliche Zusammenarbeit von Polizei und Skins festgehalten hatten, vorgingen. Der Film wurde beschlagnahmt, ein Mann wegen angeblicher Beamtenbeleidigung erkennungsdienstlich behandelt und vier Stunden lang festgehalten.

Aufgrund dieser eindeutigen Haltung der Polizei wurde von der geplanten antifaschistischen Gegendemonstration abgesehen. Am Abend allerdings wurden auch noch einige Rechtsradikale festgenommen, u.a. wegen dem Besitz einer Reichskriegsflagge.

Das Schweigen der Medien überraschte die Thüringer Antifa Nachrichten keineswegs, *»denn was will man schon berichten über einen ganz normalen Tag in einer thüringischen Kleinstadt. Es fehlte die Gewalt, die Auseinandersetzung zwischen Links und Rechts«*. Dabei waren Journalisten von ZDF, MDR und verschiedenen Zeitungen durchaus vor Ort gewesen.

Wiesbaden

Deutsche Nationalisten

Zur polizeilichen Notstandsübung wurde eine Kundgebung der Partei DEUTSCHE NATIONALISTEN (DN) am 7. Mai umfunktioniert. Die Kundgebung wurde zunächst verboten und zur Überraschung aller letztendlich vom Kasseler Verwaltungsgericht genehmigt. Als Begründung wurde angeführt, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen der DN und der 1992 verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE (DA)- und das, obwohl seit geraumer Zeit von der Staatsanwaltschaft Koblenz gegen Führungspersonen der ´Deutsche Nationalisten´ wegen Fortführung der DA ermittelt wird. Michael PETRI, mittlerweile wohnhaft in Dieburg (bei Darmstadt), Vorsitzender der DN, macht selbst auch keinen Hehl aus der Tatsache, die DN auf Befehl von Christian WORCH als DA-Nachfolgegruppe gegründet zu haben.

Die Faschos jedenfalls waren von der Genehmigung selbst überrascht, so daß sie immense Schwierigkeiten hatten, überhaupt eine Kundgebung auf die Beine zu stellen. So kamen zur »Kundgebung« nur ca. 10 TeilnehmerInnen. Diese ließen sich von über 1.500 Polizisten schützen, die auch aus den benachbarten Bundesländern angekarrt wurde, wie z.B. das USK aus Bayern. Weitere Nazis bewegten sich außerhalb der Absperrungen.

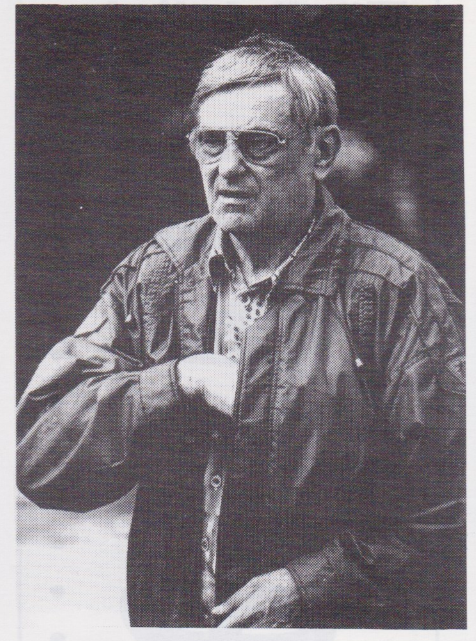
Die Reisingeranlagen am Wiesbadener Bahnhof waren rundum für jeden Publikumsverkehr abgesperrt, so bot sich dort ein gespenstischer Anblick. Auf dem weitläufigen Gelände hielten die Handvoll Faschos mutterseelenalleine ihre Kundgebung ab und konnten diese wenig später unter Polizeischutz verlassen.

Derweil waren die ca. 300 AntifaschistInnen, die sich in der Umgebung bewegten wiederholt polizeilichen Schikanen und Übergriffen ausgesetzt. Jede noch so kleine Ansammlung wurde sofort angegangen und aufgelöst. Am Ende standen schließlich 19 Festnahmen.

Organisatoren der Faschokundgebung waren Michael Petri und sein Statthalter Illias CASTEAS, als TeilnehmerInnen fielen u.a. das Ehepaar Ursula und Karl GERHOLD aus Frankfurt auf. Beide zogen 1989 für die NPD in den Frankfurter Römer ein, verließen Fraktion und Partei jedoch später nach internen Streitigkeiten. Sie gründeten die FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT FRANKFURT, die beständig versucht, durch provokative Aktionen eine öffentliche Wahrnehmung zu erreichen. Bei den Kommunalwahlen in Frankfurt 1993 kandidierten sie gemeinsam mit der Partei DIE BÜRGER. Die Gerhold's



Ursula Gerhold und Michael Petri



Karl Gerhold

sind in der DEUTSCHEN LIGA organisiert, Karl Gerhold ist Mitglied des Sprecherrates der Deutschen Liga in Hessen.

Unübersehbar an diesem Tage waren jedoch die Aktivitäten der ANTI-ANTIFA, die beständig versuchte, AntifaschistInnen abzuknipsen. Wie für Wiesbaden nicht ungewöhnlich, waren es vor allem Personen aus dem Umfeld der REPUBLIKANER, die bei derlei Versuchen beobachtet werden konnten.

Bereits eine Woche später wurde eine Antifaschistin von Wiesbadener REPs angepöbelt, sie »wäre doch am 7. Mai am Bahnhof dabeigewesen«.

Pivitsheide

NF-Zentrum in der Kritik

In den letzten Monaten häufen sich die Beschwerden über die Zustände im Zentrum der Nationalistischen Front in Detmold-Pivitsheide.

Den Anfang machte ein Brief des »HNG-Gebietsbeauftragten Mitteldeutschland« Maik HAMPEL aus Oranienburg vom Ende letzten Jahres. Hampel beschwert sich bitterlich über die Behandlung, die ihm seitens der Hausbewohner anläßlich eines Treffens am 23. Oktober 1993 im NF-Zentrum widerfuhr. Hampel berichtete völlig erbost von *»geistlosen Subjekten, auch Skinheads genannt«*, die sich die ganze Nacht nur besoffen hätten und zu keiner Kommunikation mehr fähig gewesen seien. Einer der Besoffenen hätte auf seine Fragen gar geäußert, er sei zu bekifft zum antworten. Auch das gutdeutsche Hygieneverständnis scheint dort im Argen zu liegen, werden – folgt mensch den Klagen von Hampel – doch die Handtücher als Toilettenpapier zweckentfremdet.

Mensch merkt deutlich, daß es Hampel in Mark und Bein getroffen hat, daß ihm in seiner ungemein wichtigen Funktion als HNG-Beauftragter nicht der angemessene Respekt entgegengebracht wurde. Tja, der Weg nach oben ist hart und steinig. Vor allem aber steinig, denn Maik Hampel mußte doch tatsächlich auf dem *»nackten kalten Kellerboden«* schlafen und zuerst wollten sie ihm sogar noch die Matratze wegnehmen. Um sechs Uhr morgens mußte er dann sein Schlafgemach räumen und schlitterte offenbar nur knapp an Backpfeifen vorbei. Bei der überstürzten Abreise geriet er noch in eine Polizeikontrolle, bei der sein Auto durchwühlt wurde.

Soweit die traumatischen Erlebnisse des Gernegroß Hampel.

Nicht mehr zum Schmunzeln sind allerdings die Vorwürfe, die der NF seitens der AKTION SAUBERES DEUTSCHLAND entgegengebracht werden. Diese Vorwürfe beziehen sich auf ein Treffen in Pivitsheide am 17. Februar 1994 und sind nachzulesen im *»Schulungsbrief«* von Mai 1994. Darin wird über fortgesetzte Schikanen, Schläge und Fälle sexueller Nötigung und Belästigung seitens mehrerer Bewohner gegenüber einer 17-jährigen Bewohnerin berichtet. Demnach war das Mädchen vor allem den sexuellen Attacken des Hausbewohners Stefan PIELERT ausgesetzt. Alles ist mit Duldung und teilweise auch mit Unterstützung des ehemaligen NF-Chefs Meinolf SCHÖNBORN geschehen. Schönborn selbst hat das Mädchen, daß ihre Mietschulden nicht zahlen konnte, dazu gedrängt, sich für das Geld zu prostituieren.

Überhaupt verstärkt sich immer mehr den Eindruck, als habe Schönborn das

»Projekt Pivitsheide« geistig schon abgeschlossen. Unübersehbar sind seine derzeitigen Bemühungen, das Hauptquartier der verbotenen NF nach Dänemark auszulagern.

Auch wenn das Haus in Detmold-Pivitsheide nach wie vor als Zentrum, Tagungsort und Rekrutierungsbüro der verbotenen NF dient, so ist es für Schönborn vor allem auch eine erträgliche Einnahmequelle durch Mietzahlungen der HausbewohnerInnen und happige Übernachtungskosten für BesucherInnen. Und beim Geldeintreiben schreckt er anscheinend vor keiner Schweinerei zurück.

Meißendorf

Chef einer WSG im Ortsrat

Am 9. Juni 1994 begrüßte der SPD-Oberbürgermeister aus Meißendorf/Landkreis Celle Eckard KNOOP als neues Mitglied des Ortsrates per Handschlag. Knoop ist führendes Mitglied der nach ihm benannten WEHRSPORTGRUPPE KIRSCH/KNOOP aus Meißendorf. Laut Verfassungsschutzbericht 1992 ist die INTERESSENSGEMEINSCHAFT WEHRSPORT MEIßENDORF die Nachfolgeorganisation der Wehrsportgruppe Jürgens, die bis in die späten 80iger Jahre bundesweite Bedeutung hatte. Laut Angaben des Antifaschistischen Arbeitskreises Celle wohnt Jürgens mittlerweile in Mecklenburg-Vorpommern. Seine Wehrsportgruppe vereinigte Mitglieder der Wiking Jugend, der Nationalen Liste, u.a. Christian WORCH, sowie zahlreiche wg. Gewalttaten verurteilte Neonazis.

Brandenburg

Prozeß gegen vier Nazis

Am 4.5.94 begann ein Prozeß gegen vier führende Nazis der Stadt Brandenburg.

Im Sommer 93 fuhr ein Antifa und sein Beifahrer in der Dunkelheit durch Brandenburg. Plötzlich wurde sein Auto von hinten gerammt. In dem auffahrenden Auto saßen vier Faschisten aus Brandenburg bzw. Brandenburg-Kirchmöser. Sekunden nach dem Aufprall kam eine Axt geflogen, die im hinteren rechten Kotflügel landete. Eine zweite Axt verfehlte das Auto. Es wurde Anzeige bei der Polizei erstattet und das Naziauto wurde kurz darauf von der Polizei gestoppt und durchsucht. Dabei wurde ein Baseballschläger, 2 Sturmhauben, eine Stahlkette und eben vier Faschisten gefunden.

Der Prozeß am 4.5.94 gegen die vier Faschos geriet binnen weniger Minuten zur Farce. Verhandelt wurde wegen eines Verkehrsdeliktes und Sachbeschädigung. Die Aussagen der Nazis waren konfus und gegensätzlich. Zudem belasteten sie sich gegenseitig. Die Jugendrichterin Pelzer hatte an der Wahrheitsfindung wenig Interesse. Nach drei Stunden war der Prozeß beendet.

Bei dem Fahrer des Naziautos, OLIVER SCHWIRTZ, wurde das Urteil vertagt, da er 1993 in Magdeburg einer Frau in den Unterleib getreten hatte und zusammen mit einigen »Kameraden« einen Afrikaner und einen Norweger verfolgt hatte. In diesem Zusammenhang sprach die Richterin von einem »Neger«.

Der Axtwerfer TORSTEN PROKSCH wurde zu 20 Tagessätzen a 20.-DM verurteilt. MARCEL BATHE und ANDRÉ SCHMIDT konnten den Gerichtsaal unbehelligt verlassen.

Karlsruhe

In Karlsruhe ist eine Zunahme von faschistischen Aktivitäten zu verzeichnen. Es formiert sich eine Rechte, zum Teil unter Duldung und Schutz der dortigen Polizei. Hier eine unvollständige Liste von Aktionen und Aktivitäten der Fascho-Szene der Region Karlsruhe 1994.

Am 9.2.94 fand der Prozeß gegen den Faschisten Manfred Huck vor dem Landgericht Karlsruhe statt. Der Anklage wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß folgte eine Bewährungsstrafe. Huck ist Mitinitiator der Anti-Antifa. Huck wurde bei diesem Prozeß von seinen Gesinnungsfreunden begleitet und stand unter besonderem Polizeischutz.

Zu den Oberbürgermeister-Wahlen im April kandidierte der NPD-Vorsitzende Deckert. Bei der offiziellen Kandidatenvorstellung konnte er unter massiven Polizeischutz seine rechtsradikalen Thesen verbreiten. Die Karlsruher Polizei ging aktiv gegen protestierende Leute vor. Es gab 19 Festnahmen mit erkennungsdienstlicher Behandlung. Im Anschluß schrieb Deckert einen Drohbrief an den DGB Karlsruhe, in dem er seinen »Besuch« ankündigte.

Auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) erhielt zeitgleich einen Drohbrief aus dem rechten Lager, in dem ein Angriff auf die Betroffenen angekündigt wurde.

Am 20.4.94 bedrohte eine Gruppe von ca. 10-15 Faschos einen Kellner in einer Kneipe in der Kronenstraße. Danach kam es auf dem Kronenplatz zu einer Schlägerei und anschließenden Festnahmen.

Am 1.5.94 veranstalteten die Republikaner in Karlsruhe-Stugensee ein Treffen mit ihrem Vorsitzenden Franz Schönhuber.

Starke Polizeikräfte sorgten für einen ungestörten Ablauf.

Es finden regelmäßige Treffen eines »Freundeskreises« der FAP an geheimgehaltenen Orten in Karlsruhe statt. Der Höhepunkt war ein Treffen von ca. 60 Nazis in der Gaststätte Schlachthof, welches von Polizei und Fascho-Skinheads geschützt wurde.

Die NPD und die Republikaner traten zu den Gemeinderats- und Europawahlen mit eigenen Listen an. Stadtbekannte Schläger der rechten Hooliganszene wie z.B. Sascha Bühl waren auf der Liste eingetragen.

Die Wiking-Jugend, eine Organisation in der Tradition der Hitlerjugend arbeitet in Karlsruhe als eingetragener Verein mit besonderen Vergünstigungen.

Am 3.6.94 trafen sich 250 NPD-Anhänger in der Knielinger Sängerhalle zu einer Jubiläumsveranstaltung der Jugendorganisation der NPD, den Jungen Nationalen. Nur durch eine Antifa-Initiative wurde dieses Treffen im Nachhinein bekannt und von den Medien behandelt, der Pächter zu einer Stellungnahme gezwungen.

Karlsruhe ist ein Knotenpunkt bei der Vernetzung der extremen Rechten mit Hilfe der Computertechnologie. Es gibt eine Mailbox, die Informationen und Kontakte vermittelt und unter dem Paßwort »Karlsruhe-Wo Unrecht Rechte schafft« arbeitet (aus: Holz-Gewerkschaftszeitung Juli 94).

Aus rechten Jugendlichen setzt sich eine Gruppierung zusammen, die sich »Heimattreue Jugend« nennt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit den »Heimattreuen«, als diese Jugendliche provozierten und massiv angriffen. Am 16.6.94 traf sich die »Heimattreue Jugend« mit dem Vorsitzenden des Stadtjugendausschusses Harald Denecken. Vertreter dieser Gruppe forderten Räume für ein Fascho-Jugendzentrum von der Stadt Karlsruhe. Sie drohten, um die Forderungen zu unterstützen, mit Gewaltaktionen in der Innenstadt.

Herford

Brandanschlag auf Flüchtlingsheim

Am 28. September 1994 wurde auf das Herforder Flüchtlingsheim ein Brandanschlag verübt. Dabei wurde eine 23-jährige Frau und ihr 11-jähriger Bruder getötet. Im Eingangsbereich des Heimes wurden Benzinkanister gefunden. Die 70 Bewohner wurden aus dem Containerdorf evakuiert.

Zeugen beobachteten zwei flüchtende Personen nach der Tat. Sie gaben an, daß sie ihrem Äußeren nach dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen seien. Die Bundesanwaltschaft verfolgt allerdings eine andere Version. Es soll sich um eine »Beziehungstat« gehandelt haben. Am selben Abend nahm sie zwei türkische Staatsbürger fest, mußte sie allerdings wegen fehlender Beweise wieder freilassen.

Es ist nicht der erste Anschlag auf Flüchtlinge in Herford. Vor drei Jahren brannte an selber Stelle ein Container aus. Damals sprach die Polizei von einem technischen Defekt, obwohl zeitgleich eine weitere Flüchtlingsunterkunft in Herford von »rechtsextremistischen Jugendlichen« angegriffen wurde. AntifaschistInnen werfen der Polizei und Staatsanwaltschaft vor, bei sämtlichen rechtsextremen Übergriffen den politischen Hintergrund ausgeblendet zu haben. Sie werfen den Behörden gezielte Verharmlosung vor und äußern den Verdacht, daß es auch bei diesem Anschlag so gehandhabt wird.

Solingen

Brandanschlag auf Antifaschistin

In der Nacht von Samstag auf Sonntag, dem 30.7.94 zum 31.7.94, entzündeten Unbekannte ein Kleidungsstück und Papier vor der Wohnungstür eines Mehrfamilienhauses einer Antifaschistin. Nur durch Zufall konnte das Feuer durch einen nach Hause kommenden türkischen Nachbarn entdeckt und gelöscht werden. Die Antifaschistin war an diesem Wochenende nicht zuhause.

Die Polizei ermittelte sehr oberflächlich, Heyer, der Pressesprecher der Polizei Wuppertal, hatte auf Rückfragen keine Ahnung von dem Anschlag. Erst nach Rücksprache mit dem eigenen Staatschutz bestätigte er etwas später den Brandanschlag in Solingen. Die Ermittlungen laufen in alle Richtungen, ein politischer Hintergrund ist nicht ausgeschlossen.

Kaltenkirchen

Hess-Aufmarsch

Trotz des bundesweiten Verbots für Heß-Gedenkveranstaltungen fand am 21.8.94 eine Demonstration von ca. 40 Neonazis statt. An der Demonstration beteiligten sich Mitglieder der FAP, der Nationalen Liste (NL), der Jungen Nationaldemokraten und englische Neonazis der British National Party (BNP). Es wurden führende Nazikader wie Jürgen Rieger erkannt. Rieger trat in den letzten Jahren als Hauptredner der »Rudolph-Heß-Gedenkmärsche« auf. Außerdem beteiligten sich Glenn Goertz, Bundesgeschäftsführer der FAP sowie sein Bruder André Goertz, Landesgeschäftsführer der FAP Hamburg, an dem Marsch.

Das »Nationale Infotelefon« brüstet sich damit, daß in Kaltenkirchen die einzige Veranstaltung zum Heß-Gedächtnis in der BRD gewesen sei.



Berlin

Guter Draht zur FAP

Beim »Tag der Heimat« des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin zeigte sich der Bezirksverordnete aus Berlin-Tiergarten und Vorsitzender der »Republikanischen Jugend«, FRANK SEIFERT, in regem Austausch mit Mitgliedern der FAP.

Der Rechtsradikale Seifert machte zuletzt von sich reden, als er einen Buchhändler bedrohte, der das Info der Antifaschistischen Initiative Moabit ausgelegt hatte. Das Info enthält ein Foto, das REP-Seifert im Gespräch mit führenden Berliner FAP'lern zeigt.

Neue Rechte – Kurzmeldungen

Aufruf zur Wachsamkeit II

»Gegen die subversive Aktion von rechts in Europa« – unter diesem Motto stand der »Aufruf zur Wachsamkeit« am 13. Juli letzten Jahres (siehe *Infoblatt* 27). Genau ein Jahr später wurde der Aufruf ein zweites mal in der französischen Tageszeitung Le Monde abgedruckt. Mittlerweile haben rund 1500 Personen den Aufruf unterzeichnet, in dem sie sich dazu verpflichten, nicht mit Personen zusammenzuarbeiten bzw. in Zeitungen zu publizieren, die mit der extremen Rechten in Verbindung stehen.

Berichtigung

In der letzten Ausgabe des Antifa-Infoblatts haben wir in dem Artikel »Querfrontpolitik 1994 – Zitelmann & Co.« geschrieben, Zitelmann sei als Chef der Samstagsbeilage »Geistige Welt« der Springerzeitung »Welt« abgesetzt worden. Dem ist leider nicht so. Rainer Zitelmann hat diesen Posten nach wie vor inne.

Ganz schön abgespeckt – Die »2.JF-Sommeruniversität«

Vom 19. bis 24.8.94 fand in der Oberpfalz (Bayern) der zweite Vesuch der »Jungen Freiheit«-Redaktion statt, sich als geistigen Brain-Trust des Konservativismus darzustellen. Mußte das letztjährige Seminar aufgrund der anrückenden Öffentlichkeit Hals über Kopf die Tagungsräume wechseln, waren sie diesmal auf äußerste Konspirativität mit dem Tagungsort versessen. Das Ergebnis waren magere 50 Teilnehmer und lediglich die zweite Garnitur an Referenten. Diese wurden in erster Linie vom Vorbereitungskreis um die »Junge Freiheit«, der Münchner rechtsradikalen »Burschenschaft Danubia«, der »Freiheitlichen Studenteninitiative Insbruck« und einem »Edgar-Jung-Institut« gehalten und angehört. Eingerahmt wurden sie von ihren guten Kontakten und Aushängeschildern im konservativen Spektrum: Günter Brückner, MDL (CDU) und Landesvorsitzender der Paneuropa-Union Sachsen; Frank Bötzkes (CDU, Hessischer Landesvors. des »Christlich-Konservativen Deutschland-Forum); Walter Staffa (Vors. des »Witiko-Bundes« deren Verbandszeitung eh vom JF-Mitarbeiter Hans-Ulrich Kopp erstellt wird) und Josef Schüsselburner (ständiger »Criticon«-Mitarbeiter und seit 85 in der Bundesverwaltung tätig). So wurde die illustere kleine Runde wohl kaum ihren hohen Ansprüchen gerecht. Sie versuchte sich unter dem Motto »Konservative Revolution – Konservativer Widerstand – Konservative Erneuerung« in die Tradition von Ernst Niekisch bis dem Widerstand der »deutsch fühlenden Männer« des 20. Juli zu stellen und daraus ein Widerstandsrecht für sich aktuell zu rekonstruieren. Unterm Strich blieb von der ganzen Veranstaltung lediglich der Vesuch, die 92 gestarteten Lesekreise als neue alte Hoffnung wieder zu beschwören und sich am Abend beim Lagerfeuer vom alten Wiking Jugend-Liederbuch beim Gesang inspirieren zu lassen. Das war wohl nichts!

Mit Daimler-Benz und alten Bekannten zum Europa unter Deutschlands Führung

Die vergangenen Tagungen des STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM waren jeweils Garanten für politischen Sprengstoff, weil sie explizit die führenden Köpfe der europäischen »Neuen Rechten«, wie Michael Walker, Karheinz Weißmann und Hans-Dietrich Sander als Referenten einluden. Sander tauchte auch als Referent auf einer Tagung der »Jungen Weikersheimer«auf. Brisant dürfte auch hier sein, daß im Vorstand der »Jungen Weikersheimer« ein ULI BOLDT aus Berlin sitzt. Ein gewisser Uli Boldt aus Berlin, ist auch stellvertretender Vorsitzender der »Kulturgemeinschaft Preußen« und meldete 1993 Halbe an!

Möchtegern-Eliten unter sich... Die TeilnehmerInnen der FJ-Sommeruniversität ergrauen die Umgebung mit ihren Gesangs«künsten«.



So durfte die 3.Weikersheimer Hochschulwoche vom 25.-30. Sep.94 in ihrem Programm nicht nachstehen. Offen gesponsort mit Mitteln des Hauses Daimler Benz lautete der Titel diesmal: »Der geistige und politische Brückenschlag zwischen West- und Osteuropa«. MATHIAS KLEINERT, Mitglied des Direktoriums von Daimler, führte so auch in den 1.Studienabschnitt »Die Geopolitische Mittellage Deutschlands in Politik, Wirtschaft und Geist« ein. Der Rest, der dann in Seminarabschnitten eine Woche lang folgte, war ein Sammelsurium alter Bekannter aus dem Braunzonenspektrum. KLAUS HORNUNG, Prof. der Uni Hohenheim, dessen Texte u.a. vom »Schutzbund für das Deutsche Volk« vertrieben und in »Nation und Europa« vor den »Nachrichten von der Überfremdungsfront« plaziert werden, widmete sich der Geopolitik. HANS-HELMUT KNÜTTER (Uni Bonn) mit seinem Anti-Antifaschismus darf natürlich nicht fehlen. SIEGMAR FAUST, gern gesehener Interviewpartner der nationalrevolutionären Zeitschrift »wir selbst« und Mitglied der Paneuropa-Union widmet sein Thema der totalitären Verführung. Brigadegeneral a.D. HEINZ KARST, der die Zukunftsperspektive aus militärischer Sicht darstellte, ist zusammen mit Klaus Hornung Mitglied im Präsidium des »Studienzentrum Weikersheim«. Anfangs der 80er Jahre war er als Mitglied im Kuratorium der »Konservativen Aktion« zu finden, welche bis heute vom Rechtsextremisten Joachim Siegerist (1993 Kandidat der Lettischen Unabhängigkeitsbewegung LNKK) weitergeführt wird. Lothar Bossle, Prof der Uni Würzburg war Unterstützer des gleichen Kreises. Über das von ihm geführte »Institut für Demokratieforschung« organisierte er in den 70er Jahren Solidaritätsveranstaltungen für das diktatorische Chile. Antikommunismus stand bei ihm immer zuvorderst. So kennt er auch LUDEK PACHMANN (Prag) schon spätestens seit 78, als dieser auf der »Antisozialistischen Hochschulwoche« in Würzburg als Redner auftrat und ebenfalls Bundesvorsitzender der »Konservativen Aktion« war. TOMISLAV SUNIC, Referent des 2. Studienabschnittes »Nationalstaatliche Ordnung und Supranationalitäten« ist aktuell mit besten Kontakten ins internationale Lager der »Neuen Rechten« versehen. So schreibt er sowohl regelmäßig für die »Junge Freiheit« als auch für »Volouire« dem belgischen Magazin des Chefideologen Robert Steuckers. Hier werden die Debatten noch in voller Länge und ohne Blatt vor dem Mund geführt.

Rechtsruck in Belgien und Österreich

Bei den Bundestagswahlen spielten die faschistischen Parteien keine Rolle mehr. Entschiedener antifaschistischer Widerstand seit dem Wiedererstarken der extremen Rechten hat wesentliches dazu beigetragen. Das ultrarechte Potential ist jedoch nicht verschwunden, sondern lediglich von der CDU/CSU durch einen kräftigen Rechtsruck aufgesaugt. Anders sieht es in zwei Nachbarländern aus. In Belgien und Österreich erzielten der Vlaams Blok und die Freiheitliche Partei Österreichs erdrutschartige Gewinne. Dieser Entwicklung muß von den AntifaschistInnen in Deutschland höchste Aufmerksamkeit gewidmet werden. Je mehr sich faschistische Parteien in Europa etablieren können, je mehr sie zum Normalzustand werden, je wahrscheinlicher wird ein Durchbruch der Neonazis auch in Deutschland. Nur auf Grund der Sonderrolle Deutschlands, dem Greuel der NS-Geschichte, reagiert die Weltöffentlichkeit empfindlich auf neue Nazis in der Republik. Die Nazis selbst haben das schon lange erkannt. Ihr strategisches Konzept lautete von 1950 an, daß erst die Faschisten der Nachbarländer stark werden müssen, bevor deutsche Nazis wieder eine Chance haben. Sonst droht die internationale Isolation.

Belgien

Schwarzer Sonntag

Neonazis haben ihren Stimmanteil verneunfacht

Vor sechs Jahren gelang dem Vlaams Blok der Durchbruch bei den Regional- und Kommunalwahlen. Damals konnte die Partei ihre Stimmen verfünffachen. Rechtsextreme Kräfte haben im flämisch-sprachigen Teil Belgiens (c.a. 56%) eine Tradition seit Anfang der 20er Jahre. Ein Brennpunkt ist bis heute die Unabhängigkeitsbestrebung der Flamen vom ärmeren Teil des Landes, der französisch-sprachigen Wallonie (c.a. 32%). Diese zielt auf die Errichtung eines Groß-Niederlande ab, was dort jedoch auf wenig Gegenliebe stößt. Im Gegensatz zu dem liberalen Nachbarland hat gerade der flämische Teil Belgiens eine Tradition der offenen Kollaboration mit Nazi-Deutschland. Schwesterpartei des Vlaams Blok ist die wenig erfolgreiche Deutsche Liga. Der Aufstieg des Vlaams Blok ging einher mit einer extrem rassistischen Ausländerpolitik der bürgerlichen Parteien und der Sozialisten, durch die Neonazis salonfähig gemacht werden. Im internationalen Brennpunkt steht alljährlich das Volksfest Izerbergevaard, an dem c.a. 40.000 Menschen teilnehmen, darunter die Nazi-Prominenz aus ganz Europa. Die antifaschistischen Kräfte Belgiens sind relativ schwach und die bürgerlichen Parteien verbraucht.

Die Belgischen Kommunal- und Regionalwahlen vom 9. Oktober werden als ein weiterer »schwarzer Sonntag« für AntifaschistInnen in die Geschichte eingehen. Vorangegangen waren der 24. November 1991 als der Vlaams Blok (VB) mit erheblichen Stimmenzuwächsen den Durchbruch bei den belgischen Parlamentswahlen erzielte und die Wahlen zum Europaparlament am 12. Juni diesen Jahres, in denen der VB seine Stellung im Straßburger Parlament festigen konnte.

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen gewannen die Neofaschisten eine große Anzahl von Sitzen, sowohl in der französisch-sprachigen Wallonie, als auch im flämisch-sprachigen Flandern. Unmittelbar nach dem rechten Wahlerfolg übersandte der Vorsitzende der französischen Front National, Jean-Marie Le Pen, dem Vlaams Blok seine Glückwünsche.

Dieser hat gute Gründe zufrieden zu sein. Im neuen Jahr wird der VB in 82 der 308 Kommunalparlamente vertreten sein. In den vorangegangenen Kommunalwahlen von 1988 erhielt der VB 23 Sitze, diesmal erhielt er 202 Sitze, eine Steigerung um das 9-fache.

Selbst in dem Villenviertel Braschaat, dem reichsten Stadtteil Belgiens, wird der VB mit sechs Sitzen vertreten sein. Armut und Immigration, das Hauptagitationsfeld der Faschisten, sind in diesem Viertel unbekannt.

Selbst in vier Distrikten der Hauptstadt Brüssel, deren EinwohnerInnen in der Mehrheit französisch-sprachig sind, gelang es dem VB Sitze zu erobern.

Antwerpen - Hochburg der Faschisten

Antwerpen, die zweitgrößte Stadt des Landes, bleibt die Hochburg des Vlaams Blok. Dort erzielte er 29 % (76.877 Stimmen), 1988 waren es noch 17 % (54.163 Stimmen). Die Tatsache, daß fast jeder Dritte in Antwerpen für den VB gestimmt hat, macht die Faschisten zur stärksten Partei der Stadt. Sie ließen die Sozialistische Partei, die ein mageres Ergebnis von 20,5% erzielte, weit hinter sich. Von 55 Sitzen im Stadtparlament besetzt der VB zukünftig 18 Sitze unter Leitung ihres Vorsitzenden Filip De Winter.

Führer De Winter (36) ist mit 28.599 Direktstimmen nun der populärste Politiker der Stadt. Seine Konkurrenten belegen weit abgeschlagen die Plätze 2 und 3: die populäre Mieke Vogels von der Umwelt-Partei Agalev folgt mit 18.528 Direktstimmen und der ehemalige Bürgermeister der Sozialistischen Partei, Bon Cools, belegte mit 16.580 Stimmen nur Platz 3.

Trotz der persönlichen Ambitionen De Winters auf das Amt des Bürgermeisters, dürfte er nach dem jetzigen Stand enttäuscht werden. Aufgrund einer Entscheidung der übrigen Parteien - Sozialisten, Christ-Demokraten, Agalev und den Liberalen - keine Koalition mit dem Vlaams Blok einzugehen, bleibt Antwerpen der Albtraum einer faschistischen Stadtregierung vorerst erspart. Die Aufgabe der Parteien der Mitte wird es sein in einer komplizierten Prozedur eine Stadtregierung zu

bilden. Dieser Akt wird möglicherweise Wochen dauern, in denen der VB versuchen wird die Situation zu eskalieren. Schon jetzt reklamiert der VB seinen Ausschluß von der Macht als undemokratisch.

Darüberhinaus behaupten die Faschisten keine rassistische Partei zu sein. Eine Behauptung, der sowohl der Wahlslogan des VB *»Unser Volk zuerst«* wie auch seine faschistische Geschichte entgegensteht. Ein Teil ihrer Gründungsmitglieder stammt aus der verbotenen terroristischen Organisation VLAAMS MILITANTEN ORDEN (VMO). Darüberhinaus ist auch die Propaganda des VB eindeutig: Ausweisung von Ausländern, Unabhängigkeit Flanderns und Amnestie für die Kriegsverbrecher und Kollaborateure des deutschen NS-Regimes.

Während der Wahlen verteilten »Militante« des VB ein Flugblatt, das einen Cartoon abbildete: Drei Migranten vergewaltigen eine weiße Frau und erklären, daß sie das Antirassistische Notruftelefon benachrichtigen würden, wenn sie anfinge zu schreien. Verantwortlich für diese Hetze ist Xavier BUISSERET, ehemals Leiter des VMO und Mitglied der Parlamentsfraktion des Vlaams Blok in Antwerpen.

Durchbruch der FRONT NATIONAL in der Wallonie

Im südlichen Teil Belgiens, der französisch-sprachigen Wallonie, gab es vor den Wahlen zahlreiche Spekulationen, ob die FRONT NATIONAL (FN) und die Partei AGIR ihren Wahlerfolg bei den Eurowahlen wiederholen können. Sie konnten. In Namur, der wallonischen Hauptstadt mit einem geringen Anteil von MigrantInnen und einer geringen Arbeitslosenquote, erzielte die FN 8% der Stimmen.

Auch in anderen Städten und Gemeinden legten die Ultrarechten kräftig zu, jedoch nicht in dem Ausmaß wie der Vlaams Blok. Im zweisprachigen Brüssel (c.a.11% der Bevölkerung) schnitt die FN mit 9,3% der Stimmen deutlich besser ab als der VB (3,3%).

Während der Erstellung dieser Beilage sind die absoluten Zahlen der WählerInnenstimmen der Kommunalwahlen noch nicht veröffentlicht, nur die der Regionalwahlen sind bekannt. In der Auswertung der Wahlen ist mit einiger Umsicht vorzugehen. Fest steht, daß der 9.Oktober ein politischer Erfolg für die Faschisten war. Jedoch im Vergleich mit den Eurowahlen haben die Faschisten einige Stimmen verloren.

Im Juni erhielt der Vlaams Blok 436.346 Stimmen (7,8%), gegenüber 423.346 Stimmen (7,1%) bei den Regionalwahlen vom 9. Oktober (28 Sitze in 5 Provinzen).

Ähnlich schnitten die französisch-sprachigen Faschisten ab: AGIR konnte zwar seine Stimmenzahl von 36.162 Stimmen auf 42.640 steigern, jedoch die Front National fiel von 174.233 Stimmen auf 131.020 am 9. Oktober zurück.

Insgesamt erhielten die Faschisten bei diesen Wahlen ca. 90.000 Stimmen weniger als bei der Eurowahl (von 680.164 auf 590.859). Diese Zahlen machen eine Einschätzung dieser Wahlen nicht leichter, jedoch einiges läßt sich schon jetzt klarstellen: Der Vertrauensverlust der demokratischen Parteien Belgiens begünstigt die Neofaschisten, die gesunkene Wahlbeteiligung beschert ihnen einen größeren Einfluß.

Der größte Durchbruch ist den Faschisten unter der ArbeiterInnenschaft gelungen. Bisher stammte ihre Wählerschaft hauptsächlich aus dem Mittelstand und Leuten um die 30, die sich als Modernisierungsverlierer betrachten. Viel mehr ArbeiterInnen als zuvor trauen den Faschisten mittlerweile die Lösung ihrer sozialen Probleme zu. Dieses wurde vor allem durch die von Korruptionsskandalen zerrüttete Sozialistische Partei ermöglicht.

Genaueres werden die nächsten Jahren in Belgien zeigen. Die faschistische Gefahr ist groß, die Integrationskraft der bürgerlichen Parteien nimmt ab, eine linke Alternative ist nicht in Sicht. Die internationale Öffentlichkeit ist aufgerufen diese Vorgänge mit größter Wachsamkeit zu verfolgen.

Von unserem belgischen Korrespondenten

Österreich

»Wenn ich was zu sagen habe, habts ihr keine Luft mehr zum Pfeifen«

Haider oder auf blauen Socken schreiten die Braunen zur Macht

Bei den österreichischen Nationalratswahlen vom 9. Oktober setzten die faschistisch-populistische Partei Jörg Haiders ihren Triumphzug fort. Seit 1986 gewann die FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ) permanent dazu und ist als drittstärkste Partei mittlerweile fest etabliert. Die »Freiheitlichen« oder die »Blauen«, wie die Krawattennazis in Österreich liebevoll genannt werden, sind nichts anderes als eine intelligentere und wesentlich erfolgreichere Variante der deutschen REPUBLIKANER.

Der smarte Jörg und seine FPÖ sind das Vorbild der deutschen Nazis, die sich mit den Erfolgen in Österreich über die Mißerfolge im eigenen Land hinwegtrösten können. Haider bekennt sich zum »deutschen Volkstum«, doch seine bisherigen Pläne das Modell-FPÖ nach Deutschland zu exportieren, scheiterten kläglich. Anfangs liebäugelte er mit den REPs, als diese in die Ecke gedrängt waren versuchte er es als Wahlkampfhelfer für den BUND FREIER BÜRGER Manfred BRUNNERS. Doch seine Auftritte gingen im lautstarken Protest von AntifaschistInnen unter und die »freien Bürger« ereichten bei den Eurowahlen noch nicht einmal die 1 Prozent Marke. Es ist davon auszugehen, daß dies nicht der letzte Versuch des »Jörgl« sein wird seine politische Bewegung nach Deutschland auszuweiten.

Die österreichischen Wahlanalytiker sprechen von einer »gigantischen Verwerfung der Länderlandschaft« und von einem »Stabilitäts- und Traditionsbruch mit nicht absehbaren Folgen. Das erste Mal in der Nachkriegszeit verloren die traditionellen Regierungsparteien SOZIALISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS (SPÖ) und die ÖSTERREICHE VOLKS PARTEI (ÖVP) ihre zwei Drittel Mehrheit im Bundesparlament. Doch nicht das ist das Besorgniserregende. 998.406 wahlberechtigte Österreicherinnen (22,46 %) stimmten für Haiders FPÖ. Die WählerInnen liefen der SPÖ/ÖVP-Koalition in Scharen davon, nicht wenige von ihnen gaben diesmal der FPÖ ihre Stimme.

Die SPÖ sank von 42,7 % auf 35,2%, die ÖVP von 32 % auf 27,7 %. Rein rechnerisch hätte eine Koalition von ÖVP und FPÖ eine Mehrheit von 2 Sitzen. Doch noch ist es nicht soweit. Obwohl einflußreiche Kräfte der ÖVP schon vor den Wahlen mit einer schwarz-blauen Koalition geliebäugelt hatten, scheiterten diese Bemühungen bis jetzt an der Weigerung des Vize-Bundeskanzlers und ÖVP-Parteivorsitzenden Erhard BUSEK. Sein Gegenspieler ist der Außenminister Alois MOCK, der sich schon ausrechnete, wie er mit Haiders Hilfe das Bundeskanzleramt erobern könne. Wäre nicht das LIBERALE FORUM, eine Abspaltung der wenigen Liberalen von der FPÖ, dieses Mal unter Leitung von Heide SCHMIDT angetreten, wäre der Wahlsieg Haiders noch eindeutiger ausgefallen. Auf Anhieb erreichte Heide Schmidt 5,7% und die GRÜN ALTERNATIVEN legten ebenfalls 2,3 Prozentpunkte zu und kamen auf 7 % der Stimmen.

Kanzler 1998?

Haider will spätestens 1998 österreichischer Kanzler sein. Unmittelbar nach den Wahlen kündigte er an noch in der Opposition bleiben zu wollen. Er will die maroden Parteien der Mitte noch ein bißchen abwirtschaften lassen. SPÖ und ÖVP stehen in Koalitionsverhandlungen. Es wird damit gerechnet, daß die ÖVP sich gegenüber dem stärkeren Koalitionspartner einen großen Spielraum lassen wird und von Zeit zu Zeit auch mit der FPÖ abstimmen wird. Nicht zu rechnen ist mit einer Ausgrenzung der FPÖ, so daß die FPÖ auch weiterhin an Akzeptanz gewinnen wird. Wie stark die Verunsicherung unter den linken Intellektuellen ist läßt sich ua. an den zahlreichen Äußerungen ablesen, man hätte die Koffer schon gepackt, für den Fall, daß Haider in die Regierung gewählt wird.

Das erste Mal in der Nachkriegszeit verlor die SPÖ ihre absolute Mehrheit unter den ArbeiterInnen. 29 % stimmten für die FPÖ. Die SPÖ hatte sich durch eine ganze Reihe von Korruptionsskandalen unglaubwürdig gemacht. Haider treibt die SPÖ vor sich her. Er gibt sich als Vertreter der *»Tüchtigen und Fleißigen«*, als Fundamentalopposition gegen die *»Bonzen und Nehmer«*. Im »roten Wien«, seit dem 2. Weltkrieg Hochburg der SPÖ, verloren die Sozialdemokraten ihre absolute Mehrheit und die FPÖ schob sich an der ÖVP vorbei auf den 2. Platz. Mehr als 25 % der WählerInnen in den traditionellen Proletariervierteln stimmten für die FPÖ.

Sprüche des Führers

»Die österreichische Nation ist eine Mißgeburt.«

»Dieses Land wird nur frei sein, wenn es ein deutsches Land sein wird.«

Die heutige Form des Zusammenlebens ist denaturiert. Partnerschaft besteht doch aus zwei Funktionen: dem dienenden und dem führenden Teil. So ist das.«

»Das wort »liberal« hat für mich einen besonders bitteren Beigeschmack.«

Es gibt einen Beweis dafür, daß wir keine Nazi-Partei sind. Denn wären wir es, hätten wir die absolute Mehrheit.«

»Die Mächtigen im Lande bezeichnen uns als Faschisten, womit wir ganz gut leben, wie die steigenden Aktivenzahlen beweisen.«

»Im III.Reich wurde wenigstens eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht.«

»Die Soldaten der Waffen-SS waren Soldaten wie andere auch.«

»Erst die Niederlage des »Großdeutschen Reiches« führte zur Geburt des volksösterreichischen Gedankens. Das deutsche Volk steht vor der Gefahr, weitere 7 Millionen Menschen zu verlieren. Die politische Lage hat die nationalen Kräfte Österreichs vor neue Aufgaben gestellt. Die vornehmste dieser Aufgaben ist die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind. Wir haben daher in den Deutschen Österreichs das Bewußtsein wachzuhalten, ein Teil des deutschen Volkes zu sein.«

(Originalzitate Jörg Haider)

Hochburg Kärnten

Die FPÖ ist in zwei Bundesländern, neben Wien, die zweitstärkste Partei geworden. In Vorarlberg (am Bodensee) verdrängte sie mit 24,1 % die Sozialdemokraten auf Platz 3 und in Kärnten erzielte sie sogar 33,9 % und ist somit doppelt so stark wie die ÖVP. Kärnten ist seit jeher Hochburg der Haider-Partei. In der Landeshauptstadt Klagenfurt, wie auch in einigen weiteren Gemeinden, wurde die FPÖ zur stärksten Kraft.

Haider schafft sich seine angestrebte »deutsche Volksgemeinschaft«, indem er es allen recht macht. Verankert ist die FPÖ vor allem in der Polizei und den Sicherheitskräften, von denen der Haider-Partei offene Sympathie entgegengebracht wird. Seine Leibgarde besteht fast ausschließlich aus Polizeibeamten.

Für Haider stimmten auch überproportional viele WählerInnen unter 29 Jahren, Angestellte der Privatwirtschaft, Bauern und der untere Mittelstand. Diese Zusammensetzung findet sich auch in Haiders Partei wieder. Sie zählt 40.000 Mitglieder. Neben eindeutigen Faschisten tummeln sich dort »unpolitische« Technokraten, rücksichtslose Karrieristen und Opportunisten.[1] Auch die Briefbomben-Neonazis von Gottfried Küssels Volkstreuer Außerparlamentarischer Opposition (VAPO), wie Südtirol-Terroristen, sind im wesentlichen mit Haiders Linie einverstanden.

Modernisierter Faschismus

Haider schafft es Opposition unter dem Schlagwort »Systemkritik« zu sammeln. Was darunter zu verstehen ist läßt sich aus dem »Grenzlandbuch« der Kärntner FPÖ von 1989 entnehmen: Ursache aller politischen Probleme sei *»das geheime Zusammenspiel der westlichen Hochfinanz mit den Kommunisten«*. Verantwortlich gemacht werden die reichen Juden, eine erneute Auflage der *»jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung«* der Hitler-Nazis. Begünstigt wird die FPÖ durch die verdrängte österreichische Geschichtsaufarbeitung des Nationalsozialismus. In der offiziellen Geschichtsschreibung war Österreich Opfer des »Großdeutschen Reiches«, Antisemitismus gehört bis heute »zum guten Ton.« De facto waren Österreicher überproportional an den Kriegsverbrechen der Nazi-Barbarei beteiligt. Mehr als 50% der Wachmannschaften in den Vernichtungslagern wurden von Österreichern gestellt.

Haider ist ein Verehrer der Waffen-SS, deren Völkermord er 1985 mit folgenden Worten würdigte: *»Ohne ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa.«*[2] Folgerichtig forderte er schon 1980 zusammen mit der Deutschen Volksunion Gerhard Freys´ eine »Generalamnestie« für alle Kriegsverbrecher. Sein Ziel ist eine *»dritte Republik«*, ein *»plebiszitärer Führerstaat«* unter seiner Führung, die Bekämpfung des *»Liberalismus«* und der Pressefreiheit. Bis es soweit ist, pocht er auf die Demokratie, freilich nur so lange sie ihm nützt.

Wenn Haider redet, dudelt der Haider-Rap für die Jugend und »Schurlie und die Motorbienen« für die ältere Generation. Vor der Tribüne versammelt sich eine bunte Menge aus ArbeiterInnen, älteren Frauen, Angestellten und Jugendlichen in Springerstiefeln mit Kurzhaarschnitt. Einmütig ist die Ablehnung der wenigen GegendemonstrantInnen, denen Haider zuruft: *»Pfeifts nur, wenn ich was zu sagen habe, habts ihr keine Luft mehr zum Pfeifen.«*[3]

[1] Die Rückkehr der Führer - Modernisierter Rechtsextremismus in Westeuropa

[2] Kärntner Nachrichten 10.10.1985

[3] profil - 11.10.94

Kaindl-Prozeß

Eine Anklage bricht in sich zusammen...

Die Mordanklage im Fall Kaindl ist geplatzt, das verkündete das Gericht am 18.10.94. Verhandelt wird jetzt wegen »schwerer Körperverletzung mit Todesfolge«. Die Aussagen des psychisch schwer kranken Erkan beim ermittelnden Staatsschutz dürfen nicht verwendet werden. Fünf der Angeklagten bestätigten ihre Teilnahme an der Aktion. Fatma verweigert jede Aussage und Abidin erklärte, daß die ihm in der Anklageschrift gemachten Vorwürfe falsch sind. Erkan wurde auf Grund seiner Krankheit bisher nicht vernommen. Die vier haben sich zu Einlassungen und Aussagen entschieden, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, die ihnen gemachten Mordabsichten zurückzuweisen bzw. richtig stellen können. Würden sie sich nicht zur Sache äußern, hätten automatisch die von Bazdin beim Staatsschutz gemachten Aussagen Gültigkeit.

Da hatte sich der Staatsschutz so viel Mühe gegeben, sich eine ihm genehme Version der Nacht vom 3. zum 4. April 1992 auszudenken, und nun bricht die gemeinschaftliche Mordanklage schneller zusammen als ein Kartenhaus. Nachdem 20 Sonderpolizisten eineinhalb Jahre nicht die entsprechenden Ergebnisse liefern konnten, fand sich im November letzten Jahres ein aussagebereiter Jugendlicher. Und da es für eine Institution, die es sich zum Ziel gesetzt hat, diesen Staat zu schützen, keine Behinderungen für diese schwierige Aufgabe geben darf, wurde auch sofort mit allen gesetzlichen und besonders den ungesetzlichen Mitteln probiert, diesem hohen Anspruch gerecht zu werden. Der Feind stand fest, es fehlten nur die »Beweise«. Und deswegen wurde folgendermaßen vorgegangen:

Erkan, der erste aussagebereite Jugendliche, wurde zwei Wochen lang ohne anwaltlichen Beistand in die Mangel genommen. Dabei interessierte es den Staatsschutz wenig, daß Erkan an einer schweren psychischen Krankheit leidet. Sein jetziger Gesundheitszustand hat sich etwas gebessert, so daß er vor Gericht noch einmal zur Tat aussagen wird. Die Vernehmungen des Staatsschutzes liefen vollkommen rechtswidrig ab. Der Staatsschutz formulierte die Sache so, wie er sie sich »dachte« und Erkan durfte dazu »ja« oder »nein« sagen. Nun wurden auf Grund dieser Aussagen verschiedene Leute gesucht bzw. verhaftet, unter ihnen auch Bazdin. Bei ihm machte sich der Staatsschutz die Sache noch einfacher. Laut Bazdins Aussage legten die *»sehr netten«* Staatsschützer großen Wert auf ein Übereinstimmung mit den Angaben, die sie Erkan vorgesagt hatten. Insbesondere wurde Wert gelegt auf Abidins und Fatmas Anwesenheit und Mehmets Rolle bei der Aktion. Alles was Bazdin anders oder nicht mehr wußte, wurde ihm solange schmackhaft gemacht, bis er sein Ja-Wort dazu gab. Wenn er sich die Sachen absolut nicht einreden ließ, wurden ihm als »Beweis« Erkans »Aussagen« zum Lesen gegeben. Die Aussagen wurden von den Beamten in einem anderen Raum zu Protokoll gegeben, formuliert und Bazdin unterschrieb dieses ungelesen. Er wollte nur noch seine Ruhe haben. Auf diese illegale Art und Weise wurde gebastelt und gebastelt, bis eine gemeinschaftliche Mordanklage herauskam. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Staatsschutz am nächsten Prozeßtag aus diesen Vorwürfen herausredet.

Vor Gericht stellt sich die Sache nun ganz anders dar. Da sind nämlich plötzlich drei Leute, die im Gegensatz zum Staatsschutz in jener Nacht im Chinarestaurant waren. Bazdin erzählt die Sache inzwischen deutlich anders, als in den von ihm stammenden »Aussagen«. Alle an der Tat beteiligten erklärten, daß sie Abidin an jenem Abend nicht gesehen haben.

Zum Auftakt gaben Abidin, Fatma, Carlo und Mehmet politische Erklärungen ab, die wir leider an dieser Stelle nicht veröffentlichen können. Die vollständigen Erklärungen sind im Herzschläge-Bulletin Nr.2 (Bestelladresse in diesem Heft) oder in der Interim vom 13.10.94 enthalten.

Laut Aussagen der Beteiligten stellt sich der Vorfall folgendermaßen dar. In einer Kreuzberger Kneipe erfuhren Mehmet, Bazdin, Erkan, Seyho und eine weitere Person von Fatmas Onkel, daß in einem sich in der Nähe befindlichen Chinarestaurant ein Rosenverkäufer rassistisch angemacht wurde. Der Onkel mischte sich ein und wurde von den Nazis bedroht. Nach einigem Zögern beschloß man, die Faschisten, unter denen der ehemalige Vorsitzende der Berliner Reps, Carsten Pagel, erkannt wurde, aus der Kneipe zu schmeißen. Insgesamt war das Durcheinander viel zu groß, um Absprachen zu treffen und so gingen schließlich kurze Zeit später vier der Angeklagten mit zwei bis drei weiteren in das Restaurant. Dort haute einer mit der Baseballkeule auf den Tisch, Pagel bekam eine Ohrfeige, es kam zum Handgemenge. Die Nazis warfen einige Stühle in Richtung der Antifas. Diese schlugen zurück. Bazdin und Erkan beschuldigten eine konkrete, nicht am Verfahren beteiligte Person, daß sie Kaindl erstochen haben soll. Der damalige Schriftführer der DEUTSCHEN LIGA habe laut Aussage Bazdins eine Pistole in der Hand gehabt. Die Auseinandersetzung war beendet, als alle Pogromhetzer unter dem Tisch kauerten. Auch der Wirt hatte inzwischen eine Pistole gezogen, die ihm Seyho auf dem Weg nach draußen aus der Hand schlug. Als sie die Kneipe verließen, ging von innen eine Fensterscheibe zu Bruch und sie hörten zwei Geräusche, die sich wie Schüsse anhörten.

So weit der Tatablauf nach den bisherigen Aussagen der Tatbeteiligten. Dem Antrag auf Aussetzung der Untersuchungshaft von Abidin wurde nicht stattgegeben, obwohl alle Aussagen, einschließlich, die zweier MitbewohnerInnen, ihn entlasten. Einzig die inzwischen widerrufenen Aussagen Bazdins beim Staatsschutz müssen als Begründung herhalten. Das Gericht will erst mit dem Staatsschutz klären, wie es zu diesen Aussagen kam, bevor es zu einer erneuten Entscheidung über diesen Antrag kommt. Das erschreckenste an der Ablehnung dieses Antrages war nicht unbedingt der Fakt an sich sondern das breite Lächeln, mit dem die Richterin erklärte, wie leid es Ihr tue, daß sie Abidin zum jetzigen Zeitpunkt nicht aus der U-Haft entlassen könne. Schätzungsweise ist dies ein Vorgeschmack auf die zu erwartenenen Unterschiede zwischen dem sehr »freundlichen« und lockerem Verhalten der Richterin Eschenhagen während des Prozesses und den zu fällenden Urteilen. (Stand 18.10.94)

Unterstützt auch weiterhin die gesuchten und angeklagten Antifas. Es werden immer noch jede Menge Geldspenden benötigt, ein neues Konto wird es demnächst geben. Kommt weiterhin jeden Dienstag und Freitag ab 7.00 Uhr zum Prozeß (Beginn 9.00Uhr).

Von der sog. »Neuen Rechten« bis hin zu den »Stiefelfaschisten« beziehen sich große Teile der Rechten auf Begriffe wie »Konservative Revolution«, »Nationalbolschewismus« oder »Nationalrevolutionäre«. Das sind Begriffe, die ihren Ursprung vor allem in der Zeit der Weimarer Republik haben. Wir wollen versuchen, diese Begriffe aus ihrer historischen Entwicklung heraus zu definieren, um mit deren Gebrauch heutzutage als AntifaschistInnen sinnvoll umgehen zu können.

Nationalrevolutionäre in der Weimarer Republik

Die »Nationalrevolutionäre« der Weimarer Republik sind nicht nur wegen ihres völlig anderen gesellschaftlichen Einflusses kaum vergleichbar mit den Grüppchen, die sich heute als solche bezeichnen. Der grundsätzliche Unterschied dürfte darin bestehen, daß die Vertreter der »Neuen Rechten«, aber auch der militanten Faschisten (wie z.B. die NF-Strömung), so gut wie keinen einzigen eigenen und neuen ideologischen Gedanken entwickelt haben. Vielmehr bedienen sie sich im historischen »Sortiment« der rechten Ideologien (von den »Jungkonservativen« bis zu den Nationalsozialisten) wie es ihnen gerade paßt. So gilt z.B. der neurechte Theoretiker Henning Eichberg als Begründer der sog. Regionalismus-Konzeption. Tatsache ist jedoch, daß der Nationalrevolutionär Friedrich Hielscher, ein Freund von Ernst Jünger, schon in den zwanziger Jahren eine Regionalisierung Europas propagierte, indem er forderte, die Nationalstaaten müßten sich, zugunsten eines großen Reiches, in die einzelnen »Stämme und Landschaften« auflösen.

Vor allem aufgrund ihrer aus vergangenen Zeiten zusammengestoppelten Ideologien sind die aktuellen Strömungen der »Neuen Rechten« kaum nach den Kriterien zu unterscheiden, die für die Zeit der Weimarer Republik gelten.

»Konservative Revolution« und »Revolutionärer Nationalismus«

Unter »Konservativer Revolution« ist die Strömung der deutschen Rechten zu verstehen, die sich nach dem verlorenen 1.Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918/19 in Abgrenzung zu den alten Monarchisten entwickelte. Gegen diese von ihnen so bezeichneten »Reaktionäre« versuchten sie »die Ideen von 1914« zu setzen, statt Klassengesellschaft wollten sie »Volksgemeinschaft«, statt Bismarckscher Nationalstaat das »dritte Reich«, und statt der Vorherrschaft der Ökonomie die Herrschaft des Politischen, getragen von einer elitären Oberschicht. Der Hauptfeind war der »Liberalismus«. Sie wollten *»nichts Geringeres vollbringen, als die Spuren der großen Französischen Revolution zu verwischen und neue Werte an ihre Stelle zu setzen«.*[1]

Ihre Theoretiker hießen Spengler und Moeller van den Bruck, der 1919 zusammen mit anderen sich »jungkonservativ« nennenden Rechten den »Juni-Klub« und später das »Politische Kolleg« gründete. Sie wurden zu einem ideologischen Mittelpunkt der deutschen Rechten und zu wichtigen Wegbereitern des Nazifaschismus.

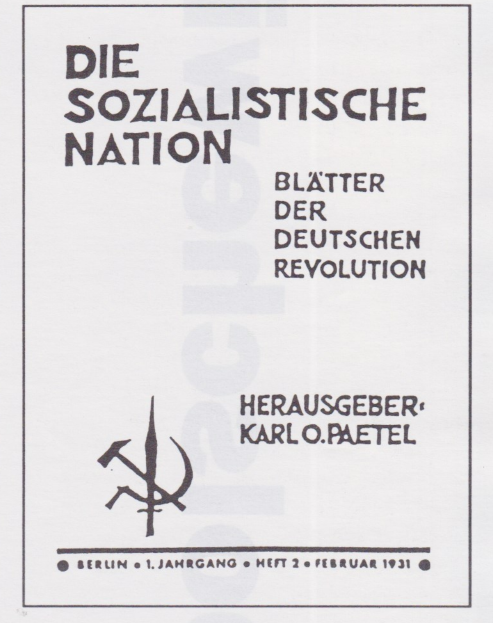
Eine Strömung dieser »Konservativen Revolution« bezeichnete sich in den späten zwanziger Jahren als »Nationalrevolutionäre«.

Sie propagierten die »deutsche Revolution«, die für sie identisch war mit dem 1.Weltkrieg. Dieser Stellungskrieg und die Verherrlichung von Kampf, Tod und »Frontsoldatentum«, bildete ihren Bezugspunkt. Entsprechend bestand ihr Staatsbild in der simplen Übertragung der Heeresgliederung auf die staatliche Organisation. An die Stelle des Bürgers setzten sie das Ideal des Frontsoldaten bzw. des Arbeiters. Ihre Manifeste *»...sind in ihren Zielsetzungen nicht präziser als etwa die Ergüsse der Völkischen, aber sie sind härter, wilder, kampfbetonter als alle anderen antidemokratischen Publikationen. (...)Der Haß der Nationalrevolutionäre auf das bestehende Regime ist konzentrierter, erbarmungslos wie der Krieg, aus dem sie kommen.«*[2]

Die »Nationalrevolutionäre« waren vor allem in den ehemaligen Freikorpsverbänden und Terrorgruppen wie z.B. dem Bund Oberland oder Wehrwolf vertreten, ebenso in den Reihen der Bündischen Jugend. Auch die von August Winnig und Ernst Niekisch gegründete »Alte Sozialdemokratische Partei« (ASP) vertrat weitgehend die Ideologie des »revolutionären Nationalismus«.

Die ideologische Gallionsfigur der »Nationalrevolutionäre« war Ernst Jünger.

1) Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962
2) Kurt Sontheimer, ebenda

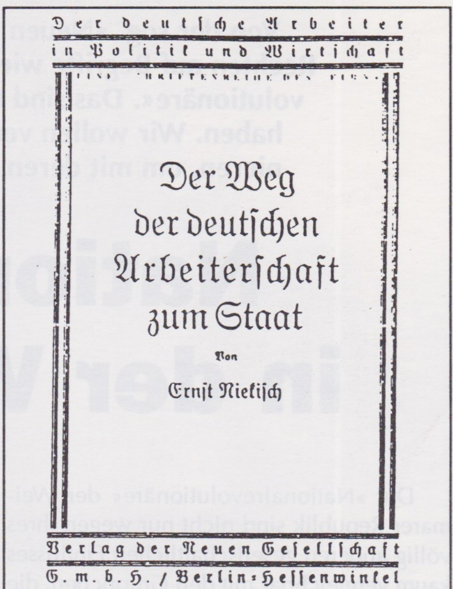




Karl-Otto Paetel mit seiner Zeitschrift: »Die sozialistische Nation«

Was ist Nationalbolschewismus?




Der deutsche Arbeiter in Politik und Wirtschaft

Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat

Von Ernst Niekisch

Verlag der Neuen Gesellschaft G.m.b.H. / Berlin-Hessenwinkel

Ernst Niekisch und sein Buch: »Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat«

Der Begriff »Nationalbolschewist« ist bis heute vieldiskutiert. Einige Historiker, wie z.B. Kurt Sontheimer[1] oder O.-E. Schüddekopf haben diesen Begriff gleichermaßen auf nationalistische Bestrebungen innerhalb der KPD wie auch auf rechtsextremistische Strömungen angewandt: *»Es handelte sich um nationalistische Tendenzen im deutschen Kommunismus und um sozialistische Bestrebungen im rechtsradikalen Lager. (...) Schon wegen ihrer Radikalität mußten sich beide Strömungen immer wieder berühren, freundschaftlich oder in Feindschaft.«*[2]

Diese Gleichsetzung von »Rechts und Links« ist nicht nur wenig hilfreich zur Klärung des Begriffes, sondern auch historisch falsch. Der krude Nationalismus der KPD, wie er sich zum Beispiel 1923 in der »Schlageter-Linie«[3] oder später in der »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« von 1930[4] ausdrückte, war schlimm genug. Doch war dies in erster Linie (kontraproduktive) Anbiederung an nationalistisch denkende Menschen, indem man versuchte, die Kommunisten als die »besseren Vertreter der Sache des deutschen Volkes« darzustellen.

Eine sehr viel genauere Definition von »Nationalbolschewismus« gibt der französische Historiker Louis Dupeux. Er beschreibt den »echten« Nationalbolschewismus als die »reinste und härteste Form des deutschen Nationalismus«:

»Der 'Nationalbolschewismus' ist eigentlich keine eigenständige Ideologie, sondern lediglich ein 'Nebensystem' der Konservativen Revolution, an deren sämtlichen Grundwerten er teilhat: das Volk in seiner Eigenart, die 'gebundene' und gegliederte Gemeinschaft, Autorität und Macht, über allem aber Nation und Staat als unauflösbare Ganzheit mit dem Alleinanspruch auf das Politische. (...) Die meisten Protagonisten selbst haben es häufig abgelehnt, als 'Nationalbolschewisten' bezeichnet zu werden, und es wäre besser, sie 'radikale Nationalrevolutionäre' zu nennen. (...) In ihrem unbedingten Nationalismus gingen sie viel weiter als der historische 'Faschismus' in der ideologischen Reaktion.«[5]

Die Ideologie der »Nationalbolschewisten«

Einer der Hauptvertreter der »Nationalbolschewisten« in der Endphase der Weimarer Republik war Ernst Niekisch. Anhand seiner Aussagen läßt sich in groben Zügen die Ideologie der »radikalen Nationalrevolutionäre« bzw. »Nationalbolschewisten« darstellen.

Nicht nur der Nationalismus, ebenso die absolute Feindschaft gegenüber den »Ideen von 1789«, d.h. der französischen Revolution und den Ideen von Gleichheit und Demokratie, markiert den »Nationalbolschewismus« als Bestandteil der »Konservativen Revolution«. Die folgenden Sätze von Niekisch könnten ebenso von den damaligen Vordenkern der gesamten Rechten, Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler, stammen:

»Die Demokratie ist eine Lähmungserscheinung der Lebensfunktionen, sie ist eine Art allmählichen Verflackerns der lebendigen Kraft. (...) Jede Rangordnung verstößt von vornherein gegen das demokratische Prinzip; was da kreucht und fleucht, soll auf gleichen Fuß gesetzt werden. Der besondere Wert, der höhere Rang werden in Frage gestellt... Demokratie ist kulturlos.«[6]

Auch was mit den Menschen passieren soll, die diesen Ideen weiterhin anhängen,



Harro Schulze-Boysen

Gegner von heute – Kampfgenossen von morgen



Harro Schulze-Boysen, Herausgeber der Zeitschrift »Gegner« und der Schrift »Gegner von heute - Kampfgenossen von morgen«

wird unzweideutig klargestellt: *»Weil es um Sein oder Nichtsein geht, bleibt Deutschland, wenn es sich erhalten will, das Schwerste nicht erspart: die Bartholomäusnacht und Sizilianische Vesper gegen alles, was an westlichem in ihm lebt. Mit grausamer Härte muß es in sich selbst ausrotten, was in ihm dem Westen verbündet ist...«*[7]

In seinem Buch »Gedanken über deutsche Politik« von 1929 formuliert Niekisch die »Querfrontstrategie« zur Herstellung einer »Neuen Front« der Nationalisten, einer Strategie, der zu dem Zeitpunkt nahezu alle Strömungen der sog. »Konservativen Revolution«, mit Ausnahme der NSDAP, anhingen. Die »Nationalbolschewisten« wollten, im Unterschied zu den anderen Strömungen, vor allem auch Kommunisten miteinbeziehen. Keinesfalls wollte er ein Kommunistisches System in Deutschland: *»Deutschland lehnt es ab, den Bolschewismus zu übernehmen. Es entwicklet seine besondere, den Ideen von 1789 entgegengesetzte, Lebensform aus sich selbst heraus.«*[8]

Vor allem aber unterschieden sich die »Nationalbolschewisten« von anderen Rechten, wie den »Jungkonservativen«, den Strasser-Anhängern oder den Nazis, in ihrer außenpolitischen Konzeption. Sie waren die radikalsten Verfechter der sog. »Ostorientierung« und das hieß bei ihnen Bündnis mit Sowjetrußland gegen »den Westen«. Originalton Niekisch:

»Wo germanisches Blut sich mit slawischem mengt, da entsteht echter Staat... Preußen war aus germanisch-slawischer Mischung entstanden... Im Ostraum, aus germanisch-slawischem Lebensstoff, stieg Preußen zur Größe empor... Wir ziehen nach Osten und finden neue Verwurzelung und zugleich unsere Sendung...[9]. *Ein neues Zentrum entstünde alsdann, das vom Stillen Ozean bis zum Rhein, von Wladiwostock bis Vlissingen reichte.*[10] *Deutschland als Kopf, Organisator und Bestandteil eines vom großen Ozean bis an den Rhein ausgedehnten Staatenblocks...«*

Zu Niekisch »Antihitlerismus« nur soviel, 1932 schrieb er in seiner Broschüre »Hitler – ein deutsches Verhängnis«, Hitler sei genauso ein Vertreter des Abendlandes, da er so vehement gegen den Bolschewismus anginge. Dabei sei der Versailler Vertrag »für Deutschland unvergleichlich verderblicher, als es der »Bolschewismus« ist«. Desweiteren wird Hitlers angeblicher »Legalismus« heftigst kritisiert. Daß rühre daher, daß dieser aus dem katholischen Österreich und Bayern komme, die schon immer unter dem verweichlichenden römischen und mediterranen Einfluß gestanden hätten, im Unterschied zu den protestantischen Preußen.[11]

Einige Strömungen der »Nationalbolschewisten« in der Weimarer Zeit

Ernst Niekisch, ein Augsburger Volksschullehrer, machte in der Weimarer Republik seinen Weg vom rechten Sozialdemokraten bis zum radikalen »Nationalrevolutionär« bzw. »Nationalbolschewist« (s.a. Antifa-Info-Blatt Nr.23). Nach dem Zwischenspiel der Beteiligung am völkisch-nationalistischen »Hofgeismarer Kreis« innerhalb der SPD, tritt er 1925 aus der Partei aus. Zusammen mit August Winnig gründet er im gleichen Jahr die »Alte Sozialdemokratische Partei« (ASP). 1926 ruft er die Zeitschrift »Widerstand-Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik« ins Leben. August Winnig wird ein Jahr später Mitherausgeber. Nachdem Niekisch 1928 nach Berlin zieht und den »Widerstands-Verlag« gründet, bekommt sein Blatt den Untertitel »Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik«. Zur gleichen Zeit entwickelt sich eine enge Freundschaft zu Ernst Jünger und seinem Bruder Friedrich Georg, die beide aktiv (bis zum Verbot 1934) an der Zeitschrift mitarbeiten.[12]

Den größten Anklang fand der »Widerstand« bei nationalistischen Intellektuellen, in Kreisen der bündischen Jugend und vor allem bei sog. Wehrverbänden, wie dem »Bund Oberland« oder dem »Jungdeutschen Orden«.

Der »Bund Oberland« hatte etwa 12.000 Mitglieder, vor allem in Franken, Bayern und Österreich. Nach der blutigen Zerschlagung der Rätebewegung entwickelte sich die Organisation »zu einer Art Zentrale für nationalistische 'Durchbildung' und hatte Zulauf aus der Jugendbewegung, wo er (d. Bund, Anm. d. V.) seine Zeitschrift 'Das dritte Reich' verbreitete«.[13]

Niekisch hatte gute Verbindungen zu allen größeren Wehrverbänden: Im Oktober 1928 schaffte er es, die Führer des »Jungdeutschen Ordens«, des »Wehrwolf«, des »Stahlhelm«, des »Bund Oberland« u.a. zu versammeln, um eine »einheitliche Front der Bünde« zu schaffen.[14] Auch besaß er gute Kontakte zu Reichswehrkreisen.

Etwa ab 1929 hat Niekisch seine »nationalbolschewistische« Sichtweise voll entwickelt. Es begannen sich im Laufe des Jahres 1930 in vielen Städten unter Bezug auf Niekischs Zeitschrift sog. »Widerstandskreise« zu bilden, die bis zu 4000 Leute organisierten. Die Aktivisten kamen vor allem aus dem »Bund Oberland« und aus den Universitäten.

Niekisch versuchte mehrfach mit der KPD zu einer »gemeinsamen politischen Frontbildung« zu kommen, insbesondere

nach der »Programmerklärung » der KPD von 1930. Aber das stieß auf wenig Gegenliebe.[15] Gegen den Young-Plan[16] gelang es Niekisch 1929/30 ein Bündnis von 32 nationalistischen Jugendvereinigungen herzustellen, u.a. waren dabei der »Deutsche Hochschulring«, der »Verein Deutscher Studenten«, der »Jungstahlhelm«, die »Hitler-Jugend«, der »Wehrwolf« und viele bündische Organisationen.

Nachdem die Nazis an der Macht waren, konnte der »Widerstand« noch bis Ende 1934 erscheinen, die »Widerstandskreise« konnten sich bis 1937 halten, dann wurden Niekisch und siebzig weitere Personen verhaftet. Er wurde 1939 wegen »Hochverrats« und »Wiederherstellung von Parteien« zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Als er 1945 von der Roten Armee befreit wird, ist er fast blind und halbseitig gelähmt. Nach 1945 wird er Volkskammerabgeordneter der DDR. 1953 siedelt er nach Westberlin, wo er 1967 stirbt.

Abgesehen von Ernst Niekisch kamen die meisten sog. »Nationalbolschewisten« in der Endphase der Weimarer Republik aus der bündischen Jugendbewegung.

So auch die Berliner »Gruppe sozialrevolutionärer Nationalisten« (GSRN) um Karl Otto Paetel, die sich 1930 gründete. Ihre ab 1931 erscheinende Zeitschrift »Sozialistische Nation« erschien eine Zeitlang mit dem Untertitel »Nationalbolschewistische Blätter«. Paetel, der auch an der Gründung der »ASP« von Winnig und Niekisch beteiligt war, schrieb schon vorher regelmäßig in den »Nationalsozialistischen Briefen«, einem von Gregor Strasser herausgegebenen Diskussionsorgan der NSDAP. Die GSRN arbeitete zunächst einige Monate mit Otto Strassers »Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten« zusammen. Er war (im Gegensatz zu seinem Bruder Gregor) 1928 aus der NSDAP ausgetreten. Aber bald kam es zum Bruch mit Strasser, da die GSRN – im Gegensatz zu Strassers Vorstellung der »49% Verstaatlichung« der Großindustrie – für eine »kompromißlose Sozialisierung« eintrat. Sie bejahten den Klassenkampf und hatten als ein Ziel die »Autarkie des sozialistischen Wirtschaftsraumes Rußland – Deutschland«. Sie wollten eine Zusammenarbeit auch mit der KPD: Man müsse sich »Schulter an Schulter mit der proletarischen Kraft einsetzen« und »völkische Substanz mit in diese Ehe tragen«.[17] 1932 empfahl sie sogar die Wahl von Thälmann zum Reichspräsidenten. Die KPD lehnte allerdings ihr »Bündnisangebot« ab.

Ende Januar 1933 schrieb Paetel ein »Nationalbolschewistisches Manifest«, das in dem Aufruf gipfelte eine »nationalbolschewistische Partei« zu gründen, mit Ernst Niekisch und dem Führer der »Landvolk«-Bewegung, Claus Heim, an der Spitze. Die Nazis beschlagnahmten das »Manifest« im Februar 1933. Paetel wurde mit Berufs- und Publikationsverbot belegt, er konnte bevor er 1939 zum Tode verurteilt wurde, in die USA emigrieren.

Eine andere »nationalbolschewistische« Strömung bestand in der Spätphase von Weimar aus der Zeitschrift »Gegner«, deren alleinige Herausgeber ab 1932 Harro Schulze-Boysen, ein Freund Paetels, war. Die Leserschaft bestand zum großen Teil aus Studenten, vor allem in Berlin. In vielen deutschen Städten entstanden »Gegner«-Lesekreise, allein in Berlin gab es vier.

»Die Weltanschauung der 'Gegner' war im Grunde eine typische Mischung von Neonationalismus und 'jugendbewegter' Ideologie. Sie strebten nach 'furchtlosem Einsatz' und betonten dabei das 'Unbedingte'. Den Hitlerismus unterschieden sie als verächtlichen Opportunismus von dem 'wahren Nationalismus'.[18] Wie Niekisch u.a. traten sie für eine »Querfront«, eine »neue Front der jungen Generation« ein, indem sie erklärten, daß die Begriffe »rechts und links« überholt seien. So kamen im »Gegner« z.B. auch Kommunisten zu Wort. Ihr Ziel war die Schaffung eines »dritten Preußen«. Demokratiefeindlichkeit und Elitedenken gehörten ebenso zur Ideologie des »Gegner«-Kreises: »Der Glaube an die Mehrheit ist nach Können zu ersetzen durch die Erkenntnis, daß nur eine bis zum äußersten disziplinierte in sich geschlossene Minderheit die Entscheidung herbeiführen kann«.[19]

In der letzten Ausgabe des »Gegner«, am 20. April 1933 erschienen, wurde das Hitler-Regime sozusagen aus rechter Sicht kritisiert. Es sei noch zu sehr mit »der Reaktion« verbunden, die »nationale Revolution« müsse fortgesetzt werden.

Daraufhin werden Schulze-Boysen und etliche seiner Freunde am 26. April von der SS verhaftet und schwer mißhandelt. Sein Freund Henry Erlanger, der jüdische Vorfahren hatte, wird vor seinen Augen von den SS'lern totgeschlagen. Aufgrund der guten Beziehungen seiner Eltern kommt Schulze-Boysen nach fünf Tagen frei, es verbleibt aber sein zukünftiger Haß auf das Hitler-Regime. 1936 heiratet er Libertas Haas-Haye, der Trauzeuge – Hermann Göring – ist ein enger Freund der Familie seiner Braut. In dieser Zeit beginnt er damit ein Widerstandsnetz aufzubauen, ab 1939 arbeitet er für den sowjetischen Geheimdienst und wird Mitglied einer der effektivsten Widerstandsorganisation gegen den Nazi-Faschismus, der »Roten Kapelle«.[20] 1942 werden die meisten Mitglieder der Berliner Gruppe der »Roten Kapelle« verhaftet, Harro Schulze-Boysen wird Ende Dezember 42 von den Nazis hingerichtet.

Dies ist ein Auszug aus dem ersten Band einer Schriftenreihe, die gemeinsam vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. und dem Antifa-Infoblatt in nächster Zeit herausgegeben wird. Die erste Ausgabe der Schriftenreihe bestreitet ein Berliner AutorInnenkollektiv, das seit längeren an dem Bereich »neue«Rechte arbeitet. Der erste Themenschwerpunkt beschäftigt sich mit den »nationalrevolutionore« Strömungen in der rechten Szene. Es wird auf ihre Arbeitsweise und auf ihre internationalen Verstrickungen eingegangen, historisch sowie aktuell. Näheres demnächst!

Quellen:
1. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962
2. Otto-Ernst Schüddekopf, Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933, Frankfurt 1972
3. Nachdem die deutsche Regierung keine Reparationszahlungen leistete, besetzten französische und belgische Truppen im Januar 1923 das Ruhrgebiet. Es kam zu Widerstandsaktionen von nationalistischen Gruppen. Im Mai 1923 wurde der Oberleutnant a.D. Albert-Leo Schlageter, ein Freikorps-Veteran, als Führer eines Sabotage-Trupps von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Es kam zu einer Welle nationalistischer Empörung in Deutschland. Die KPD schloß sich dem mit Aufrufen wie »Nieder mit der Regierung der nationalen Schmach und des Volksverrats« an. Karl Radek hielt im Juni 1923 eine Rede, in der er Schlageter als »Märtyrer des deutschen Nationalismus« bezeichnete, der »von den Schergen des französischen Imperialismus« erschossen wurde.
4. Darin standen Sätze wie: »Wir werden den räuberischen Versailler-'Friedensvertrag' und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, zerreißen, werden alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen ... annullieren.« Oder: »Ist das heutige Deutschand wehrlos und isoliert, so wird Sowjetdeutschland ... keine überfälle ausländischer Imperialisten zu fürchten brauchen.«
5. Louis Dupeux, »Nationalbolschewismus« in Deutschland 1919-1933, München 1985
6. Ernst Niekisch, Gedanken über deutsche Politik, 1929, zit. nach Opitz, a.a.o.
7. Ernst Niekisch, Entscheidung, 1930, zit. nach Opitz, a.a.o
8. Ebd.
9. Ebd.
10. Ebd.
11. Ernst Niekisch, Hitler – Ein deutsches Verhängnis, Berlin 1932.
12. Vgl. Dupeux, a.a.o.
13. a.a.o.. Der Chefredakteur des 'Dritten Reiches', Dr. Sondermann, wird bald ein enger Mitarbeiter von Niekisch.
14. Dupeux, a.a.o.
15. So schrieb die »Rote Fahne« am 24.3.31: »Wir waren und wir sind niemals Nationalbolschewisten. (...) Wir machen dem Nationalismus aller Spielarten keinen Fingerbreit Zugeständnisse. Wir sind Internationalisten bis auf das Mark unserer Knochen.« Im Februar 1932 stand in der KPD-Zeitung »Aufbruch«: »Das Proletariat kann mit der 'nationalen Bewegung' eines Hitler oder Seldte, oder den speziellen nationalen Jesuslatschern um den Strasser- und Widerstandskreis kein auch noch so kleines Stück Weg 'zusammengehen'.« Zit. n. Dupeux, a.a.o.
16. Mit dem Young-Plan legten die Siegerstaaten des 1. Weltkriegs 1930 in Den Haag die endgültige Regelung der Reparationszahlungen Deutschlands fest.
17. Dupeux, a.a.o.
18. Dupeux, a.a.o.
19. Gegner, 5.4. 32, zit. n. Dupeux, a.a.o.
20. Gilles Perrault, Auf den Spuren der Roten Kapelle, Wien 1990

Nachfolgeorganisation der Nationalistischen Front:

Die Sozialrevolutionäre Arbeiterfront besteht nach wie vor

Parole: Rückwärts im Geiste der Waffen-SS

Mit der Spaltung der Nationalistischen Front (NF) im August 1992 gruppierte sich der größte Teil der Mitglieder um den Konkurrenten Meinolf Schönborns, Andreas Pohl. Der Hauptpunkt der Streitigkeiten dürfte in unterschiedlichen taktischen Einschätzungen gelegen haben. Schönborn war der Auffassung, daß die Zeit reif für ein offeneres Auftreten sei, der Pohl-Flügel gibt sich betont konspirativ und setzt seitdem auf eine langsame Kaderaufzucht. Fortan nannte man sich SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITER-FRONT (SrA). So überstand man das NF-Verbot vom Dezember 1992 unbeschadet. Die SrA versteht sich, wie die alte NF, als Kaderorganisation. Sie leitet heute eine verzweigte Struktur von Neonazi-Zellen, die vormals unter dem Namen ´Direkte Aktion Mitteldeutschland-JF´ tätig war.
An die Stelle ihrer Mitgliederrundschrift ´In Aktion´ ist seit April 1994 das Schulungsblättchen ´Umbruch´ getreten. Die Jugendzeitschrift ´Angriff´ wird weiterhin kostenlos verbreitet und als drittes Organ der Zellenstruktur wird die ´Berlin-Brandenburger Zeitung´ der NATIONALEN angepriesen.

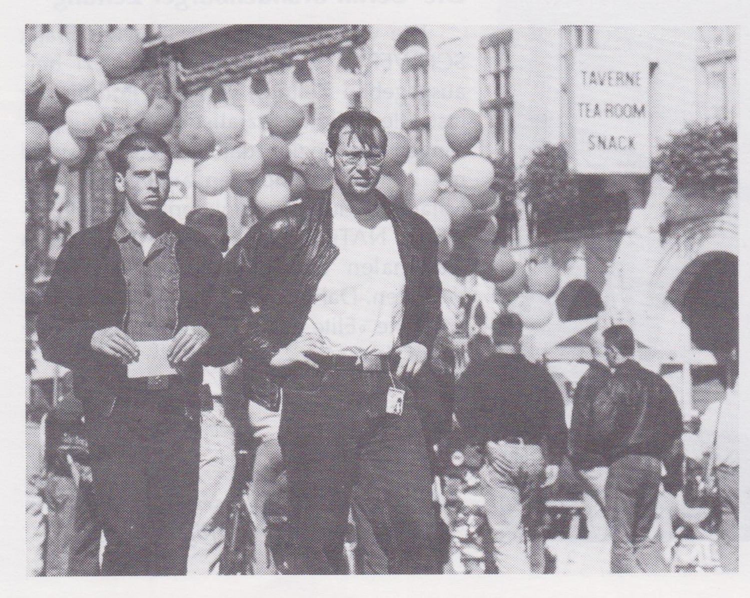
Der Schwerpunkt der SrA liegt im Osten der Republik. Gruppen existieren in Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, aber auch in Franken. Der größte Teil dieser Struktur tritt unter dem Namen P.O.H.L., mit Potsdamer Postfachadresse auf. In Brandenburg existieren weiterhin eine REVOLUTIONÄRE JUGEND LUCKENWALDE und die KAMERADSCHAFT HENNIGSDORF. Über das von ihr betriebene Postfach in Velten, bei Oranienburg, werden Schulungsvideos über »Selbstverteidigung«, sprich Nahkampf, und über Kampferfahrungen aus dem bosnischen Bürgerkrieg vertrieben. Die Brandenburger Polizei hob am 21.6.1994 eine Sonnenwendfeier der SrA in der Nähe von Luckenwalde aus. Zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess organisierte die SrA eine Transparentaktion an 17 Autobahnbrücken des Berliner Rings. Auch die DEUTSCHE JUGENDINITIATIVE Berlin muß als zuvor von Andreas Pohl geleitete Gruppierung diesem Netzwerk zugeordnet werden. Sie organisierte am 9. Juli 1994 ein Konzert mit dem Jammerbarden der rechten Szene, Frank RENNICKE. Fast 900 Neonazis erschienen zu dem Konzert im brandenburgischen Rüdersdorf.

Das Schulungsblättchen ´Umbruch´

Der vom alten NF-Kader Steffen HUPKA (Postfach in Quedlinburg) heraus-



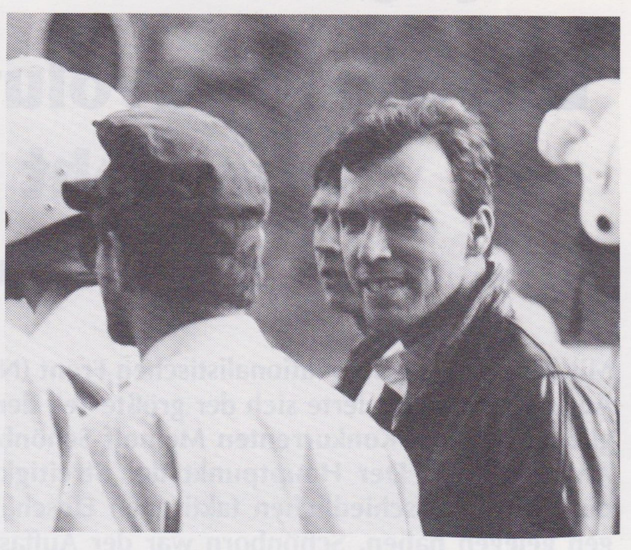
Kameraden der SrA auf dem »Ijzerbedevaart« im begischen Diksmuide, JensPühse (SrA) (rechtes Foto rechts) *Fotos: Impact*







Auch Andreas Pohl (ganz rechts) hat gute Kontakte nach Dänemark, hier bei der Partei 'De Nationale'



Die Möchtegern-Elite im Dialog mit den Kameraden: Steffen Hupka (Herausgeber des 'Umbruch')

gegebene 'Umbruch' erscheint zweimonatlich. Gerichtet ist er an *»politische Führer, Unterführer und/oder bewährte Einzelaktivisten«*. Perspektivisch sollen eigene *»Verteilersysteme mit Sammelabos«* aufgebaut werden, damit der *»Zugriff durch den Gegner erheblich erschwert«* wird. Als übergreifende Struktur strebt man *»regionale Lesekreise, ähnlich denen der Jungen Freiheit«* an, bei denen *»es allerdings nicht um gegenseitige politische Selbstbefriedigung gehen soll«*. Denn die SrA hält sich für die Avantgarde des »nationalen Lagers«. Auf plumpe NS-Phrasen wird in den Schulungsaufsätzen weitgehend verzichtet, jedoch nicht ohne ein klares Bekenntnis zur größten terroristischen Vereinigung abzugeben, die jemals existiert hat: *»Die Schicksalgemeinschaft der Waffen-SS«* setzte anstelle des *»alleingängerischem Nationalismus«* das *»ethnische Ordnungsprinzip als Weltsystem«*. Gemeint sind Auschwitz, Buchenwald und Sobibor, gemeint sind die europäischen Freiwilligenverbände der SS. Gemeint ist der Angriffskrieg Nazi-Deutschlands, der ganz Europa in Schutt und Asche legte.

Im Mittelpunkt stehe *»noch nicht ... der bewaffnete Kampf«*, sondern die *»Entwicklung von Organisationsformen«* zur Vorbereitung einer Machtübernahme. Der Gefolgschaft wird empfohlen, solange wie möglich legal zu arbeiten, wobei abgelehnt wird *»für den Zeitpunkt der Aufnahme illegaler Arbeit feste Regeln«* auszugeben.

Als Zielgruppe Nr. 1 der nationalsozialistischen Agitation, unter Vermeidung des plumpen Hitlerismus, wird die *»Schülerschaft, insbesondere die der Oberschulen und ihrer Oberklassen«* angegeben, *»um die zweite Generation der unzufriedenen Jugend in den Griff zu bekommen.«* Zu erwarten ist, daß der 'Umbruch' auf Neonazis aller Fraktionen einen Einfluß ausüben wird. Schon zu Zeiten der alten NF erfreute sich das von ihr herausgegebene Schulungsmaterial großer Beliebtheit auch unter Mitgliedern konkurrierender Parteien.

Der SS-Nachfolgeorganisation geht es um die Aufzucht *»weltanschaulich gefestigter Kader«*, um Elitebildung. Laut Einschätzung der SrA wimmelt es gerade in den rechtsextremen Wahlparteien von Schwachköpfen, deren *»Auftreten an Peinlichkeit und Dummheit nicht zu übertreffen«* sei. Man hält die Zeit für eine neue Offensive noch nicht für reif, solange die Kaderbildung noch nicht weiter fortgeschritten sei. Ein *»verankertes überregionales Kadernetz«* soll das Rückgrat für eine später zu gründende *»Nationalrevolutionäre Wahlpartei«* darstellen. Perspektivisch erwägt man eine Unterwanderung der bestehenden Parteien.

Die 'Berlin-Brandenburger Zeitung'

Die von den Berliner Neonazis Frank SCHWERDT und Christian WENDT herausgegeben Zeitung stellt ein Podium für fast alle nationalsozialistischen Gruppierungen der Region dar. Die Auflage wird mit 22.000 Exemplaren angegeben. Die Mitarbeit wird von Funktionären der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN, den Nationalen und dem KOMMANDO F. bestritten. Dahinter verbirgt sich die selbsternannte »Elite des nationalen Lagers«, die Kader der SrA.



Frank Schwerdt stellt seine Zeitung dem 'Kommando F.' zur Verfügung.

> Die letztendliche Gewißheit, über die Fortdauer der SrA als Kadergruppe und Nachfolger der verbotenen NF kann man der Zeitung ihrer französischen Schwesterorganisation entnehmen: *»In Deutschland haben die Kam. der SRA eine verlegerische Arbeit geleistet, die sehr interessant ist. In der Region erregt die Berlin-Brandenburger Zeitung großes Aufsehen«.[...] »Gleichzeitig gibt sie die Zeitung Umbruch für die Kader sowie für die Jugend den »Angriff« heraus. In dieser Presse veröffentlicht die SRA auch die Fotos und Adressen von angepassten Bullen (Flics) des Systems. Die SRA arbeitet auch mit einer T-Shirt Kooperative und einem kleinen Verlag zusammen und arbeitet mit H.-D. Sander, einem großen Theoretiker der kons. Revolution in Deutschland zusammen. Vor den letzten Europa-Wahlen hat die SRA eine Kampagne zur Wahlenthaltung gemacht. Repression findet statt zur Sonnenwendfeier, am 21.6.1994 sind sie Objekt von Polizeirazzien geworden.«*
>
> aus Lutte du Peuple 9/10-1994

Das internationale Netz

Die Kader der SrA arbeiten seit diesem Jahr in einem internationalen Netzwerk mit dem Namen EUROPÄISCHE FRONT DER BEFREIUNG (FRONT EUROPÉEN DE LIBERATION-FEL) mit. Ins Leben gerufen wurde diese von der französischen Schwesterorganisation NOUVELLE RESISTANCE (NR), mit der wir uns weiter unten ausführlicher beschäftigen.

In der FEL sind folgende Organisationen und Gruppen zusammengeschlossen:

* Die ALTERNATIVA EUROPEA, eine »nationalbolschewistische« Gruppe aus Barcelona.
* Die Gruppe THIRD WAY (3.Weg) aus England, um den ehemaligen Leiter der niedergegangenen NATIONAL FRONT (Political Soldier) Patrick HARRINGTON.
* Die italienischen Nationalrevolutionäre des MOVIMENTO ANTAGONISTA und die Zirkel um den Herausgeber der Zeitung ´Orion´, Marco BATTARA aus Mailand.
* Die polnische Gruppierung ´RUCH NARODOWNY RADIKALNY´ aus Lublin.
* Eine Organisation aus Moskau. Hier besteht Kontakt zu Edvard LIMONOV von der ehemaligen KPdSU und Aleksandr DUGIN, Herausgeber des Periodikums ´Elemente´ und ehem. Mitglied der PAMJAT sowie Kontaktmann der französischen NEU-Rechten Denkfabrik GRECE.
* Die Gruppe APA aus Litauen.
* Die Gruppe ULSTER NATION aus Nordirland.
* Die Gruppe NIEUWE WEERSTAND aus dem französischen Flandern, als Vertreter der »Groß Niederlande«. Sie gilt als Ableger der belgischen VOORPOST-Gruppe.
* In Frankreich und in der französisch-sprachigen Schweiz die NOUVELLE RESISTANCE (NR – Neue Resistance).

Die NOUVELLE RESISTANCE

Die politische Taktik der französischen Schwesterorganisation der SrA legt Nahe, daß auch die deutsche Sektion versuchen wird einiges an Verwirrung in linken Kreisen zu stiften. Man sollte sich von ihren Phrasen wie »revolutionär«, »Anti-System Front« oder »Antikapitalismus« nicht beeindrucken lassen. Es ist reine Demagogie, die ihr ausführlicher im Artikel Nationalrevolutionäre und Nationalbolschewisten in diesem Heft kennenlernen könnt.

Die NR wurde im Spätsommer 1991 als Mehrheitsabspaltung von der Gruppe ´3.Weg´ gegründet. Ihr Führer heißt Christian BOUCHET aus Nantes in Nordfrankreich. Bouchet ist ehemaliges Mitglied der Neu-Rechten Denkfabrik GRECE von Alain de BENOIST. Zu GRECE bestehen nach wie vor gute Kontakte und Übereinstimmungen. So predigen beide ein »Europa der hundert Flaggen«. Ihr geistiges Vorbild ist der belgische Nazi-Kollaborateur Jean THIRIART, Theoretiker des sog. »National Kommunalismus«. Manchmal bezeichnet sich die NR auch als libertär und als Bewunderer des anarchistischen Theoretiker Joseph Proudhon. Bündnisse zu anarchistischen Gruppen werden ebenso gesucht wie zu anderen linken Gruppen.

Ausgemachte Strategie ist die Bildung einer »Anti-System Front« mit fünf Schwerpunkten:

a) Tägliche Praxis mit Kampagnen gegen Wohnungsnot oder für bessere öffentliche Verkehrsmittel.

b) Infiltration der Jugendsektion der französischen Grünen. Dazu haben sie außerhalb der Grünen eine Gruppierung mit dem Namen »Grüner Widerstand« (Resistance Vert) gegründet. Zusammen mit der katalanischen Alternativa Europea nahmen sie Teil am Widerstand gegen ein Tunnelprojekt durch die Pyräneen.

c) Regionalistischer Kampf. Sie versuchen den Kampf der Basken, Korsen und anderer Minderheiten in Frankreich zu unterstützen. Sie arbeiteten bspw. mit den regionalistischen Korsen um Max SIMEONI bei den letzten Wahlen zusammen.

d) Anti-Amerikanismus. Dieses Jahr rief die Gruppe zu einem Tag gegen die Fast Food-Kette Mc Donalds auf, andere Kampagnen waren z.B. gegen Eurodisneyland gerichtet.

e) Solidaritätsaktionen mit nationalen Befreiungsbewegungen, wie den Palästinensern, den Ureinwohnern Amerikas oder die Unterstützung der Iraker während des Golfkrieges. Wie viele Nazi-Gruppen entsandte auch die NR zwischen 1991 und 1993 Söldner nach Kroatien.

Die NR versucht auch auf kulturellem Gebiet Einfluß zu gewinnen. Dazu hat sie die Gruppen FUTURISME EUROPÉEN REVOLUTIONAIRE und die AMIS DE NOUVEL A SLOVÈNE gegründet. Den Vorsitz der zweitgenannten »Freunde des Neuen Sloweniens« führt das Mitglied der Rock-Gruppe Laibach Jean NOVAC. ■

Rathenow, eine nordöstlich von Berlin gelegene Kreisstadt mit ca. 30.000 EinwohnerInnen, und das dazugehörige Kreisgebiet, ist schon seit längerem Schwerpunkt für faschistische Aktivitäten im Land Brandenburg.

Faschistische Organisierung in Rathenow

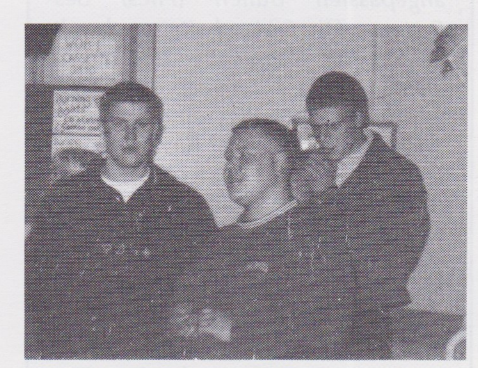
1. Die Rathenower FAP-Kameradschaft

Die heute mehr oder weniger noch bestehende FAP-Struktur ging aus einer Gruppe junger rechtsradikaler Gewalttäter hervor, die in den Jahren 1991 – 1993 auch überregional aktiv war, wie Dokumentationen aus Halbe, Wunsiedel oder Berlin belegen. Der Personenkreis ist ungefähr identisch mit den Mitgliedern der »Jugendinitiative zur Rettung der Heimat«, für die Mario Pehlemann ein Postschließfach unterhält bzw. unterhielt. Zu dieser »Jugendinitiative« gehören u.a.: M. Nickel (18), Andreas Schmidt (19), Jörgen Ceppok (21), Maurice Main (20) sowie die Brüder Th. und M. Krajewsky (19 bzw. 21). Mario Pehlemann dient derzeit bei einer Fallschirmspringereinheit der Bundeswehr. Die politischen Aktivitäten dieser Gruppe, die höchstens 10 Personen zählt, sind in letzter Zeit zurückgegangen. Die meisten von ihnen bezeichnen sich selbst als sog. »Ex-Rechte«. Es besteht loser Kontakt zu Kameraden aus Neuruppin, Brandenburg, Belzig, Potsdam und vor allem Berlin.

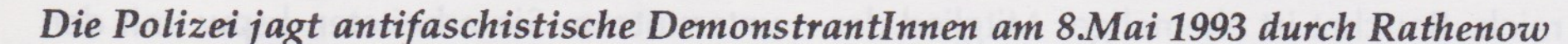
Diese Verbindungen wurden auch zu Pfingsten dieses Jahres deutlich. Die o.g. Personen sowie Marco Hagedorn und Danny Danowsky nahmen, wie jedes Jahr zu Pfingsten an der Ostsee in Markgrafenheide in Mecklenburg-Vorpommern an einem Treffen zahlreicher Faschos aus Potsdam, Berlin, Rostock und dem gesamten Bundesgebiet teil. Möglicherweise handelt es sich dabei um ein überregionales Treffen der Wiking Jugend.

2. NF-Stützpunkt Premnitz

Dem ehemaligen Polizeischüler der Polizeischule Spandau, Andreas Winkel (19), ist es spätestens 1993 gelungen, zusammen mit Premnitzer Kameraden einen Stützpunkt der NF-Nachfolgeorganisation »Direkte Aktion Mitteldeutschland/ Junge Front« in Premnitz zu etablieren. NF-Propagandamaterial tauchte bereits Anfang 1992 in Premnitz und Rathenow auf. Weitere NFler aus Premnitz sind Andy Blunk, Matthias Marcau sowie Jens Riedel (19) und Ruven Güssow. Aus Döberitz ist Henry Maeser (19) bekannt. Er hatte im Januar diesen Jahres NF-Aufkleber in Fohrde an Kids verteilt. Aus Rathenow sind Mirco Irmler (16), Matthias Hempel (17) sowie M. Deutschmann als Aktive oder Sympathisanten der NF-Nachfolgestrukturen bekannt. Mirco Irmler verteilte regelmäßig FMJ-Aufkleber an der Ost-Gesamtschule in Rathenow. M. Hempel nahm an mindestens einer Wehrsportübung in der Region teil. Das Umfeld dieses Stützpunktes besteht möglicherweise aus mindestens 10 – 15 Aktiven im Bereich Rathenow/Döberitz. Die NF ist mit ihren Nachfolgeorganisationen im Kreis Havelland u.a. auch in Nauen und Falkensee aktiv.



Die Rathenower Nazis S. Altenhordt, Jörgen Ceppok und T. Klix (v.l.n.r.)



Die Polizei jagt antifaschistische DemonstrantInnen am 8.Mai 1993 durch Rathenow



3. Wehrsportaktivitäten

Vor einiger Zeit wurden vom FMJ-Stützpunkt Premnitz Wehrsportübungen in den Havelländischen Wäldern organisiert und durchgeführt. Offensichtlich nahm z.B. M. Hempel aus Rathenow daran teil – so wurde er im März 1994 gesehen, wie er sich in Tarnkluft mit geschwärztem Gesicht und Sturmgepäck in der Gegend herumtrieb. Auf einem nahegelegenen Gelände der ehemaligen GUS-Streitkräfte sind ebenfalls Aktivitäten von Faschos beobachtet worden. Und bei Döberitz und in Heidekrug befinden sich alte Wehrmachtbunkeranlagen, die den Anforderungen von





Die Wiking-Jugend marschiert: »Wenn ich einmal groß bin, dann möchte ich genauso sein, wie mein Vorbild.«

kriegsspielenden Faschos allemal gerecht werden. Mensch findet dort riesige Hakenkreuze, aber auch Symbole, die auf die FAP und Wiking Jugend hinweisen. Trotz der Beweise, die es über Wehrsportübungen im Kreis Rathenow gibt, brachte es die Stadt fertig, rechtsradikalen Jugendlichen ein ehemaliges GST-Übungsgelände als Wohn- und Arbeitsobjekt anzubieten, wo sich die regionale Faschoszene hätte treffen können. Durch Antifa-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konnte dieses Projekt verhindert werden.

4. Bedeutung des geschlossenen Strafvollzugs (Knast)

Anfang 1993 berichtete das NF-Nachfolgeblatt »Der Angriff« in der Ausgabe Nr. 3 unter der Überschrift »Gefängnisrevolte« über die Revolte im Februar 1993 in der JVA Luckau: *»Wir etwa 30 an der Revolte beteiligten Skinheads aus Frankfurt, KW, Rathenow, Eisenhüttenstadt und Brandenburg wollten Euch Kameraden draußen und überhaupt allen nur mal zeigen, daß wir auch im Knast nicht totzukriegen sind und das Kämpfen nicht verlernt haben.«*

Aus Rathenow beteiligten sich S. Schmidt, aus Brandenburg Patrick Cuhrts an der Randale.

Die Brandenburger Knäste sind für Faschos oftmals hervorragende Orte, um städteübergreifende Verbindungen zu knüpfen. Hier nur einige Beispiele:

Als die drei Rathenower Nazis C. Altenhordt (21), Andreas Bigalke (21) und Mario Knudsen (24) in Winter 1991/92 im Knast saßen, ergab sich daraus ein bis heute bestehendes Aktions- und Geschäftssyndikat – die »Braune Mafia« –, die z.B. auch mit der Springer-Bande in Potsdam verbunden sind. Denn Mario Knudsen teilte z.B. zusammen mit Holger Steinbuch aus Potsdam die Zelle. Hier entstand eine Verbindung, durch die nach der Haft das Schutzgeldgeschäft, Prostitution und Hehlerei in Rathenow erst richtig begannen.

Michael Schorrat, bis zu seiner Inhaftierung Kopf der Brandenburger Faschoszene, ist sehr eng mit Ch. Springer aus Potsdam befreundet. Und vor seiner Verlegung in den Faschoknast Schwarze Pumpe (deren Anteil unter den Gefangenen beträgt mindestens 30%), war er zusammen mit dem Rathenower Faschoschläger A. Bigalke in der JVA-Brandenburg inhaftiert. In seinem Prozeß waren auch die Rathenower M. Pehlemann und M. Hanke mitangeklagt.

Michael Barsch (Brandenburg), zusammen mit Patrick Cuhrts wegen eines Messerstichs auf einen linken Jugendlichen angeklagt, ist heute neben dem Brandenburger F. Lehmann am häufigsten in Rathenow anzutreffen.

Und so könnte man die Reihe der Querverbindungen und Geschäftsbeziehungen fortsetzen ...

Alleine aus Rathenow saßen dieses Jahr schon 5 Faschos im Knast, u.a. auch T. Kunze (23) wegen schweren Raubüberfalls und S. Schmidt (16) wegen diverser anderer Dinge.

Diese Beispiele zeigen auf, daß es wenig Sinn macht, Faschos in die Knäste zu bringen, da sie dort ohnehin nur noch bessere Connections für ihre politischen bzw. kriminellen Aktivitäten knüpfen können.

Höhepunkte 1994

1. In der Silvesternacht trafen sich wie alle Jahre ein Großteil der Rathenower Jugendlichen an der Zentrumskreuzung B 102/B188. Da es in den letzten Jahren zu diesem Datum zu erheblichen Faschorandalen kam, kündigte sich ein Polizeigroßeinsatz an. Ca. 200 Kids trafen sich gegen 24:00 Uhr. Unter ihnen waren auch einige Autonome, Rapper und Antifas, aber auch etwa 60 Faschos. Es kam zur Straßenschlacht, die mehrere Verletzte sowie Plünderungen und Verhaftungen nach sich zog. Die Bullen sahen tatenlos zu. Anstatt die brutalen Faschoschläger einzufahren (zumal einige mehrmals zur Bewährung verurteilt waren), wurden mindestens 15 Beschuldigtenvorladungen an antifaschistische Jugendliche verschickt.

2. Ebenfalls zu folgenschweren Ausschreitungen kam es bei Fußballspielen des Rathenower Clubs FSV Optik. Bei einer Begegnung mit Stahl Brandenburg wurde von Rathenower und Brandenburger Fascho-Skins und Hools ein Ordner derart zusammengeschlagen, daß er mit dem Rettungshubschrauber nach Berlin-Buch geflogen werden mußte. Das darauffolgende Spiel des FSV Optik endete ebenfalls mit einer Hool-Randale. Ein türkischer Imbiß sowie ein Lokal, daß kurz vorher schon einmal von Potsdamer und Rathenower

Rechten heimgesucht wurde, wurden platt gemacht. Der Versuch, das damals noch besetzte Haus Milower Str. 59 und eine von Antifas bewohnte Wohnung anzugreifen, scheiterte.

3. Nach einer auf einem Konzert von Rechtsradikalen ausgelösten Schlägerei und der darauffolgenden Auseinandersetzung, gingen Bullen und Faschos in Einheitsfront eine Woche lang gegen Antifas vor. Zivibullen der SoKo Rega stürmten eine Wohnung und verhafteten einen jungen Mann. Gegen ihn und 6 weitere wurde ein Strafverfahren wegen schwerem Landfriedensbruch und Körperverletzung eingeleitet. Die Faschos konnten sich währenddessen unter den Augen der Bullen im Rathenower Jugendclub »Neues Leben« organisieren und von dort aus Fahrwachen und Prügeltruppen aufstellen, die dann ziemlich effektiv gegen Linke vorgingen. Es kam zu mehreren Körperverletzungen. Die Schlüsselrolle, die der Jugendclub »Neues Leben« für die Faschoszene in Rathenow hat, wird auch aus einem Brief der Gustav-Stresemann-Stiftung (die das »Neue Leben« mitbetreut und dabei sowohl mit den städtischen Sozialarbeitern und anderen Vertretern der Stadt als auch dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet) an das Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Sport deutlich:

(...) *»Der Jugendklub »Neues Leben – Dreieck«, der auch Träger unseres »Dreieck-Projektes« ist, verfügt seit etwa 6 Monaten über ein renoviertes Jugendcafé. Dieses Jugnedcafé wird zu einem hohen Anteil von rechtsgerichteten Jugendlichen sowie einigen jungen Erwachsenen, die man zum rechten harten Kern von Rathenow (oftmals vorbestraft und unter Bewährungsauflagen) rechnen kann, besucht. Die Jugendlichen halten sich nach außen an die Hausregeln, die politische Propaganda, das Tragen von faschistischen Abzeichen oder militaristische Kleidung u.a. untersagt.«* (...)

»- es ist nicht auszuschließen, daß Jugendliche oder junge Erwachsene, die dem politisch geschulten harten Kern zuzurechnen sind, unter der Hand rechtsgerichtete Jugnedliche an sich binden. Ich kann dies umsoweniger ausschließen, da beispielsweise ein 15-jähriger Schüler mir in diesen Räumen stolz erzählte, daß die Bücher von Irving zu seinen Lieblingsbüchern gehörten. Für die teilweise minderjährigen Jugendlichen, unter ihnen viele Mädchen, sollte schnell und dringend eine ausgebildete sozialpädagogische Betreuung mit Erfahrung in Jugendsozialarbeit mit rechtsgerichteten Jugendlichen gefunden werden. Die ABM-Kräfte des Vereins sowie die sogenannten Street-Worker (2) sind nach meiner Meinung mit dieser Situation überfordert.

- es ist weiterhin nicht auszuschließen, daß bei einer Belassung der derzeitigen Situation der Jugendclub zum Ausgangspunkt von verabredeten Gewaltaktionen außerhalb des Vereins mißbraucht wird sowie rassistische Propaganda in Wort und Schrift heimlich weitergegeben wird.« (...)

»An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, daß Gewalttaten wie in Magdeburg oder Halle in ihren Auswirkungen unmittelbar in Rathenow zu spüren sind. Nach Aussagen der dort arbeitenden ABM-Kräfte erhalten die Jugendlichen durch diese beschämenden Vorfälle eine nicht zu vernachlässigende Motivation zu nachahmenden Aktionen.« (...)

4. Am 26. März wurde das letzte in Rathenow noch vorhandene besetzte Haus Milower Str. 59 geplant geräumt. Genauso brutal wie die Räumung war auch das Vorgehen der Bullen gegen eine Spontankundgebung von ca. 50 Autonomen am selben Tag. Wieder wurden Linke sowohl von Bullen als auch von Faschos durch die Stadt gejagt. In den folgenden 14 Tagen gab es wohl keinen Moment, an dem nicht mindestens 50 Bullen gleichzeitig in der Stadt im Einsatz waren. Trotzdem konnten die Faschos, die am Karfreitag zur Geburtstagsfeier von Th. Klix mit etwa 50 Leuten zusammenkamen, 5 Bullen ins Krankenhaus prügeln.

5. Diesjähriger Höhepunkt der Antifa-Arbeit in Rathenow war die breits zum 3. Mal durchgeführte 8. Mai Demo. Zu der Demo kamen ca. 300 Menschen, größtenteils aus dem Land Brandenburg, aber auch aus Sachsen-Anhalt und Berlin- Im Vorfeld wurde über die Stadtverordnetenversammlung und die Märkische Allgemeine Zeitung (MAZ) Panik verbreitet. Von 400 Fascho-Gegendemonstranten und 500 gewaltbereiten Autonomen aus Berlin war die Rede. Und dementsprechend reisten dann ca. 220 Bullen an und spielten Ernstfall-Kriegszustand.

Vereinzelt schlossen sich auch Bürger spontan der Demo an. Die Demo war ein 2-facher Erfolg: Den Hetzern wurde die Lüge der Gewalttätigkeit genommen, und die Faschos blieben dieses Jahr erstmalig der Demo fern bzw. unternahmen zumindestens keine Störversuche.

6. Der Herrentag ist seit Jahren ein Kult-Randale—Datum für die Faschos. Dieses Jahr prellten sie zuerst in einem Lokal die Zeche und stahlen dort zusätzlich DM 2.000 . Danach schlugen sie sich mit 6 afrikanischen Flüchtlingen und randalierten stundenlang in der Innenstadt. Die Folge waren zahlreiche Sachbeschädigungen und Körperverletzungen. Ingesamt beteiligten sich mehr als 60 Faschos an der Randale. Wie so oft zuvor, leugnen Stadt und Bullen, daß es überhaupt Faschoaktivitäten an diesem Tag gab. ■

Wieder einmal konnten oder wollten die deutschen Sicherheitsbehörden einen Aufmarsch der Faschisten nicht verhindern. Treffpunkt diesesmal: Luxemburg. Zum siebten Mal jährte sich dieses Jahr der Todestag von Rudolf Hess. Zum siebten Mal nahmen Faschisten aus mehreren Ländern dies zum Anlaß, ihren inzwischen zum »Fanal für Deutschland« hochstilisierten Umzug zu veranstalten. Zum siebten Mal stehen den Faschisten scheinbar völlig hilflose deutsche Sicherheitsbehörden gegenüber. Traditionspflege?

Aufmarsch vor der Botschaft

Am 13.8.94 gegen 14.00 Uhr versammelten sich ca. 50 Faschisten vor der deutschen Botschaft in Luxemburg, entrollten ihre Transparente und formierten sich zu ihrer geplanten Kundgebung.

Doch der Aufmarsch für den Märtyrer der Neofaschisten endete in einem Debakel.

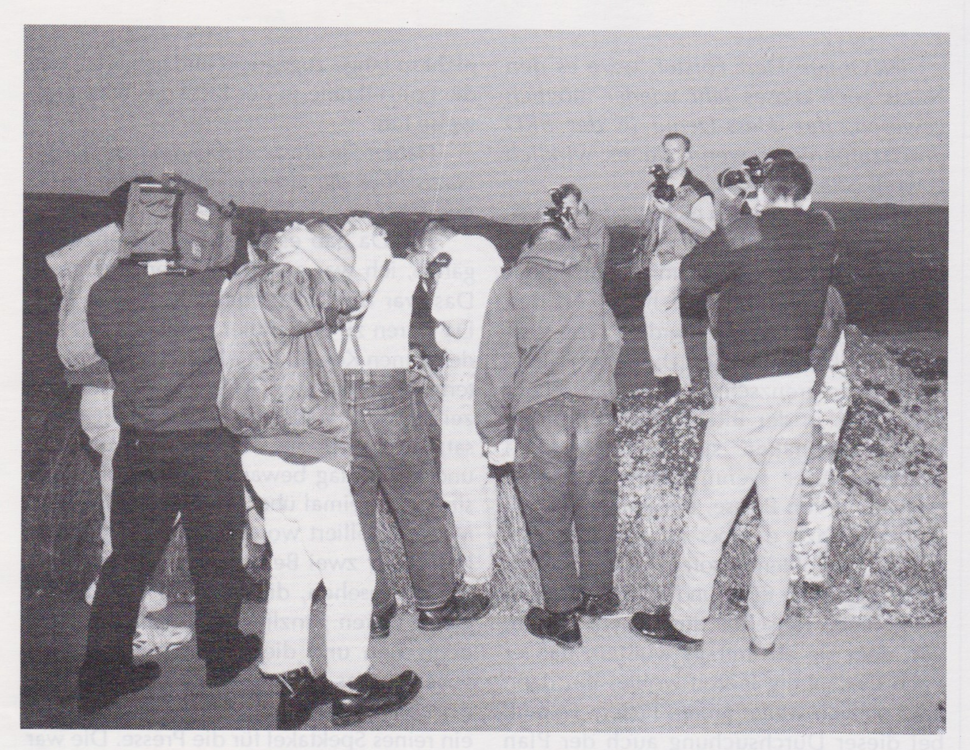
Die herbeigeeilte luxemburgische Polizei bereitete dem Treiben ein schnelles Ende. Schon mit wenigen Einsatzkräften vor Ort ging sie entschlossen gegen die, nun nicht mehr so glorreiche, überraschte Menge vor. Vor der Botschaft wurden 30 Faschisten festgenommen. Einige Minuten später versuchten 70 Faschisten, die mit einem Reisebus auf einer anderen Route nach Luxemburg eingereist waren, im Stadtteil Kockelscheuer zu marschieren. Aber auch hier war das Resultat dasselbe. Wenige, sehr entschlossene Polizisten nahmen alle Beteiligten fest.

Insgesamt waren an den Aktivitäten in Luxemburg ca. 180 Faschisten, vornehmlich aus der BRD, beteiligt. Anwesend waren Nazis aus Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Belgien und Großbritannien.

Die Leitung des Aufmarsches lag allem Anschein nach in den Händen der Nordrhein-Westfalen-FAP.

Von den angereisten Nazis kam unserer Einschätzung nach, außer einem Reisebus aus Karlsruhe, ebenfalls der größte Teil aus NRW. Siggi Borchert von der FAP Dortmund, der mit einem roten Opel Astra mit dem Kennzeichen HA-HP664 anreiste und Dieter Riefling von der Ruhrfront aus Recklinghausen, der sich mit einem silbergrauen Ford Escort RE-DA 7090 auf den Weg gemacht hatte, schienen die Leitung vor Ort zu haben. Riefling gab sich, nach

Rudolf-Hess-Gedenkmarsch



Wer wird sich denn gleich verstecken? Aus Luxemburg abgeschobene deutsche Nazis.

Angaben luxemburgischer Journalisten, bei der Polizei als Verantwortlicher zu erkennen.

Weitere bekannte Teilnehmer waren Norbert Weidner (FAP Bonn), Christian Malcocci (HNG -Vorstand), Bernd Stehmann (GdNF Bielefeld), Sunkert.

Die luxemburgische Polizei zeigte sich relativ überrascht von der Aktion. In einer ersten Stellungnahme erklärte sie, daß sie von den deutschen Behörden davon in Kenntnis gesetzt worden sind, daß mit Aktivitäten im »Drei Länder Eck« zu rechnen sei. Trotz der Überraschung, daß sich die Faschisten in Luxemburg versammelten, griffen die Behörden dort entschlossen durch. Die Festgenommenen wurden in verschiedene Polizeistationen gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und dann umgehend über die Grenze abgeschoben.

Der Bundesgrenzschutz, der sie dort empfing, nahm lediglich Borchert vorübergehend fest. Das Gros der Nazis konnte ungehindert die Heimreise antreten.

Die deutsche Polizei war den ganzen Tag über faktisch abgemeldet. Es wurde zwar versichert, daß die »Kräfte« im Raum Eifel konzentriert würden was sich aber im wesentlichen durch einige BGSler an der Deutsch-Belgischen Grenze ausdrückte. Und auch sie verhinderten nicht, daß ein Teil der Faschisten diesen Grenzübergang nutzte.

Die Organisation des Aufmarsches lief über das Netz der Nationalen Infotelefone (NIT), welches somit wiedereinmal seine Wichtigkeit für die faschistische Organisationsstruktur unter Beweis stellte.

Die NIT´s Hamburg, Düsseldorf und Bonn riefen Morgens gegen 9.30 Uhr dazu auf, sich in den Raum westliches Westdeutschland zu begeben. Um evtl. Störaktionen der deutschen Behörden vorzubeugen, war zusätzlich ein NIT in den Niederlanden unter der Nummer des Bereichsleiters der GdNF Niederlande, Eite Hohmann, eingerichtet. Die NIT riefen dann ab 10.15 Uhr dazu auf, sich in der belgischen Stadt Eupen-Malmedy zu versammeln.

Gegen 11.00 Uhr wurde dann das eigentliche Ziel bekanntgegeben. Die Fahrzeuge der Faschisten waren durchgehend mit Funktelefonen ausgerüstet und konnten so von den NIT geleitet werden. Das NIT Nürnberg war die ganze Zeit über direkt besetzt und hielt Verbindung mit einer Nummer aus Hamburg, die auf Nachfrage bereitwillig weitergegeben wurde und über die direkte Informationen bezogen werden konnten.

Aus dem Süddeutschen Raum hatten Faschisten einen Reisebus des Karlsruher Unternehmers »Jung-Reisen« gechartert, welcher zuerst nach Frankreich , in die Grenzstadt Lauterbourg, beordert wurde. Dort stiegen 49 Nazis zu. Der skeptisch gewordene Busfahrer rief noch vom Fahrzeug aus seine Frau an, damit diese die Polizei verständigt. Die Polizei riet dem verunsicherten Busfahrer, seine Fahrt doch einfach fortzusetzen. Erst die luxemburgischen Grenzbehörden verweigerten ihnen die Einreise.

Diese Zurückweisung wurde aber dann umgangen, indem der Bus über eine kleine Nebenstraße nach Luxemburg einfuhr.

Die Aktion in Luxemburg war anscheinend die Hauptaktion der »imposanten« Aktionswoche, die Christian Worch vollmundig versprochen hatte. Insgesamt haben Faschisten in ca. 30 Städten versucht, Aufmärsche anzumelden, darunter der Vorsitzende der NPD, Deckert in Stuttgart, Markus Prievenau, HNG-Schriftleiter und FAP Mitglied in Bremen und Sascha Wagner von der JN Aachen. Dieser versuchte, eine Demonstration in Solingen anzumelden, welche an dem Ort vorbeiziehen sollte, an dem vor etwas mehr als einem Jahr fünf Türkinnen von Faschisten ermordet wurden. Das NIT Düsseldorf hatte als Ausweichort bei einem Verbot dieses Aufmarsches das Fußballstadion in Wuppertal angegeben.

In Berlin wurde am 13.8.94 am Rande einer antifaschistischen Demonstration 25 Faschisten festgenommen, darunter der stadtbekannte Faschistenkader Arnulf Priem. Die Festnahmen fanden in der Wohnung von Priem im Wedding statt. Einige seiner Kameraden schossen aus dem Haus heraus mit Zwillen auf die Pressemenschen. Da die Polizei nicht immer nur zusehen kann, mußte sie unter den Augen der Presse eingreifen. Nach den Festnahmen kam es zu Hausdurchsuchung in der Priemschen Wohnung. Dabei wurden Messer, Dolche, Molotowcocktails, verschiedene Glas- und Stahlkugeln, Gaswaffen mit verändertem Lauf sowie faschistisches Propagandamaterial sichergestellt. Am Sonntag wurde Priem dem Haftrichter vorgeführt, ihm wird mehrfacher Verstoß gegen das Waffengesetz sowie die Bildung eines »Bewaffneten Haufen« (§ 127 StGB) angelastet. Gegen den 20jährigen Oliver Werner besteht der Tatverdacht der gefährlichen Körperverletzung, er konnte nach der Haftprüfung nach Hause gehen. Soweit bekannt, sitzt Priem immer noch in Untersuchungshaft.

Alles in allem aber kann die Aktion vom 13.8. als Flop für die Faschisten gewertet werden. Nicht nur ihr unentschlossenes Auftreten in Luxemburg, sondern auch die geringe Resonanz zeigen,

daß die Mobilisierungsfähigkeit der rechten Szene für Schnitzeljagden a la Rudolstadt (´92) und Fulda (´93) deutlich nachgelassen hat. Seit ´91 ist den Faschisten somit kein größerer Aufmarsch mehr gelungen.

Die FAP-Bonn war bei den versuchten Aufmärschen immer anwesend (1.Mai ´93/´94 in Berlin, Fulda ´93, Luxemburg)

Es waren im Vergleich zu den Rudolf-Hess-Gedenkmärschen ´90 und ´91 keine »Größen« der internationalen Faschistensszene vertreten. Anscheinend setzt sich die Position der NF in der Faschistenszene mehr und mehr durch, daß zur Zeit solche Aufmärsche und öffentliche Demonstrationen nicht durchsetzbar sind.

Vor dem Hintergrund, daß es den Faschisten gelungen ist, nach Luxemburg auszuweichen, müssen die vollmundigen Ankündigungen der Innenminister, jegliche Nazi-Aktivität an diesem Tag zu verhindern, wohl eher im Zusammenhang mit dem Wahlkampf ´94 als mit neuentdeckter, antifaschistischer Gesinnung gesehen werden. NRW- Innenminister Schnoor muß zudem im Moment noch um sein politisches Überleben bangen, da im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf das Haus in Solingen und der möglichen Mitwisserschaft seines Spitzels Bernd Schmitt, sein Stuhl kräftig wackelt.

Auch das scheinbar konsequente Vorgehen der sächsischen Polizei, die sich rühmte, 60 Faschisten festgenommen zu haben, relativiert sich, wenn man bedenkt, daß bei dieser Aktion 40 andere Personen quasi als Nebenprodukt festgenommen wurden, die ebenfalls auf den Fahndungslisten standen. Die umstrittene Schleppnetzfahndung wird so, mit Verweis auf die rechte Gefahr, etabliert. ■

Interview mit dem Journalisten Heinz Förster, der den Nazis am Hess-Tag durch die BRD nach Luxemburg gefolgt ist.

INFOblatt: Herr Förster, wäre es den Nazis auch dieses Jahr wieder möglich gewesen, ihre Hess-Demo in der BRD durchzuführen – wenn sie es wirklich gewollt hätten?

H.F.: Das denke ich nicht. Auf den bundesdeutschen Autobahnen sah es so aus, daß es die Polizei, auch mit Streifendiensten, relativ gut im Griff hatte. An den Grenzübergängen war allerdings von dem groß angekündigten Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz nichts zu sehen. Alles, was in der BRD versucht worden wäre, das hätten sie ziemlich klein gekriegt. Aber wenn, dann immer in Begleitung von Presse, die immer schnell von den Nazis darüber informiert wurde, wo sie hinwollten. Insofern ist es verwunderlich, daß die BGS- und Polizeieinheiten zwar einen Reisebus durchsucht hatten, von dem sie ab mittags wußten, daß er nach Luxemburg fahren wollte, ihn dann aber einfach weiter fahren ließen. Es muß bei dieser Durchsuchung auch der Plan gefunden worden sein, wohin die Reise gehen sollte. Den hat später der stellvertretende Polizeipräsident von Luxemburg in den Händen gehabt. Die Luxemburger Behörden sind laut dessen Aussage aber erst eine Stunde vor Kundgebungsbeginn vor der deutschen Botschaft informiert worden.

Denken Sie, daß es ein Desinteresse der BRD-Behörden gab oder sogar ein Interesse, daß die Nazis im Ausland demonstrieren? Nach der Devise: Seht, die setzen sich auch nicht durch?

H.F.: Ich weiß nicht, ob man das so einfach sagen kann. Wenn es das Interesse wirklich gegeben hätte, diesen Aufmarsch zu verhindern, dann hätte man die Jungs schon bei der ersten Durchsuchung im Bus, die laut dem Busfahrer schon am frühen Mittag stattgefunden hatte, herausnehmen können, u.a. wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen. Wenn es das Interesse gewesen ist, das Ausland mit einem Aufmarsch von deutschen und europäischen Nazis vorzuführen, dann ist das Konzept gründlich in die Hose gegangen. Denn die 20 Einsatzkräfte, die vor der deutschen Botschaft in Hemdsärmeln die Nazis abgeräumt haben, die haben nicht so lange zugeguckt und gewartet, wie die Polizeikräfte in der BRD das normalerweise tun.

Haben Sie etwas mitbekommen, als die Nazis über die Grenze abgeschoben worden sind?

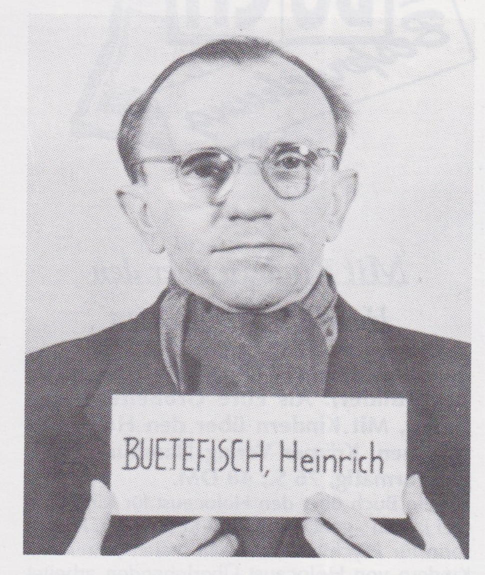
H.F.:Da gab es wohl zwei Grenzübergänge, ich war an einem Grenzübergang. Das war direkt Autobahn Richtung Trier. Da waren zu unser aller Erstaunen, die wir dem einen Konvoi mit Abgeschobenen hinterhergefahren sind, Unmengen von Polizei und BGS aufgefahren. Ganz im Gegensatz dazu, wie die Grenzen am Vormittag und am Mittag bewacht worden sind. Da sind wir dreimal über die Grenze und kein Mal kontrolliert worden. Ein einziges Mal haben wir zwei Beamte des Bundesgrenzschutz gesehen, die anderen Grenzübergänge waren gänzlich leer – die belgisch-deutschen und die luxemburgisch-deutschen. Was dann abends nach den Abschiebungen aufgefahren wurde, war ein reines Spektakel für die Presse. Die war zahlreich vertreten und da kann man sich nicht so blamieren. Und da ist zum Teil auch ziemlich rüpelhaft mit der Presse umgegangen worden. Ganz im Gegensatz zur luxemburgischen Polizei, die auf jede Frage eine Auskunft gegeben hat, soweit dies möglich gewesen war.

Sie haben gesehen, wie die Faschisten freigelassen worden sind. Wie war die Moral bei den Nazis?

H.F.: Sie sind nicht freigelassen worden, sondern in kleinen Grüppchen zu ihren PKWs oder in Polizei-VW-Busse gebracht wurden. Die Moral war, was ich vom Fußvolk sah, geknickt. Der Einsatz der luxemburgischen Polizeikräfte scheint bleibenden Eindruck hinterlassen zu haben. Ein luxemburgischer Journalist erzählte, daß die Nazis nackt ausgezogen bis auf die Unterhose in den Zellen sitzen mußten. Ich glaube, für Leute, die nicht so gefestigt sind, ist das ein ziemlicher Schuß vor den Bug. Kader, die wenn nur durch ganz andere Argumente zu stoppen sind, wie Dieter Riefling oder Norbert Weidner, die sind als Sieger vom Platz gegangen. Sie waren in der Presse, das war ihr einziges Ziel. Die Einschätzung von uns Journalisten und den anwesenden Antifas vor Ort war, daß dieses Jahr kein großes Teil geplant war, womit Massen mobilisiert werden. Sie wollten nur Presseaufsehen erzeugen, alles andere wäre im Vorfeld durch Antifa-Arbeit und durch Repression des Staates gedeckelt worden. ■

Weiterhin Handel mit Kriegsverbrecher-Aktien

Während die Opfer aus den Lagern der IG Farben immer noch nachts von Alpträumen geplagt werden, betreibt die Restgesellschaft des einstigen Mammutskonzerns einen schwunghaften Handel mit Wertpapieren. Wie jedes Jahr kamen die Aktionäre dieser Firma, die sich laut Statut in Auflösung befindet, zur Hauptversammlung zusammen. Auch diesmal protestierten ehemalige Zwangsarbeiter gegen das Fortbestehen des Unternehmens.



IG-Farben Direktor Heinrich Bütefisch bekam in den 60er Jehren das Große Bundesverdienstkreuz, mußte es nach Protesten aber zurückgeben.

Nach vier Jahrzehnten IG Farben in Auflösung witterten die Besitzer der IG-Anteilsscheine das große Geld. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte eine folgenreiche Äußerung Gorbatschows ins Feld geführt. Demnach hatte die Sowjetunion bei den Einheitsverhandlungen 1990 nicht darauf bestanden, daß die Nachkriegsenteignungen vor Gründung der DDR unantastbar seien. Für einige Tage war für viele Medien denkbar, was bisher als unumstößlich galt: Die als Kriegserbrecher Enteigneten sollten wieder an ihre Besitztümer gelangen können. Inzwischen ist der Initiator der FAZ-Kampagne bekannt: Er sitzt in der Rechtsabteilung des Daimler-Benz-Konzerns.

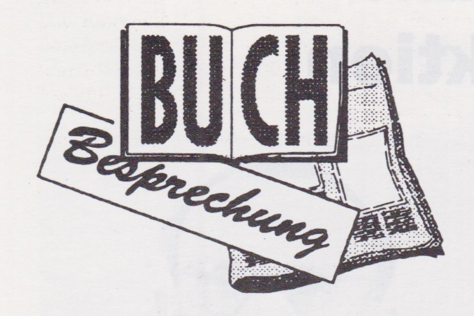
Daimler-Benz und IG Farben haben nicht nur die Vergangenheit als Kriegsverbrecher der NS-Zeit gemein. Beide treibt der Wunsch, wieder an ihren enteigneten Besitz in Ostdeutschland zu kommen. Mit ihren Ansprüchen auf 151 Millionen Quadratmetern in der ex-DDR, davon 130.000 in Berlin, sieht sich die IG Farben als potentiell größter privater Grundbesitzer im Osten der Bundesrepublik. Im Wege steht ihr der Einigungsvertrag und die darauf fußende Rechtsprechung, die die Enteignung zwischen 1945 und 1948 festschreiben. Einer der DDR-Unterhändler, die diesen Enteignungspassus ausgehandelt hatten, ist auf der Jahresversammlung in den Aufsichtsrat gewählt worden. Mit dem ehemaligen Bundesverkehrsminister Günther Krause, bekannt für seine skrupellose Art, Geld zu machen, erhofft sich die IG, die Enteignungsbestimmung vielleicht doch noch zu knacken. Oder zumindest ein Höchstmaß an Entschädigung für die Enteignung als Kriegsverbrecher herauszuholen.

Gegründet wurde die IG Farben in Auflösung (oder in Liqidation) 1952, der Handel mit den sogenannten IG-Liquidationscheinen 1955 erlaubt. Die IG i.A. sollte das Restvermögen der IG Farben – den Besitz, der nicht direkt mit der Produktion des Riesenkonzerns verknüpft war – abwickeln. Der Erlös sollte Renten und Entschädigungszahlungen an die Opfer des Chemieriesen finanzieren. Die Alliierten hatten zuvor das IG-Imperium in die Konzerne BAYER, BASF und HOECHST entflechten lassen. Dies hatte die IG Farben schon während des II. Weltkrieges diskutiert, da der Konzern zu unübersichtlich geworden war. Die IG-Einzelkonzerne, die heute annäherend 90 Prozent der bundesdeutschen Chemieindustrie beherrschen, waren damit den Leichengeruch los, den sie im I. und II. Weltkrieg produziert hatten. Ohne die IG-Farben-Produkte »wäre es für Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen,« erklärte das Vorstandsmitglied aus der NS-Zeit, Heinrich Bütefisch, im Nürnberger Prozeß. Die IG Farben hatte die Kriegswirtschaftsplanung für das NS-Regime betrieben und war zusammen mit DEGUSSA Hersteller des Zyklon B, mit dem die Nazis die Massenvergasungen durchführten. Im betriebeigenen Konzentrationslager bei Auschwitz schindete die IG 30.000 Zwangsarbeiter zu Tode. Als einziger deutscher Konzern sah sie sich IG einer Anklage in den Kriegsverbrecher-Prozessen ausgesetzt. Im Osten beschlagnahmten die Sowjets sofort das Vermögen der IG, in den Westzonen legte die US-Besatzungsbehörde die »Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I.G. Farbenindustrie« fest. Doch dies wurde nie umgesetzt. Zum Jahreswechsel 1945/46 arbeiteten in den Westzonen schon fast alle IG-Werke wieder.

Mit der Fortführung des Namens nahm die IG i.A. den Makel des Kriegsverbrecher-Konzerns auf sich (und hält so BAYER und Co. den Rücken frei). Von Entschädigungsleistungen ist freilich nicht viel zu sehen. Schon die Zusammensetzung des Liquidationsausschusses der IG Farben mußte die Opfergruppen mißtrauisch machen. Dort befanden sich altbekannte Wirtschaftsexperten wie der Bankier Josef Abs, der als Aufsichtsratsmitglied der IG Farben seinerzeit Verantwortung für das firmeneigene KZ getragen hatte. Die einzige Entschädigungszahlung war eine Überweisung von 27 Millionen Mark an die Jewish Claims Conference in den 60er Jahren, die erst nach großem öffentlichen Druck geschah. In den Genuß dieser lächerlichen Summe kamen nur die im Westen lebenden JüdInnen unter den IG-Sklavenarbeitern.

Über 200 Millionen Mark hatte die IG i.A. im vergangenen Jahr an die Aktionäre ausgeschüttet, verkündeten deren Liquidatoren (Geschäftsführer) auf der Hauptversammlung. Den regen Aktivitäten im Spekulationsgeschäft wollten sie mit einer Namensänderung nachkommen. Doch den neuen Titel »I.G. Beteiligungs- und Grundbesitz-Akteingesellschaft in Abwicklung« konnten sie gerichtlich noch nicht durchsetzen. Den Schwerpunkt des kommenden Jahres benennen die Liquidatoren eindeutig: Rückgewinnung des Ostvermögens.

Die jedes Jahr auf der Aktionärsversammlung erhobene Forderung nach sofortiger Auflösung der Firma und Entschädigungszahlungen wiederholte der alte Widerstandskämpfer Peter Gingold als Vertreter der Kritischen Aktionäre. Gingold, dessen Angehörige in Auschwitz ermordet worden waren, hatte zusammen mit Auschwitz-Komitee, VVN und DGB die Protestaktivitäten organisiert. Unter den gegebenen Verhältnissen wirkt seine Forderung nach Auflösung unrealistisch. Wieviel Zuversicht müssen da die IG-Betreiber bei ihrem Versuch, die alten Besitzverhältnisse des Kriegsverbrecher-Konzerns wieder herzustellen, empfinden. ■



Bücher, Broschüren

Mit Kindern über den Holocaust sprechen

Judith S. Kesteneg (Text)/ Vivienne Koorland (Bilder): Als Eure Großeltern jung waren. Mit Kindern über den Holocaust sprechen. Krämer Verlag Hamburg 1993, großformatig, 76 S.; 48 DM.

Ein Buch über den Holocaust für Kinder ab drei Jahren - geht das? Judith Kestenberg, Professorin für Psychiatrie, die seit vielen Jahren mit Kindern von Holocaust-Überlebenden arbeitet und die in Südafrika aufgewachsene Künstlerin Vivienne Koorland haben diesen Versuch gemacht. Der Ausgangspunkt: Kleine Kinder nehmen immer auch die Erwachsenenwelt wahr. Sie machen sich ihre eigenen Gedanken über das, was sie mitbekommen, haben aber oft nicht die Möglichkeit, ihre Fragen auszusprechen. Das Verschweigen der Taten wie auch bloß der Erlebnisse der Großeltern läßt die Kinder nach Erklärungen suchen; sie vermuten Schlimmes dahinter, mit dem sie ihre Eltern in Verbindung bringen.

»Die beste Zeit, die Geschichte unseres Landes zu erzählen, ist, wenn Kinder beginnen, Fragen zu stellen und schon Worte haben, um zu erklären, was sie denken.« Diese Fähigkeit sieht die Psychoanalytikerin Kestenberg bereits bei Zweieinhalbjährigen, bei Dreijährigen sei sie zumeist ausgebildet. Kestenberg hat intensiv in Interviews die Auswirkung des Nationalsozialismus auf Kinder untersucht. Dabei habe sich für sie bestätigt: Das, was man einem Kleinkind beibringt, ist eine wichtige Grundlage für dessen moralische Entwicklung. *»Wenn wir Kriege verhindern wollen, wenn wir vermeiden wollen, fremde Menschen zu verachten und anzugreifen, dann müssen wir den Kindern die Wahrheit sagen - so früh wie möglich.«* In diesem frühen Alter sollen die Kinder bereits die Frage von Menschlichkeit und Unmenschlichkeit thematisieren.

Die Sprache des Buches ist bestechend einfach und treffend, alles, was der Text enthält, können die Kinder auf dem Bild finden. Jedes Bild und jeder Text soll für die Kinder diskutierbar sein, erklärt Kestenberg im Nachwort. Die Kinder erhalten erhalten nicht nur Fakten, sondern empfinden mit ihren Gefühlen von mit Trauer, Wut, Angst und Verzweiflung mit, was damals geschah. Die Geschichte wird natürlich vereinfacht dargestellt. Das Böse setzt ein, als die Großeltern jung waren und ein böser, gieriger Mann namens Hitler ihr Führer wurde. Anschaulich erklären die New Yorker Autorinnen, was die Naziherrschaft bedeutete. Der Bogen schließt sich. als Soldaten Hitler besiegten und ein harmonisches Leben wieder beginnen konnte. Aber die befreiten Kinder sind traurig, weil sie ihre Familienangehörigen verloren haben. Am Ende des Buches steht die Toleranz, jeder soll leben können, wo er will, in der BRD, Israel... In dem Schlußgedanken, daß wir nicht besser als andere Menschen sind, niemand sich anderen Menschen überlegen fühlen soll, wird geschickt eingebaut, daß es heute immer noch Leute gibt, die Hitler lieben und »Türken raus« brüllen.

Die Dimension des Holocaust, die JüdInnen in ganz Europa zu vernichten, wird Kindern schwer zuvermitteln sein. Die Totale des Angriffs konnten sich die Kinder, denen ich das Buch vorgelesen hatte, nicht erklären, vielleicht war es ihnen zu bedrohlich. Aber Absicht der Autorinnen ist auch nicht die Erklärung, sonder das Sprechen über den Holocaust, wie sie es im Untertitel des Buches formulieren.

Vivienne Koorland hat Zeichnungen nachempfunden, die Kindern gemalt haben, insbesondere Theresienstadtkinder. Für Erwachsene sind die eindrucksvoll und aussagekräftig. Ich hatte jedoch den Eindruck, daß die (kindliche) bildliche Darstellung auf Kinder unübersichtlich wirkt und die Aufnahme eher erschwert.

Interessant für Eltern und ErzieherInnen ist das Nachwort. Darin erklärt Judith S. Kestenberg ihren Ansatz, warum und wie wir Kleinkindern von der Nazizeit in Deutschland erzählen sollten.

Die Krematorien von Auschwitz

Jean-Claude Pressac: Die Krematorien von Auschwitz. 240 S., 38,- im Piper-Verlag

Seit einigen Monaten liegt das Buch des Franzosen Jean-Claude Pressac in deutscher Übersetzung vor. Pressac hat die »technische Seite« des Massenmords, vor allem die zu den Gaskammern gehörenden Krematoriumsöfen, untersucht. Pressac hatte ursprünglich, von dem Auschwitz-Leugner Faurisson beeindruckt, dessen Thesen untermauern wollen. Beim Studium der Akten der SS-Bauleitung ließ sich für Pressac die Existenz der Gaskammern zweifelsfrei nachweisen, Faurisson ließ sich dennoch nicht von diesen Ergebnissen beeinflußen. Im Archiv von Auschwitz war Pressac auf die Beteiligung ziviler deutscher Unternehmen an der Vernichtung der Juden gestoßen, sein Bild vervollständigte sich, als er mit der Auflösung des Ostblocks Zugang zu einem Sonderarchiv in Moskau erhielt. Die Öfen in Auschwitz hatte die SS demontiert und gesprengt, so daß nur die Bauakten der Roten Armee in die Hände gefallen waren.

Pressacs Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Holocaust-Forschung. Mit einer beängstigenden Sachlichkeit zeichnet der Autor die technischen Details nach, die wesentlicher Bestandteil der Massenvernichtung waren. Dadurch wird es schwer konsumierbar, macht aber auch die Herangehensweise der Inhaber und Angestellten der Firma Topf deutlich. Das Unternehmen gewann das Rennen um die Aufträge für die Krematoriumsöfen in Auschwitz. Der Firmeninhaber - sein beteiligter Bruder hatte sich kurz nach Kriegsende umgebracht - siedelte nach Westdeutschland um, wo er 1947 wieder die Firma bei der Industrie- und Handelskammer anmeldete (und 1963 auflöste). Ein Patent für den speziellen Topf-Krematoriumsofen, Auschwitz machte ihn möglich, ist seit 1951 im Wiesbadener Handelsregister eingetragen. 1950 wurde gegen den Inhaber Ernst-Wolfgang Topf wegen Mordes ermittelt, aber das Verfahren bald wieder eingestellt.

Pressacs Buch gewinnt Aktualität durch die Rückübertragungsansprüche der Topf-Erben auf Unternehmen und Firmenvermögen in Erfurt. Die Firma war vor 1949 durch die sowjetischen Besatzungsbehörde enteignet worden, somit sind (erstmal) die Aussichten auf Wiedererlangen der Firma wie bei der IG Farben gering. Doch die Frage der Entschädigung und der Rückübertragung des Villengrundstücks (ca. vier Millionen DM wert) ist noch nicht geklärt.

Pressac erwähnt am Rande die Konkurrentin der Firma Topf bei der Vergabe der KZ-Aufträge. Die Berliner Firma Kori, die Öfen für mehrere KZs anfertigte, hatte mehr Glück als Topf. Ihr Betrieb befand sich in der Dessauer Straße im späteren Westteil der Stadt. Sie konnte, ohne groß ins Gespräch zu kommen, weiterproduzieren - bis heute im Süden Westberlins.

Die Ordnung, die sie meinen - »Neue Rechte« in Österreich

Wolfgang Purtscheller(Hg): Die Ordnung, die sie meinen - »Neue Rechte« in Österreich. Picus Verlag, 216 S., 29.80 DM

Nach dem mittlerweile zu einem Standartwerk gewordenen Buch »Aufbruch des Völkischen. Das braune Netzwerk« präsentiert Wolfgang Purtscheller nun ein zweites Buch, in dem er sich dem weiten Umfeld des österreichischen und weit nach Deutschland hineinreichenden Rechtsextremismus zuwendet. Purtscheller und seine Mitautoren zeigen auf, daß nicht die rabiaten jugendlichen Banden der Braunhemden und Möchtegern-Führer die größte Bedrohung darstellen. Andere, gepflegt in äußerer Erscheinung und seriöser auftretende rechtsextreme Strömungen haben sich beizeiten um eine kosmetische Erneuerung, angebliche »Verwissenschaftlichung« und populistische Verbreiterung derselben Inhalte gekümmert.

Diese Tendenz ist auch in Österreich im Vormarsch.

Frauen in der rechten Szene

Sonja Balbach: »Wir sind auch die kämpfende Front - Frauen in der rechten Szene«. Hamburg 1994, Konkret-Literaturverlag, 24,- DM.

Die bürgerlichen Medien präsentieren eine angeblich neue Sensation: Frauen in der rechten Szene.

Bisher wurde außer viel Bremborium, hohlen Phrasen und der unbeantworteten Frage nach dem »Warum« nicht viel Erhellendes darüber veröffentlicht. So hat die Ankündigung eines Buches mit dem vielsagenden Titel »Wir sind auch die kämpfende Front - Frauen in der rechten Szene« Hoffnungen auf eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Thema geweckt.

Dem Buch liegen die Interviews zugrunde, die Balbach für ihren Film »Lippenstift und Hakenkreuz«, produziert für Spiegel-TV, geführt hat.

Nachdem der Film schon mehr als schlecht war und außer bunten Bildern nichts zu bieten hatte (neben einigen Frauen dürfen auch A. Priem und E.B. Althans ihre sexistischen und rassistischen Sprüche ablassen) setzt das Buch nochmal einen obendrauf.

Zwölf Frauen, darunter Sophia Boche von der FAP, wird ein Forum geboten unwidersprochen und unkommentiert ihr faschistisches Gedankengut in Form von sog. Interviews zu verbreiten.

Sieben ihrer Interviewpartnerinnen stammen aus der ehemaligen DDR und sind zwischen 17 und 35 Jahren alt (4 davon sind Mitglied der »Deutschen Nationalisten«), 4 Frauen zwischen 40 und 70 Jahren stammen aus der BRD (allesamt NPD-Mitglieder).

In ihrem 20seitigen Vorwort versucht sich Sonja Balbach für ihr Tun zu rechtfertigen. *»Verharmlose ich etwa die Opfer von Solingen, von Mölln, wenn ich versuche, etwas über das Drama der Täter herauszufinden, darüber, was sie dazu getrieben hat? Oder ist es nicht vielmehr so, daß es ein Versuch, vielleicht der einzige Weg ist, diese menschenverachtenden Taten in Zukunft zu verhindern.«* Warum soll ich das menschenverachtende Tun von Massenmördern verstehen? Die Verharmlosung von Täterinnen ist der erste Schritt zur Akzeptanz ihrer Ideologie und unterstützt somit die Interessen der alten und neuen Rechten, die seit Jahren um »Verständnis« bemüht sind. Statt die faschistische Ideologie zu benennen, werden Weltanschauungen, Handlungen und Gefühle zum Ausdruck unbewältigter Probleme von Individuen. Sie nimmt den Frauen ihre politische Verantwortung, macht sie zu Opfern ihrer Lebensumstände und somit Täterinnen zu Opfern.

»Ich hoffe, daß die geführten Interviews dazu beitragen, die Gründe zu verstehen, die Mädchen und Frauen sich für die »Rechte« entscheiden lassen. Verstehen heißt nicht billigen. Es ging mir auch nicht darum, den vorhandenen Theorien über Rechtsradikalismus eine weitere hinzuzufügen, das überlasse ich Soziologen, Psychologen etc. Die Frauen sollten einmal selbst zu Wort kommen. Man muß mehr mit ihnen reden und nicht nur über sie.«

Die mangelnde Bereitschaft unangenehme Fragen zu stellen reduziert ihre Interviews auf das Austauschen von Oberflächlichkeiten. An Punkten, wo es interessant würde, wenn die Frauen über die von ihnen erlebten scheinbaren Benachteiligungen gegenüber z.B. Ausländern reden, um daraus ihre Ideologie abzuleiten, an diesen Punkten läßt sie Vorwürfe einfach stehen, fragt nicht weiter nach, um durch Verunsicherung etwas anderes erfahren zu können als Plattheiten.

Keinem rassistischen Spruch wird widersprochen, selbst unerträgliche Polemik tut Balbach mit einem Grinsen ab, anstatt das Interview für beendet zu erklären z.B.:

Balbach: *»Wer kommt da rein?«* (ins KZ)

Katrin Poser: *»... alle die, die sich nicht zusammenreißen können, Drogendealer ins Arbeitslager...«*

B: *»Und was passiert mit den Journalisten?«*

K.: *«Alle, die über uns lügen, ab ins Arbeitslager. Und das werden so neunzig Prozent von allen Journalisten sein.«*

B: *»... und darf ich die Lagerzeitung machen?«*

K.: *»Klar...«* (S. 78).

Weshalb wird die Frage, warum Frauen bei den Rechten mitmachen nicht endlich damit beantwortet, daß ihre Rolle genau die ist, die sie einnehmen wollen und damit Platz gemacht für die Entwicklung gesellschaftlicher Gegenstrategien. Strategien, die nicht bei der Frage nach dem Warum stehen bleiben und sich auf die Beschreibung von Gefühlen beschränken. Wann wird endlich angefangen rechte Frauen ernst zu nehmen und sie genauso zu bekämpfen wie faschistische Männer und ihre Ideologie. Somit ist dieses Buch, erstaunlicherweise erschienen im Konkret-Verlag, nicht nur ärgerlich sondern kontraproduktiv.

(aus: Flugblatt einer Hamburger FrauenAntifagruppe)

Die Anti-Antifa und der Einblick

Die Anti-Antifa und der Einblick - Drahtzieher und Hintergründe. Eine Broschüre des Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers. Die Broschüre kostet 4,– DM und kann über folgende Adresse bezogen werden: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/440887, Fax: 0611/9490751

Darüber hinaus ist das Bildungswerk bereit, die Veranstaltung auch in anderen Städten durchzuführen

Die Broschüre wurde parallel zu einer Veranstaltung erstellt, die erstmals am 8.4.94 in Wiesbaden durchgeführt wurde. Zu den Texten wurden Dias gezeigt und zu einzelnen Passagen auch Videomitschnitte. Hierbei kamen die Faschisten selbst zu Wort, ihre Aussagen sind in der Broschüre dokumentiert.

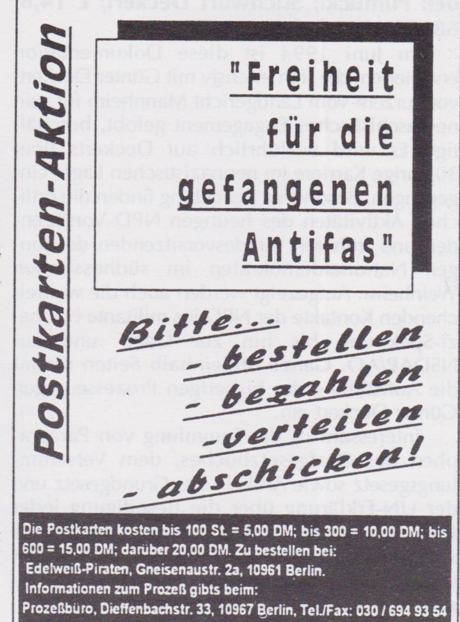
Auf 24 Seiten gibt die Broschüre eine detaillierte Übersicht über die Struktur, Inhalte und Arbeitsweisen der Anti-Antifa und nennt die Hintermänner (und Frauen) des »Einblicks«.

Im Nachwort der Broschüre heißt es: »Dieses Heft erinnert an einen Kriminalroman und fügt Stück für Stück, Mosaikstein um Mosaikstein zusammen, um zu beweisen, welche Nazis hinter der Hetzschrift »Einblick« stecken, wer sie geplant und verbreitet hat, wie die Verbindungen laufen usw. Wir wollen die Täter aus ihrer Anonymität holen und der Öffentlichkeit zeigen, wie die Faschisten arbeiten und wie die staatlichen Institutionen sie arbeiten lassen.«

Solidarität mit den angeklagten Antifas aus Berlin! Sämtliche Erlöse der beiden Platten kommen den Angeklagten zugute.







»Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit?«

»Ändert die Zukunft Deutschlands Vergangenheit?«, Projekt für interdisziplinäre Faschismusforschung (PfiFf) an der Freien Universität Berlin, Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin, 44 Seiten A 4, 1,– DM

Die Broschüre setzt sich mit dem Geschichtsbild der »Neuen« Rechten auseinander. Im Mittelpunkt der überarbeiteten zweiten Auflage steht der Revisionismus von Ernst Nolte, Arnulf Baring und Rainer Zitelmann, alle drei ehemals an der Berliner Freien Universität als Historiker tätig.

Die PfiFf-Broschüre geht über die reine Darstellung der revisionistischen Geschichts«interpretation« im »neu«rechten Sinne hinaus: Am Beispiel des Ullstein-Lektors und »Welt«-Redakteurs Zitelmann wird über die interessante Frage des Zusammenhangs von Nationalsozialismus und Entwicklung der Moderne nachgedacht und ein Literaturverzeichnis zu diesem Thema geboten. Auch »Zitelmanns neuester Coup«, ein Sammelband namens »Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland«, den Zitelmann zusammen mit Karlheinz Weißmann und Michael Großheim herausgegeben hat, wird beleuchtet und die dahinter stehende Intention herausgearbeitet.

Die Texte, die sich mit Arnulf Baring auseinandersetzen, sind ebenfalls aktualisiert worden. Seine autoritär-rassistische Staatsvorstellung wird aufgezeigt und sein neues Projekt einer Universitätszeitschrift kommentiert.

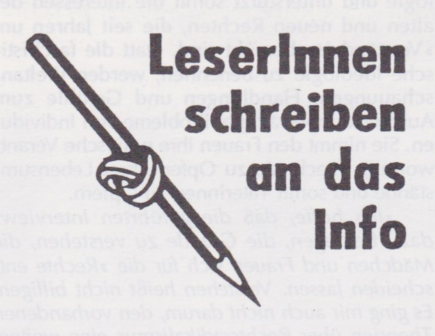
Ergänzend wurde in die Broschüre noch ein Referattext zur Methodik des Faschismus- und Holocaust-Relativierers Ernst Nolte aufgenommen. Auch hier wird nicht nur dargestellt, sondern die von Nolte verfolgten Absichten verdeutlicht.

Günter Deckert

»Günter Deckert - Biedermann und Brandstifter. Eine Materialsammlung«, Antifaschistisches Aktionsbündnis Weinheim, 40 Seiten DIN A 5, 3,-DM. Gegen 6 Mark Vorkasse (incl. Porto) zu bestellen bei: Pumuckl; Stichwort Deckert; L 14,6; 68161 Mannheim

Im Juni 1994 ist diese Dokumentation erschienen, die sich intensiv mit Günter Deckert, vor kurzem vom Landgericht Mannheim für sein neofaschistisches Engagement gelobt, beschäftigt. Es wird ausführlich auf Deckerts über 30jährige Karriere im neonazistischen Lager eingegangen. Besondere Beachtung finden die örtlichen Aktivitäten des heutigen NPD-Vorsitzenden und früheren Bundesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten im südhessischen Weinheim. Aufgezeigt werden auch die weitreichenden Kontakte der NPD ins militante Neonazi-Spektrum, bis hin zur GdNF und zur NSDAP/AO. Ganze dreieinhalb Seiten nimmt die Aufzählung der bisherigen Prozesse gegen Günter Deckert ein.

Interessant ist die Sammlung von Paragraphen des Strafgesetzbuches, dem Versammlungsgesetz sowie Artikeln aus Grundgesetz und der UN-Erklärung über die Beseitigung jeder Form von »Rassen«diskriminierung - gedacht als »Rechtliche Argumentationshilfe für ein Verbot faschistischer Organisationen und gegen die Vergabe von Räumen für Nazi-Versammlungen«.



Hallo Antifas!

In Eurem Info-Blatt Nr. 25 hatte ein Antifaschist aus Lichtenberg über »Christen in der Naziszene« in Eurer Spalte »LeserInnenbriefe« berichtet. Es liegt nun nicht im Bereich meiner Kenntnis, ob der Antifaschist mit den genannten Personen im Ausland nur Beispiele aufzählen wollte. Deshalb möchte ich hier einiges ergänzen.

Die Afrikaner-Volksfront hat genau wie die nazistische Afrikaner-Weerstandsbeweging (beide Südafrika) in ihrer Satzung eine Bedingung aufgestellt: Die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession. Ferrus Munroe mag nun ein Standardbeispiel innerhalb der AVF/AWB sein. Bei einer offenen Provokation einer ANC-Veranstaltung mit Nelson Mandela versuchte er mit ca. 50 AWB-Mitgliedern die Eingänge des Versammlungshotels zu blockieren. Dabei soll er die Schwarzen als »gottlose Kaffer« bezeichnet haben. Auch Terre Blanche, der AWB-Führer, hält zu dem alljährlichen nationalistisch gefärbten »Vortrecker-Denktag« ganz obligatorisch ein knieendes Gebet ab. Und Kirchgänger sind die AWB-Mitglieder allemal. Auch die noch radikaleren Absplitterungen der AWB, wie z.B. die Afrikaner-Nationalsocialisten sind dominiert durch christliche Kräfte.

Die Trampe Skins (Trampe Skinhead Front Ostberlin) könnten durchaus Kontakte zur AWB haben.

Im Vorfeld des Reform-Referendums von F.W. deKlerk im Jahre '92 tauchten in Berlin Aufkleber auf mit dem Inhalt: »Weiss-Südafrika wird siegen!« und »Gott ist weiß - in Deutschland wie in Südafrika!«. Die Aufkleber waren unterzeichnet mit TS und AWB und natürlich durften auch ihre faschistischen Symbole nicht fehlen.

Das gleiche System haben wir beim amerikanischen Ku-Klux-Klan. Die Gründer des KKK, 1864, waren allesamt Protestanten. Und der christliche Grundsatz »Gott ist weiß« existierte auch hier. David Duke, der frühere Großmeister des KKK, öffnete den KKK, wie ihr in einer Antifa-Info Ausgabe geschrieben hattet, auch für Katholiken.

In den europäischen Ländern ist das Christ-sein ebenfalls Bestandteil faschistischer Organisationen/Parteien. In Rußland erhält die »Russische Nationale Einheit« (bereits verboten) den Segen der christlich-orthodoxen Kirche. In Polen ist das Christentum sehr stark vertreten. Weiterhin Haiders FPÖ, die italienische MSI bzw. NA und in Spanien die CEDADE. Hier hatte bereits General Franco mit nationalistisch gesinnten Mönchen verhandelt, einen konservativen Orden im Rahmen des »Opus Dei« zu gründen.

Liebe Antifas, hier liegt ein Potential zum Recherchieren vor uns, man glaubt es kaum.

Ich hoffe die Zuschrift hilft zur Aufklärung bei!!!

F.

Argentinien erregte in den letzen Monaten häufiger Aufsehen: Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 10.April erreichte die rechtsradikale Partei MODIN landesweit fast neun Prozent, im Mai sorgte der Antrag Italiens, den 1946 über die »Rattenlinie« geflüchteten SS-Offizier Erich Priebke auszuliefern, für Schlagzeilen. Zuletzt ging die Nachricht vom Bombenanschlag auf den Sitz des Vereins für Isralisch-Argentinische Freundschaft am 18. Juli in Buenos Aires um die Welt. Zu dem Attentat erreichte uns der folgende Artikel aus Argentinien:

Bombenanschlag in Argeninien

Infolge der starken Explosion, die einen Großteil der dichtbesiedelsten Zone der argentinischen Hauptstadt erschütterte, sah das Zentrum von Buenos Aires arg verwüstet aus. Gegenüber dem lokalen Sitz des israelisch-argentinischen Sozialwerks Asociación Mutual Israelita Argentina (AMIA) explodierte eine Autobombe, die mehr als 90 Todesopfer und 200 Verletzte forderte.



In trauter Eintracht: Raúl Alfonsín und Carlos Saúl Menem

Kleine Geschichte Argentiniens als Grundlage der Analyse

Argentinien ist ein Land, das durch große Wanderungsbewegungen aus den unterschiedlichsten Ecken der Erde bevölkert wurde. Nach dem fast vollständigen Genozid an den Indigenas durch die spanischen Eroberer und deren creolischen Nachfolgern öffneten die Regierungen das Land für Einwanderer aus Europa. Durch diese Entwicklung wurde das gesamte 2,78 Millionen km^2 große Land von Gruppen der verschiedensten Herkunft bevölkert: Unter anderem Spanier, Italiener, jüdische Menschen aus verschiedenen Ländern, Deutsche sowie Syrer und Libanesen. Das gemeinsame Zusammenleben dieser Menschen klappte alles in allem sehr gut. Über die gesamte Länge und Breite des Landes gibt es Kollektive, Klubs und Kneipen, in denen ohne Unterscheidung alle Einwohner des entsprechenden Ortes zusammenkommen.

Die Motive für die Einwanderung sind sehr verschieden, ein gemeinsamer Nenner fast aller ist jedoch die Flucht vor Krieg und/oder politischer Verfolgung, allerdings auch die wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern. So gut das Zusammenleben in diesem Schmelztiegel verschiedener ethnischer Gruppen, Nationen, politischer Ideen und Religionen seit mehr als einem Jahrhundert funktioniert, so groß war die Überraschung über die Tat am 18. Juli dieses Jahres, die für den Großteil der argentinischen Bevölkerung unvorstellbar war: Ein mächtiger Sprengsatz explodierte gegenüber dem Gebäude, in dem etliche soziale Einrichtungen der jüdischen Gemeinde Ihren Sitz hatten. Das Gebäude wurde total zerstört, die angrenzenden Häuser stark beschädigt und die Fensterscheiben im gesamten Stadtviertel gingen zu Bruch. Hunderte Menschen wurden getötet oder verletzt, Angestellte wie Besucher der AMIA, Anwohner wie Personen, die sich zur Rush-Hour in dem belebten Einkaufsviertel aufhielten. Wertvolle Dokumente über die ersten jüdischen Siedler in dem südamerikanischen Land, über deren Leben und die erlittenen Verfolgungen wurden ebenso vernichtet wie Kunstobjekte und Bücher, z.T. Unikate, die dort sicher aufbewahrt werden sollten. Unersetzbar ist auch der Großteil des Archives über Nazi-Aktivitäten in Argentinien, dessen Verlust in den offiziellen Verlautbarungen nie bedauert worden ist.

Auf das Attentat gab es zahlreiche Reaktionen: Einerseits positive wie die spontane Solidarität der Leute, die zum Tatort kamen, um ihre Hilfe anzubieten, um Menschenleben zu retten, um die Angehörigen der Opfer und die Überlebenden zu trösten und festzuhalten und um ihr Erschrecken deutlich zu zeigen. Andererseits sprachen die Kommentatoren in Rundfunk und Fernsehen zum Teil von »unschuldigen Opfern«, in Bezug auf die getöteten oder verletzten Passanten, »die mit den Juden nichts zu tun haben«. In den Live-Reportagen waren klar antisemitische Töne zu vernehmen, meistens recht naiv, in einigen Fällen ideologisch gefestigt, verbunden mit creolischem Nazismus.

Die öffentliche Empörung über das Attentat gegen die jüdische Gemeinschaft war so groß – es gab etliche Protestdemon-



»Es ist wahr, daß das Attantat schon einen Monat vorbei ist und man immer noch von uns verlangt, die Schuldigen zu finden... Es ist auch richtig, daß wir sie noch nicht gefunden haben, aber wir werden bis zum Ende weitermachen... Es ist nur eine Frage der Zeit. -
- Sie zu finden? -
- Nein,... bis die Welt vergißt.«

strationen, daß die Regierung nicht tatenlos bleiben durfte. Die erste Maßnahme von Präsident Carlos Saúl Menem war ein Anruf beim israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin, um diesem sein Beileid auszusprechen. Bei einer landesweit ausgestrahlten Rede, gab Menem zu, daß er die Untersuchung eines ähnlichen Anschlags 28 Monate vorher auf die israelische Botschaft keinen Schritt vorangebracht habe. Sofort zauberte er ein Dekret hevor, das erst einen Monat zuvor nach einer harten Konfrontation mit seinen eigenen Ministern in die Schublade gewandert war und die Aufstellung eines »Secretaría de Seguridad« vorsah. Anführer dieser »Superbehörde« wurde ein Militär und enger Freund Menems, der sich zuvor bei der Niederschlagung einer Rentner-Demonstration in Santiago del Estero (eine der ärmsten Regionen, liegt im Norden des Landes) hervorgetan hatte. Um keinen Zweifel an dem Charakter des Secretaría de Securitad aufkommen zu lassen, trat es sogleich gegen einen von den Gewerkschaften für den 2. August geplanten Generalstreik in Aktion.

Das Attentat kam der Regierung keineswegs ungelegen, lenkte es doch von den Problemen ab, die sich durch die harte Anpassungspolitik des IWF ergeben. Desgleichen zeigte es die internationale Situation der argentinischen Regierung: Die Geheimdienste Israels und der USA, Mossad und CIA, wurden sowohl für die Beseitigung der Trümmer, bei der sie durch ihre Spezialausrüstungen Leben retten konnten, als auch für die folgende Untersuchung zu Hilfe gerufen. Später wurde bekannt, daß die Freiwillige Feuerwehr in Lanús (ein Ort nahe Buenos Aires) über ähnliche Spezialausrüstungen verfügt, allerdings nicht die Genehmigung erhielt, sie einzusetzen. Dabei hatte sie ihre Hilfe zwei Stunden nach dem Attentat angeboten.

Die Verbindung Argentinien-Iran

Bei der Untersuchung des Falles bestätigte der zuständige Richter die israelisch-amerikanische Vermutung, iranische Gruppen, u.a. auch iranische Diplomaten, seien am Attentat beteiligt gewesen. Damit war eine direkte Verbindung mit dem Konflikt im Mittleren Osten hergestellt, wo Argentinien sich an der Entsendung von Kriegsschiffen in den Persischen Golf beteiligt hatte. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Argentinien und Iran sind gespannt, was sich auch negativ auf die Handelsbeziehungen beider Länder auswirkt, die in den letzten Jahren aus argentinischer Sicht eine positive Handelsbilanz aufwies. Diese Politik spiegelt die »verwandtschaftlichen Beziehungen« mit den USA wider.

Gleichzeitig vermeidet die Regierung weiterhin eine Auseinandersetzung mit dem heiklen Thema der antisemitischen Gruppen im eigenen Land, die erwiesenermaßen über gute Kontakte zu staatlichen Stellen verfügen. Es ist kein Geheimnis, daß diese Gruppen seit Jahrzehnten mehr oder weniger direkt an den Geheimdiensten beteiligt sind. Zivil- wie Militärregierungen benutzten sie für ihre Zwecke, mal offen, mal weniger offen. Klar bewiesen sind zum Beispiel die Verschleppungen und Folterungen von Menschen, die verdächtigt wurden, Linke oder Juden zu sein, durch sogenannte »Arbeitsgruppen«. Mit dabei auch ein Mann wie Guglielminetti, der von dem späteren Präsidenten Raúl Alfonsín mit dem Aufbau der Präsidentengarde beauftragt wurde. Diese rechten Gruppen nutzen die Infrastruktur ihres Amtes für ihre politischen Aktivitäten und/oder ihre persönlichen Geschäfte. Eine große Zahl von Überfällen, erpresserischen Entführungen, gewöhnlichen sowie politischen Verbrechen verschiedener Kaliber gehen auf das Konto dieser Leute.

Wenn wir diese verworrenen Zusammenhänge aufklären wollen, dürfen wir allerdings die Verbindungen vom Attentat auf die AMIA zum Konflikt im Mittleren Osten nicht außer acht lassen. Wir bewerten sie jedoch anders als die offiziellen Stellen:

Einige Tage nach der Tat schenkte Präsident Menem der saudi-arabischen Botschaft ein Grundstück, welches schätzungsweise 20 Millionen US-Dollar wert ist, für den Bau einer Moschee. Überhaupt scheint das Verhältnis Saudi-Arabien-Argentinien nicht das schlechteste zu sein: So wurden die Ermittlungen gegen Ghait Pharon, der mit Verwandten von Menem genauso gut befreundet ist wie mit König Fahd, überraschend eingestellt. Ihm war vorgeworfen worden, mittels Bau eines Fünf-Sterne-Hotels in Buenos Aires Geld aus dunklen Quellen gewaschen zu haben. Genauso überraschend erhielt der in etlichen Ländern des Waffenhandels verdächtigte Monzer al Kassar in Rekordzeit und ohne jegliches Hindernis einen argentinischen Ausweis. Auch Monzer al Kassar pflegt gute Kontakte zu Verwandten und Freunden des argentinischen Präsidenten. Aus dem Kreis um Menem waren etliche an dem Verkauf von Panzern an den Iran durch die Banco de Crédito y Comercio Internacional (BCCI – Internationale Kredit- und Handelsbank) beteiligt.

Zusammenfassend können wir feststellen, daß es eine Verbindung wichtiger Ereignisse in Argentinien mit der Situation im Mittleren Osten gibt. Das bedeutet aber nicht, daß zwangsläufig alle Vorfälle in Verbindung miteinander stehen müssen. Allerdings könnten diese Zusammenhänge beim Attentat auf den AMIA eine Rolle



gespielt haben, das hier im Mittelpunkt stehen soll. Die Konzentrierung auf den Konflikt im Mittleren Osten könnte einzig und allein die Funktion haben, von der anwachsenden Tätigkeit faschistischer und nazistischer Gruppen sowie der jugendlichen Skinheads in den verschiedensten Ecken Argentiniens abzulenken, die der Öffentlichkeit langsam ins Bewußtsein kommen. Dies alles schließt sich an ein »fremden«feindliches Denken an, gerichtet gegen die Menschen, die in »unser« Land einwandern, die angesichts der Woche für Woche größer werdenden Arbeitslosigkeit als Konkurrenten angesehen werden. Daher muß mit der Möglichkeit eines weiteren Attentats gerechnet werden. Das sich dadurch vergrößernde Klima der Angst kommt der Regierung gelegen, läßt sich doch so das neue Sicherheitssekretariat mit »dem Auftrag des Volkes« rechtfertigen.

All diese Vorfälle haben uns deutlich gemacht, daß die Untersuchung des Attentats einen Großteil der die Mächtigen umgebenden Korruption aufdecken kann, sofern man in der Lage ist, zwischen den Zeilen zu lesen und die verschiedenen Informationen zusammenträgt, die wir in diesem Artikel aufgezählt haben.

Buenos Aires im August 1994

Schweden

Das STORM-Netzwerk

Fanatiker des »Rassenkrieges«

Als die deutschen Neonazis im August 1993 noch unbekümmert durch Fulda marschieren durften, nahm auch eine Gruppe maskierter Neonazis aus Schweden am Aufmarsch teil. Ganz in Schwarz gekleidet marschierte eine 20-köpfige Gruppe, auf ihren roten Fahnen mit dem weißen Kreis prangte die Wolfsangel als Abzeichen des STORM-NETZWERKES aus Schweden.

Die Kontakte zur deutschen Szene sind intensiv und erstrecken sich nicht nur auf gegenseitige Konzertbesuche. Deutsche Neonazis organisieren sich in kleinen sog. WERWOLF-GRUPPEN für den bewaffneten Kampf, die Nazis in Schweden sind hochgerüstet und erfahren in dieser Beziehung. Kontakte bestehen zu den Nachfolgeorganisationen der NATIONALISTISCHEN FRONT, den Gruppen um den Hamburger Kühnen-Nachfolger Christian WORCH, der deutschen ANTI-ANTIFA und zur Gefangenenhilfsorganisation HNG. Uns interessierte, wer sich hinter STORM verbirgt und wir wurden fündig.

In Schweden produzierte das sog. STORM-Netzwerk in den vergangenen Jahren zahlreiche Schlagzeilen. Storm ist keine einheitliche Organisation oder eine traditionelle Partei. Die treffendste Beschreibung ist die eines pseudoideologischen Netzwerkes. Storm steht für eine informelle Struktur, die die gewalttätigsten Bereiche der Neonazis in Skandinavien umfaßt. Besonders in einem Aspekt unterscheidet sich diese Bewegung von vielen anderen. Es gibt keine traditionellen »Führer« mit ausgeprägter Egozentrik, es gibt keine Mitgliedsausweise oder Parteistatute. Im Storm-Netzwerk arbeiten eine ganze Reihe sehr widersprüchlicher Organisationen zusammen, die sich unter anderen Umständen erbitterte sektiererische Kämpfe liefern würden.

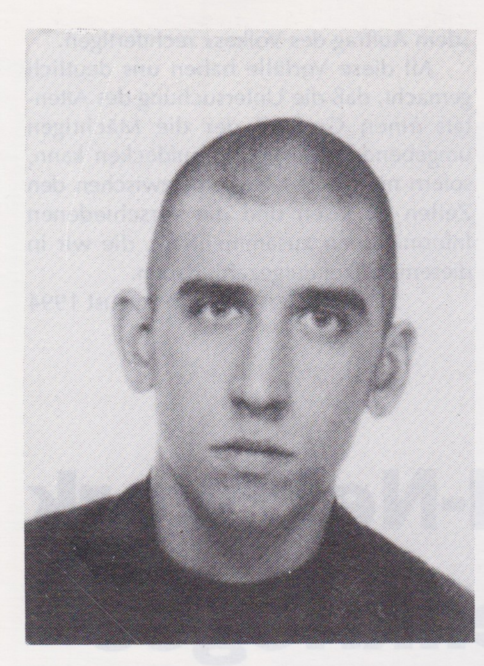
Die Entstehungsgeschichte von Storm reicht bis Mitte der 80er Jahre zurück, als die militante Neonazi-Skinszene Schwedens von Konfusion geprägt war. Damals wurden viele von ihnen von der rassistischen Organisation BSS (Schweden den Schweden) und der hitleristischen NORDISCHEN REICHS PARTEI rekrutiert. Sie wurden als Schläger auf den Straßen und als Ordner für Treffen eingesetzt. Die rechten Skins hatten nichts gegen die Rekrutierung einzuwenden, jedoch die Zusammenarbeit zwischen der straff organisierten Partei und den locker organisierten Nazi-Skins lief mehr oder weniger auf eine Ausnutzung der Glatzen hinaus.

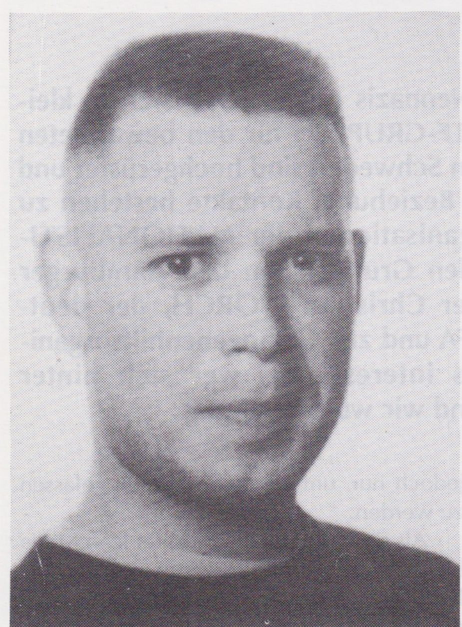
Als die Polizei eine Aktionsgruppe der ´Reichspartei´ in Göteborg aushob, war das Ende der Zusammenarbeit mit den Nazi-Skins erreicht. Ein trauriger Haufen von Nazi-Skins und Kriminellen um Staffan WINLÖF sah sich einer umfassenden Anklage, einschließlich Mord, gegenüber. Aktionen, die sie als Teil der Reichspartei durchführten. Doch die Parteiführung zeigte sich wenig dankbar und ließ die Skins fallen wie eine heiße Kartoffel, man behauptete sogar, nie von ihnen gehört zu haben. In den Augen der Nazi-Skins war klar, daß sie von der Partei verraten wurden und sie wendeten sich verstärkt der BSS zu.

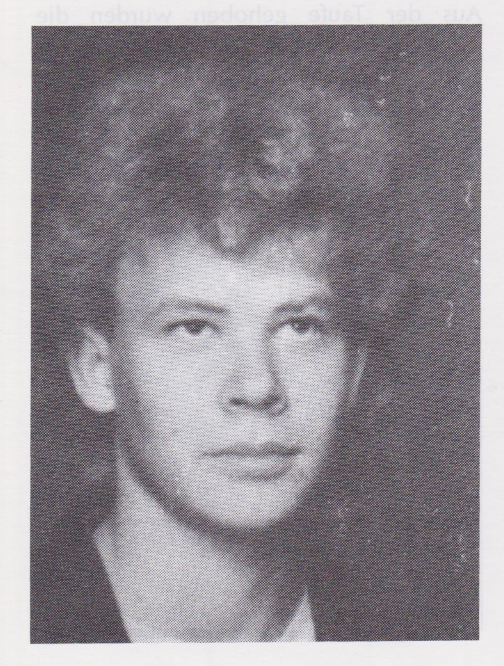
Anfangs wurden sie dort mit offenen Armen empfangen, auch als sich diese Organisation 1987 als SCHWEDEN PARTEI neu organisierte. Mehr als ein Jahr standen die Nazi-Skins in der ersten Reihe bei Straßenkämpfen gegen AntirassistInnen – jedoch nur, um wiederholt fallen gelassen zu werden.

Als das erfolgreiche Beispiel Jean Marie LE PENs´ Vorbild für viele europäische Rechtsaußen wurde, orientierte sich auch die Schweden Partei an diesem Vorbild. Aus der Taufe gehoben wurden die









***Donald Conrad HANSSON** (Foto oben)*
geb. 3.7.1972, BCN: 720703-5010
Skäpplandsgatan 14, 41478 Göteborg
(Stand: 1992)
Hannsson ist eine zentrale Figur des Storm-Netzwerkes in Göteborg und Süd-Schweden. 1993 wurde er zum Hess-Marsch nach Fulda eingeladen, am 30.April 1994 organisierte er eine internationale Nazi-Kundgebung in Alingsas (S). Er ist vorbestraft wegen eines gewalttätigen Überfalls auf einen Immigranten in einer Göteborger Straßenbahn und wegen Bedrohung eines Türstehers einer Schwulendiskothek. (3 Monate Knast).

***Jan Lennart GUSTAVSSON** (Foto mitte)*
geb. 28.12.1968 BCN: 681228-4872
Langströmsgatan 15, 41725 Göteborg
(Stand: 1993)
Verurteilt wurde er wegen:
** Raub und illegalem Waffenbesitz im März 93 (10 Monate)*
** Vier Überfällen mit Körperverletzung, Diebstahl, Bedrohungen, Vandalismus und Trunkenheit am Steuer (10 Monate)*

Göran Krister Roland GULLVANG
geb. 21.5.1967, BCN: 670521-5116
Göteborg
Er gilt als fanatischer Psychopath und Kultfigur der Szene. Sein Großvater soll Wächter eines KZ´s in Norwegen gewesen sein. Gullvang ist seit 1984 aktiv, war Mitglied der ´Reichspartei´, der ´Schwedischen Demokraten´ und der ´Neu-Schwedischen Bewegung´. Nachgesagt werden ihm ein Hang zum Satanismus und Okkultismus. Verurteilt wurde er wegen einer Reihe von Überfällen, einschließlich Beihilfe zum Mord. Zusammen mit Daniel KARLSSON stach er den 32-jährigen Homosexuellen Kent Antonsson mit 30 Messerstichen nieder (3 Jahr und 6 Monate). Während seiner Knastzeit schrieb er für das Untergrundmagazin ´Werwolf´, daß sich dem Terrorismus verschrieben hat.

***Björn Erik NORD** (Foto unten)*
geb. 20.9.1972 BCN: 720920-6254
Fredsgatan 1A, 65225 Karlstad (1992)
Er gilt in Karlstad als die Schlüsselfigur des STORM-Netzwerkes. Verurteilt wurde er in 5 Fällen:
1990: Besitz von Waffen, die aus einer Serie Kaserneneinbrüchen stammten (1 Jahr).
1992: Diebstahl und Besitz von Diebesware (3 Monate) und im selben Jahr wegen bewaffnetem Überfall auf einen Immigranten, dem mit einem Baseball-Schläger das Gesicht zertrümmert wurde und der seitdem behindert ist. (1 Jahr und 4 Monate)
Einer seiner Gefährten ist Wolfgang HESS (geb. 10.4.1969), den er 1990 beauftragte Militärdepots auszuräumen.

SCHWEDISCHEN DEMOKRATEN, um ihr Glück von da ab bei den Wahlen zu versuchen. Zur Unterstreichung des neuen Images traten die Parteifunktionäre nur noch in Anzug und Krawatte an. Klar, daß die Nazi-Skins nicht gerade in dieses Bild paßten – man trennte sich wieder.

Von da ab war für die Nazi-Jugend eines klar: Wenn sie irgendeine politische Rolle spielen wollen, brauchen sie eine eigene Organisation, nach ihren eigenen Spielregeln. Die Initiative übernahm eine Gruppe, die aus der »Rock gegen Kommunismus« Szene von Södertalje, südlich von Stockholm, hervorging. Ihre Anführer waren Peter RINDELL und Goran GUSTAVSSON, zwei Nazi-Skins mit umfangreichen Vorstrafen wegen Überfällen auf AntirassistInnen. Sie sahen sich im Ausland um und knüpften Kontakt zu dem mittlerweile verstorbenen Anführer des BLOOD& HONOUR Netzwerkes aus England, Ian STUART DONALDSON.

Stuart besuchte Schweden im Jahre 1988 und ihm gefiel das, was er vorfand. Im gleichen Jahr kamen er, Rindell und Gustavsson überein, ein nationalsozialistisches Skinhead-Magazine herauszugeben, das *»keine Scheu hat, eine klare Sprache zu sprechen«*. Blood and Honour übernahm die Finanzierung, den Druck und den Versand.

Das Resultat war der ´Weiße Rebell´, der eine »Weiße Revolution« sowie die Ausrottung »minderer Rassen« predigte. Ganze vier Ausgaben erschienen, bis Rindell und Gustavsson wegen »Aufstachelung zum Rassenhass« verurteilt wurden. Die Strafe fiel lächerlich milde aus, die Zeitung wurde eingestellt, um der neuen ´Storm-Zeitung´ Platz zu machen. Als Herausgeber firmierten wieder Rindell und Gustavsson.

Als Storm zum ersten Mal erschien, gebärdeten sich die Ziehkinder schon bedeutend wilder als ´Blood & Honour´. Jetzt suchten sie den Kontakt mit der US-Amerikanischen Nazi-Terrorgruppe THE ORDER. Die meisten Aktivisten von The Order saßen zu der Zeit bereits im Knast, verurteilt zu Strafen zwischen 40 und 220 Jahren.

In den Jahren zwischen 1990 und 1993 diente die ´Storm-Zeitung´ nicht nur der ideologischen Vereinheitlichung der Nazi-Skins, sondern auch der Vereinheitlichung der übrigen gewaltbereitesten NS-Gruppen. Dies schloß u.a. ehemalige Mitglieder der Reichspartei mit ein, der CHURCH OF THE CREATOR, die GESELLSCHAFT SCHWEDENS ZUKUNFT oder die Göteborger SA. In dieser Zeit entstanden zudem zahlreiche neue Nazi-Gruppen, die zu dem Storm-Netzwerk stießen, einig im fanatischen Wahn der Vorbereitung eines *»Krieges der Rassen«*.

Eine dieser Gruppen ist der WEIßE ARISCHE WIDERSTAND (VAM). Den Namen hatte man sich bei Tom METZGERs WHITE ARYAN RESISTANCE abgekupfert, alles weitere jedoch wurde von der Terrorgruppe THE ORDER inspiriert. Im April desselben Jahres überfiel eine Gruppe der VAM eine Stockholmer Polizeistation und erbeutete 40 automatische Sig Sauer-Pistolen. Die Anführer der Gruppe waren Marcus ÖHLIN und Conny ROSEN. Zwei Jahre später waren sie es, die als Leibwächter für den französischen Geschichtsrevisionisten Robert FAURISSON auftraten.

1994 wanderte eine Große Zahl von VAM-Aktivisten hinter Gitter. Verurteilt wurden sie u.a. wegen bewaffnetem Raubüberfall, Einbrüchen in Kasernen und einer Reihe von Körperverletzungen. Mit diesen Prozessen wurde ein tieferer Einblick in die Strukturen des ganzen Netzwerkes möglich.

* In Süd-Schweden wird die VAM u.a. vom Göteborger Nazi Donald HANSSON organisiert. Sie veranstalten Aufmärsche und Skin-Konzerte, die Finanzierung wird zum Teil durch den Vertrieb von Nazi-Skin-Musik und den Verkauf von dazu passenden T-Shirts gedeckt.

* In Mittel-Schweden sorgt der Anführer der ´Church of the Creator´, Tommy RYDÉN, aus der Umgebung der Stadt Jönköping, für die spirituelle Weisung der Gefolgschaft.

* In Linköping, südlich von Stockholm, hat der Skinhead Torulf MAGNUSSON die ´Gesellschaft Schwedens Zukunft´ übernommen. Heute nennt sie sich REICHS FRONT und wächst mittlerweile in die Rolle des politischen Rückgrates des Storm-Netzwerkes hinein.

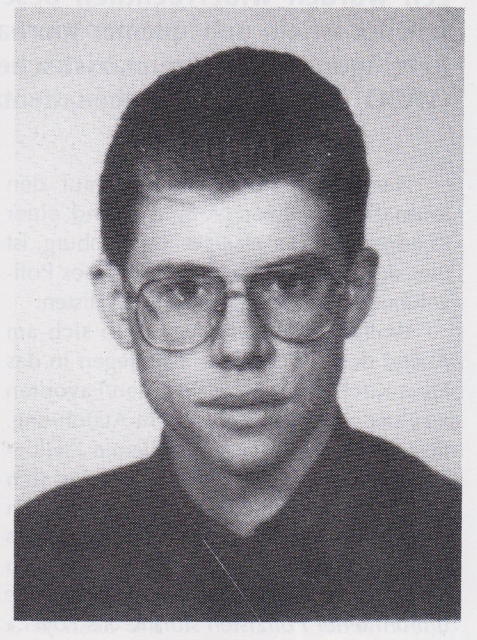
Die Auswahl der an dieser Stelle veröffentlichten Personen und ihrer Fotos ist keinesfalls eine willkürliche Sammlung verschiedener Aktivisten des Storm-Netzwerkes. Im Gegenteil: Es ist eine Auswahl aus einer Liste von militanten 400 Aktivisten des Storm-Netzwerkes, ihren Geburtsnummern und ihrer Geschichte.

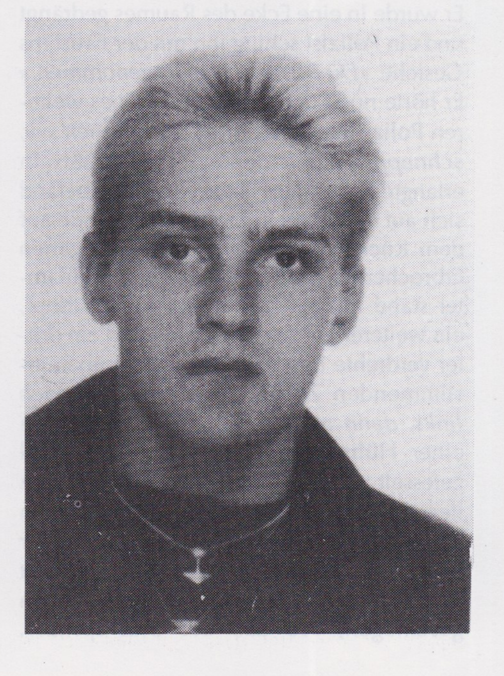
Wir veröffentlichen das Gruselkabinett aus zwei Gründen.

Erstens ist dies unser Weg, auf die Ankündigung Donald HANSSON´s zu antworten, der unlängst großmäulig tönte, das VAM/Storm-Netzwerk sei *»professionell geführt«* und eine *»sichere Operation«*, verglichen mit den vorangegangenen amateurhaften Versuchen. Er möchte, daß sich ausländische Nazis bei ihrem Terrortourismus in Schweden sicher fühlen.

Zweitens zeigt diese Auflistung, wer die »politischen Gefangenen« sind, um die sich die deutsche HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE GEFANGENE (HNG) so rührend kümmert. Die Kontakte der deutschen NS-Szene nach Schweden sind vielfältig. Die gegenseitige Beeinflußung hat u.a. dazu geführt, daß auch in Schweden eine Anti-Antifa gegründet worden ist, genauso wie in Norwegen, wo diese damit beschäftigt ist, Dossiers über »Rassenverräter« zu veröffentlichen. Entsprechendes hat auch England mit seiner COMBAT 18 zu bieten, die dänischen und deutschen Partner tun es ihnen gleich. Wir wollen ihnen an dieser Stelle ein paar Kostproben ihrer eigenen Medizin verabreichen. Sie nennen sich »Weiße Arier«, wir nennen sie Vollidioten. ■







***Per Erik Patrik EHN** (Foto oben)*
27.2.1967 BCN: 670227-3217
Ehn studiert an der Universität von Uppsala den Lehrberuf. Er schreibt unter dem Pseudonym Patrik BREIDABLICK und gilt als führender Ideologe der ´Gesellschaft Schwedens Zukunft´. Nach Auswertung verschiedener Photoaufnahmen von Treffen, muß davon ausgegangen werden, daß er engsten Kontakt zu leitenden Figuren von STORM hat. Unter ihnen sind Erik RUNDQUIST, (BCN: 630505-1010, Kocksgatan 40, 116 29 Stockholm), Peter RINDELL und David TWALAND. Vor Gericht konnte sich Ehn bis jetzt immer herausreden, z.B. als er dabei war als sein Gefährte Kristoffer THANO (BCN: 711112-5972) eine Bombe an einer Schule legte.

***Niklas IRBERGER** (Foto mitte)*
25.6.1968 BCN: 680625-0517
Höjdvägen 1A, 13242 Saltsjö-Boo (1992)
Irberger wurde am 1. Mai 1993 in Stockholm noch gerade rechtzeitig von der Polizei entdeckt, bevor er die Handgranate aus seinem Rucksack werfen konnte. Der versuchte Anschlag galt der Kundgebung der ´Linken Partei´, auf der ca. 10.000 Leute waren. Verurteilt wurde er zu 1 Jahr Gefängnis.

Hans Göran Himmler PETTERSSON
(Foto unten)
geb. 5.11.1967 BCN:671105-2776
c/o Selkamo,
Tomtebostigen 12A, 35237 Växjö (1992)
Aus Bewunderung für den einstigen Massenmörder ließ er offiziell seinen Namen von Ingemar in Himmler abändern. Er gelangte zu STORM, wie viele andere, über Staffan WINLÖFFs Aktionsgruppen der ´Reichspartei´. Verurteilt wurde er wegen vergleichsweise geringfügigen Delikten: 1986: Telefonterror gegen JournalistInnen und AntirassistInnen, Diebstahl, Vandalismus und Bombendrohung gegen den Växjöer Flughafen (2 Monate). 1991: Überfall und Raub zusammen mit Hakan WILTGARD – BCN: 660207-2735 (4 Monate) 1992: Illegaler Grenzübertritt und 1993: Überfall auf eine Party von Homosexuellen.



Brutaler Polizeiübergriff auf Wolfgang Purtscheller

Ein Journalist soll mundtot gemacht werden – Die blau-braunen Seilschaften schlagen zurück

Am Donnerstag, dem 22.9.1994, wurde der Journalist Wolfgang Purtscheller von Beamten der Wiener Polizei brutal zusammengeschlagen, schwer verletzt und festgenommen. Seine journalistischen Unterlagen wurden widerrechtlich beschlagnahmt. Purtscheller ist ein unbequemer Journalist. Er deckte die Beteiligung der neonazistischen Küssel-Bande (VAPO) an den Briefbombenattentaten vom Dezember 93 auf sowie die Unterwanderung der Polizei durch Neonazis und Haider-Anhänger. Mittlerweile hagelt es internationale Proteste gegen die Wiener Polizei, die die Flucht nach vorn antritt. Purtscheller selbst habe angegriffen, außerdem sei er *»stadtbekannter Pseudojournalist und gewaltätiger Autonomen-Guru mit besten Kontakten zur deutschen Szene«1*.

Nach dem Polizeiübergriff auf den Journalisten Oliver Neß, während einer Kundgebung Jörg HAIDERS´ in Hamburg, ist dies der zweite skandalöse Fall eines Polizeiübergriffs auf engagierte Journalisten.

Wolfgang Purtscheller begab sich am Abend des 22.9.1994 mit Kollegen in das Ernst-Kirchweger-Haus in Wien/Favoriten zu einer geplanten Bert-Brecht-Aufführung. Im Foyer des Hauses kontrollierten Zivilbeamte einen Schwarz-Afrikaner, der sich legal in Österreich aufhält, und wollten ihn festnehmen. Auf Purtschellers Frage, was gegen den Afrikaner vorliegt, wurde ihm *»unwirsch geantwortet und eine Horde uniformierter Polizisten stürmte ins Foyer.«* Er wurde in eine Ecke des Raumes gedrängt und ein Polizist schlug ihn mit der Faust ins Gesicht: *»Du Sau, Du bist festgenommen.«* Er hörte noch den Kommentar eines weiteren Polizisten: *»Das ist er, den kennen wir, schnappt´s Euch den.«* Das Bewußtsein erlangte er vor dem Haus wieder. Er befand sich auf dem Bauch liegend, die Hände auf dem Rücken gefesselt, in seinem eigenen Erbrochenen auf dem Gehsteig. Ein Beamter stand mit einem Fuß auf seinem Kopf, ein weiterer auf seinem Gesäß und ein dritter verdrehte ihm das Knie – nach übereinstimmenden Zeugenaussagen *»erst nach links, dann rechts«*, wie beim Abtrennen einer Hühnerkeule. Auch Tom W. wird gefesselt und neben Purtscheller am Boden liegend *»in Skinheadmanier«* mit Fußtritten bearbeitet. Der festgenommene Afrikaner Mamadou B. wird von den Beamten mit dem Kopf gegen einen geparkten Wagen geschlagen, *»so daß das Blut spritzt«*. Zusammen werden sie in den Polizeiwagen verfrachtet und später in das nahegelegene Kommissariat geprügelt.

Vor der Zelle wurde Purtscheller auf den Rücken gelegt. Nachdem der Kommandant vernahm, daß W. Purtscheller Journalist ist, sagte er zu seinen Kollegen: *»Kollegen wir brauchen eine gute Aussage, kommt´s mit ins Nebenzimmer, wir müssen uns absprechen.«*

Bei der Leibesvisitation wurde Purtscheller aufgefordert die Unterhose herunterzulassen, um zu *»schaun, ob Du ein Jud´bist«*. Ein herbeigezogener Polizeiarzt begutachtete ihn im Halbdunkel aus 4 Meter Entfernung und sagte: *»Auftreten brauchst eh´nimmer, Du Sau«* und verschwand. Vier Tage später ergab eine ärztliche Untersuchung, daß der Meniskus des rechten Knies herausgesprungen war, das Kreuzband angerissen und das Seitenband ganz abgerissen. Darüberhinaus: Schwere Schädelprellungen, leichte Gehirnerschütterung, schwere Hautabschürfungen am ganzen Körper und Prellungen am Steißbein.

Seine Notizbücher, darunter ein elektronisches, wurden trotz des Hinweises auf das Redaktionsgeheimnis, beschlagnahmt. Zwei Beamte der Staatspolizei gaben als Grund der Beschlagnahme gespeicherte Daten über Personen aus der Neonazi-Szene an, zu denen er auch später befragt wurde. Es handelte sich um deutsche Neonazis, über die Purtscheller im Zusammenhang mit der Briefbombenkampagne österreichischer und deutscher Rechtsextremisten recherchierte. Konkret wurde auf Angaben über Arnulf-Winfried PRIEM und Bendix WENDT (beide Berlin) und Peter NAUMANN (Wiesbaden) verwiesen.

Die Polizei ermittelt nun gegen W. Purtscheller wg. 5-facher schwerer Körperverletzung und hat einen Haftbefehl erwirkt, der momentan außer Kraft gesetzt ist.. Purtscheller selbst hat Anzeige gestellt und kann sich auf zahlreiche Augenzeugen berufen. Doch zwei der Augenzeugen sollen aus dem Weg geräumt werden. Mahmout B. sitzt seitdem wg. *»Widerstandes gg. die Staatsgewalt«* in Untersuchungshaft. Mamadou L., ein mauretanischer Augenzeuge, sitzt in Abschiebehaft und soll so schnell wie möglich in sein Heimatland deportiert werden. Dort erwartet ihn die Todesstrafe.

Die Polizeiführung tritt die Flucht nach vorn an. Zeitungsredaktionen werden angerufen und vor Purtscheller gewarnt. Er sei Mitglied einer »terroristischen Vereinigung«, das gehe aus seinem Notizbuch hervor. Doch Lügen haben kurze Beine. Der Polizist, der Purtscheller den ersten Faustschlag versetzte, ist bereits vom Dienst suspendiert worden. Er ist Anhänger der FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS-FPÖ von Jörg Haider. Die aussagenden Polizeibeamten haben sich in schwere Widersprüche verstrickt, so daß die Beschuldigungen gegen Purtscheller wenig glaubwürdig sind. Nichts destotrotz wird Purtscheller seitdem lückenlos überwacht und aus dem Polizeiapparat bedroht: *»Paß auf, die bringen Dich um.«*

Unterdessen regt sich internationaler Protest. Die international renommierten

»Reporter ohne Grenzen« haben beim Staatspräsident protestiert, genauso wie Journalistengewerkschaften aus der BRD. Proteste kommen auch aus den USA, England und Frankreich.

An dem Überfall auf Purtscheller und andere wird deutlich, daß ein Teil des Apparates unbequeme Kritiker ausschalten will. Es sind die Seilschaften um Jörg Haiders FPÖ und sympathisierende Kräfte innerhalb der Polizei. Anhänger der FPÖ sind innerhalb der Staatspolizei und Wiener Polizei in überdurchschnittlicher Anzahl vertreten. Auf einer Wahlveranstaltung vor 200 Polizeioffizieren nahm auch Haider zu dem Überfall auf Purtscheller Stellung: *»Es ist doch schön wenn ein lästiger Journalist ein bisserl zur Räson gebracht wird«* - Gejohle im Saal.

Purtscheller sorgte für die Auflösung der Wiener »Alarmabteilung«, die ihre Feste mit dem »Horst-Wessel-Lied« beging und deren Mitglieder zu 80% in der FPÖ-nahen Polizeigewerkschaft organisiert waren. Als die österreichische Polizei noch Serben hinter den Briefbombenattenaten suchte, war es u.a. Purtscheller, der die Beamten zwang, in der rechte Ecke zu ermitteln.

An diesem Punkt verdient die Achse »Berlin-Wien« Beachtung. Purtscheller hatte in der Vergangenheit öfters darauf hingewiesen, daß der Berliner Staatsschutz und die Bundesanwaltschaft offensichtlich alles daran setzen, die mutmaßlichen Hintermänner der Briefbombenattentate in Deutschland zu decken. Offensichtlich arbeiten Berliner Staatsschutz und österreichische Polizei grenzübergreifend. Als Purtscheller am Montag, dem 19.9.1994, von einer Berlinreise zurückkam, wurde er bereits auf dem Wiener Flughafen von zwei Kripobeamten erwartet. Es folgte eine Ausweiskontrolle, vor der üblichen Paßkontrolle, ohne Angabe von Gründen. Auch die Herausgabe der Dienstnummer wurde verweigert. Purtscheller trat am Freitag zuvor auf einer Informationsveranstaltung über den »Kaindl-Prozeß« in Berlin auf.

Protestiert gegen den Angriff auf die Pressefreiheit beim österrreichischen Staatspräsidenten:
Präsident der Republik Österreich
Thomas Klestil, Wien
fax: 0043-1-5356512
und beim Bundesminister für Inneres
Herrn Dr. Franz Löschnak
Herrengasse 7, A – 1014 Wien

(Originalzitate aus einem Interview mit Wolfgang Purtscheller und Augenzeugenberichten, 3.10.94)
(1) Der Sekretär des österreichischen Innenministers

Klagenfurt

Im August fand eine Bombenexplosion in Klagenfurt statt, bei der ein Polizist schwer, zwei weitere leicht verletzt wurden.

Es handelte sich dabei um eine 5kg schwere Rohrbome, die für eine deutsch-slowenische Volksschule bestimmt war. Sie explodierte, als die Polizisten sie in der Röntgenanlage für Gepäck am Flughafen untersuchen wollten. Nachdem anonyme Anrufer weitere Anschläge androhten, verhängte die Polizei eine Nachrichtensperre. Nur wenige Stunden nach der Explosion auf dem Flughafen wurden zwei weitere Bombendrohungen bekannt.

Eine Expertenkomission aus Wien, die wegen der Serie von Briefbombenanschlägen mit rechtsextremen Hintergrund ermittelt, untersuchte den Sprengstoff.

Innsbruck

Am 22.10.94 planen österreichische und deutsche Faschisten eine Großveranstaltung unter dem Motto »Europa im Umbruch« in Innsbruck. Aufgerufen wird von deutschnationalen schlagenden Burschenschaften, die rechtsextreme Scharnierorganisation »Ring/Rat Volkstreuer Verbände«, revanchistische Nord- und Südtiroler Schützenkompanien sowie der 70 000 Mitglieder starke, rechtsextreme »Österreichische Turnerbund«.

Die Stadt Innsbruck vermietete den Faschisten anstandslos das gesamte Innsbrucker Kongreßhaus, dessen großer Saal bis zu 3500 Personen fassen kann.

Das Thema Südtirol dient immer wieder der deutschen und östereichischen Nazi-Szene als Aufhänger für einheitsstiftende Aktionen. Bei Veranstaltungen treten die Faschisten offen für eine Revision der Grenzen und die »Ausweisung« der italienischen Bevölkerung ein.

Bereits am 11.5.1984 fand eine solche Veranstaltung im Innsbrucker Kongreßhaus statt. Damals kam es zu offenen faschistischen Kundgebungen. Anwesend waren u.a.:

- Nobert Burger, Chef der1988 verbotenen NPD Österreichs, in Italien wegen heimtückischen Mordes zu zweimal lebenslänglich plus 26 Jahre Gefängnis verurteilt.
- Harald Ofner, damals Justizminister der FPÖ, heute noch Abgeordneter der Haider-FPÖ, zudem niederösterreichischer Vorsitzender des 1960 verbotenen »Bund Heimattreuer Jugend«.

Bei den burschenschaftlichen Organisationen beteiligt sich 1994 führend die Innsbrucker Neonazi-Verbindung »Brixia«. »Brixia«- Mitglieder waren entscheidend am blutigen Südtirol-Terrorismus der 60iger Jahre beteiligt. In der Zeit von 1968-1969 wurden bei Anschlägen mindestens 30 Menschen ermordet. Das führende Mitglied Hans Georg Ley wurde im Dezember 1993 verhaftet, weil er laut Stapo an den Briefbombenattentaten gegen AntirassistInnen beteiligt war.

Küssel

Die »Nationale Initiative« wandte sich am 15.7.94 in einem Schreiben an Amnesty International, um dort dreisterweise darum zu bitten, daß sich Amnesty International *»für die sofortige Freilassung Gottfried Küssels einsetzt.«* Küssel ist nämlich »politischer Gefangener!« Anscheinend hat er keine Gewalttaten verübt und auch gar nicht dazu aufgerufen. Sondergesetze seien dazu da, den Ärmsten beispiellos zu verurteilen, zumal diese, (die Sondergesetze) *»...auf der Grundlage des sogenannten Staatsvertrages zwischen der Republik Österreich und der längst dahingegangenen Sowjetunion, ein Relikt aus stalinistischer Zeit und eines freien, demokratischen Staates unwürdig sind.«*

Amnesty International lehnte übrigens ab.

Zweite Briefbomben-Serie

Anfang Oktober wurden erneut vier Briefbomben in der Alpenrepublik verschickt. Die Adressaten waren Personen aus dem liberal-humanistischen Spektrum: Ein deutsch-slowenischer Verlag in Kärnten, eine Ausländerberatungsstelle in Vorarlberg. eine Papierfabrik in Hallein, die ImmigrantInnen beschäftigt und ein moslemischer Kulturverein in Wien. Aufgrund eines Konstruktionsfehlers detonierten die Bomben diesmal nicht.

Die erste Welle der Briefbomben sorgte im Dezember 1993 für Aufsehen, als 10 explosive Umschläge aus Solidarität mit

Video über die Nazi-Szene Dänemarks

Mitte letzten Jahres veröffentlichte Frede F. Rassmussen, ein Archivar der nationalsozialistischen Bewegung Dänemarks, seine Video- und Tonbandaufnahmen. Der dänische Fernsehsender tv2 strahlte dann im September »De skiulte band /Die geheimen Bänder« aus, einen Film über den äußersten rechten Rand, der hauptsächlich auf diesen neuen Informationen aufbaut.

Wir haben diese Dokumentation ins deutsche synchronisiert. Wenn Ihr Interesse habt, könnt Ihr diesen Film + Informationen über die rechten Parteien bei den Kommunalwahlen im Nov. 93 in Dänemark bei uns bestellen:

Gegen Vorkasse von 26,- DM incl. Porto gibts den Film bei:
H/C 159 e.V.,
Autonomes Wohnprojekt
Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Kto-Nr.: 14002248, BLZ: 21550050, Sparkasse Flensburg
Verwendungszweck: DgB

dem Neonazi-Anführer Gottfried KÜSSEL adressiert waren - 10 Briefe für 10 Jahre Haft (siehe Infos 26 und 27).

Das Bekennerschreiben zur 2. Bombenwelle war, wie beim ersten Mal, mit dem Namen »Graf Rüdiger von Stahremberg« gezeichnet. Zusätzlich gaben sich die Täter aus dem neofaschistischen Spektrum den Organisationsnamen BAJUWARISCHE BEFREIUNGSFRONT - SALZBURGER EIDGENOSSENSCHAFT. Die Briefe erreichten ihre Adressaten am Jahrestag der richterlichen Bestätigung des Urteils gegen den Salzburger Günter RHEINTALER, wie Küssel Kader der neonazistischen VOLKSTREUEN AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION - VAPO. 4 Briefe für 4 Jahre Haft.

Die Briefe explodierten nicht, da zwei Kabel aneinandergeraten waren und so ein Kurzschluß verursacht wurde. Wären die Bomben detoniert, wäre ihre Sprengkraft um etliches verheerender als beim ersten Mal ausgefallen. Damals diente ein Strohhalm als Behältnis des Sprengstoffes, dieses Mal handelte es sich um ein Röhrchen aus Aluminium. Bis auf den Zünder waren beide Serien der Bomben baugleich. Nach der ersten Serie wurden die Vorräte der Neonazis an dem Zündstoff Nitroglyzerin beschlagnahmt.

Spanien

»Insumisos« – die »Widerspenstigen« Totalverweigerung in Spanien

Aus Spanien wurde uns ein Artikel über die dortige antimilitaristische Bewegung zugeschickt, den wir hier in Teilen abdrucken:

Die »Insumisos« ist die bedeutendste der antimilitaristischen Aktionen, die im Spanischen Staat durchgeführt worden sind. So nennen wir die Kampagne von zivilem Ungehorsam, mit der wir 1989 angefangen haben. In diesen fünf Jahren haben wir diese Strategie als Ablehnung des SMO (Servicio Militar Obligatorio = Pflichtmilitärdienst) und des PSS (Prestacio Socila Substitutoria = Zivildienst) entwickelt. Wir widerstehen nicht nur dem SMO, sondern auch dem PSS, denn wir meinen, daß der PSS lediglich als eine Repressionsart zur Unterstützung des SMO dient.

Rund 10.000 Leute haben sich bislang für die »Insumission« ausgesprochen. Die Richter des Landes haben in ihren Urteilen so unterschiedlich darauf reagiert, daß die Regierung ihre Repressionspolitik verändern mußte:

Das Rechtsministerium veranlaßte, daß die »Insumisos« direkt in die »3. Stufe« des spanischen Gefängnissystems überführt wurden. Theoretisch ist das eine Maßnahme für »ungefährliche Gefangene« und besteht darin, daß man den ganzen Tag außerhalb des Gefängnis verbringen darf und nur nachts ins Gefängnis zurückkehrt.

Diese Maßnahme verhinderte die Diskussion, indem die »Ungehorsamen« isoliert wurden. Das Problem konnte auf staatlicher Seite als gelöst ausgegeben werden.

Deswegen haben wir auch die Haftbedingungen der 3. Stufe verweigert. Wir haben uns in Kirchen, Gewerkschaftsbüros, Universitäten usw. eingesperrt und haben bekannt gegeben, daß wir nicht mehr in die Gefängnisse zurückkehren werden. Diese Aktion war landesweit koordiniert. Die Aktion endete mit der Verhaftung von 56 »Insumisos«, die wieder die Gefängnisbedingungen erleben mußten, die vor der 3. Stufe üblich sind. Uns war diese Konsequenz bewußt, denn nach spanischen Recht haben wir »Verurteilungsbruch« begangen.

Doch dieses Netz tausender Menschen, die sich in dieser radikalen Weise gegen das Militärsystem stellen, hat ihre Wirksamkeit bewiesen: Die Totalverweigerung, die »Insumision«, wird wieder landesweit diskutiert.

Die antimilitaristische Bewegung umfaßt verschiedene Leute, die in drei große Gruppen zu unterteilen sind:

1. die radikalen »Insumisos«, die die »3.Stufe« verweigert haben,
2. die in der »3.Stufe« (dem offenen Strafvollzug) bleiben,
3. Leute, die nicht zum SMO wollen, aber an der PSS teilnehmen (Zivildienst leisten).

Die Regierung hat oft versucht, die Bewegung zu spalten, aber es ist ihnen nicht gelungen. Denn die »Insumisos« sind sich einig, egal ob der Einzelne Totalverweigerer oder Zivi ist. Die Entscheidung, am Verurteilungsbruch (Verweigerung der 3.Stufe des Strafvollzugs) teilzunehmen, ist die persönliche Entscheidung des Einzelnen. Die Bewegung der »Insumisos« will keine Doktrin aufstellen und das persönliche Gewissen der Leute lenken. Trotzdem ist unsere Aktionseinheit deutlich: Ein Großteil der Zivis haben sich für die »Insumisos« ausgesprochen.

Unser Ziel ist: Wir wollen eine Friedenskultur, die positive und friedliche Lösungen für jedes Problem vorschlägt und alle Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit direkt bekämpft. Unser Risiko und unsere Hoffnung sollen diese Gesellschaft verändern, in der alle BürgerInnen an der staatlichen Macht teilhaben und mitentscheiden können.

Norwegen

Bombenanschlag auf Blitz

Glück spielte bei einem Bombenanschlag in Oslo eine Rolle. In der Nacht vom 20. auf den 21. August versuchten Unbekannte das Besetzerzentrum Blitz in die Luft zu sprengen. Der Versuch scheiterte, weil der Sprengsatz bei dem Versuch, ihn in den Hinterhof von Blitz zu werfen, an einem Zaun abprallte und auf die Straße zurückfiel. Die Detonation zerstörte sämtliche Fenster im Blitz und in der Nachbarschaft und brachte die Mauer einer angrenzenden Garage zum Einfall. Zuvor waren drei Schüsse auf die Fenster von Blitz abgegeben worden. Von den drei anwesenden Personen, die sich zu diesem Zeitpunkt im Haus aufhielten, wurde keiner ernsthaft verletzt. Augenzeugen sahen einen jungen Mann, der vom Tatort flüchtete. Der verwendete Sprengsatz wäre in der Lage gewesen, alle Personen im Haus zu töten, hätte er sein Ziel erreicht.

2000-3000 AntifaschistInnen aus Norwegen, Schweden und Dänemark demonstrierten drei Tage später durch die Innenstadt von Oslo. Die Demonstration fand bei Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen breite Unterstützung. Einigkeit bestand in der Einschätzung, den Anschlag Nazis zuzuordnen – kein Wunder, fand doch in der Nacht des Anschlags ein Faschokonzert statt, an dem auch angereiste Nazis aus Deutschland teilnahmen.

Schweden

Transporthilfe für Neonazis.

Am Samstag, 20.8.94 brachte die schwedische Polizei eine Gruppe von Rechtsextremisten vor AntifaschistInnen in Sicherheit.

Rund 40 schwedische Faschisten versuchten in Malmö eine Kundgebung abzuhalten. Mehrere hundert Antifas gingen daraufhin gegen die Faschos und die sie schützenden Polizisten vor. Die Polizei brachte die Faschisten vom Kundgebungsort weg, weil sie nicht mehr für ihre Sicherheit garantieren konnte. Mithilfe des kostenlosen Transportes konnten die Faschisten dann ungestört in der nahegelegenen Universitätsstadt Lund demonstrieren.

Dänemark

Deutscher Nazi-Bus ausgebrannt

Nazi-Skins aus Dänemark, Deutschland und Schweden wollten den Geburtstag der dänischen Fahne (»Dannebrog«) mit einem Konzert in der Stadt Gladsaxe feiern. Nach dänischen Presseberichten waren es 60-70 deutsche Skins und Nazis aus Berlin, Stuttgart, Karlsruhe und Hamburg, die sich auf den Weg in den Norden gemacht hatten. Aber mitten in der schönsten Stimmung brach in dem deutschen Reisebus, der vor dem Veranstaltungsort geparkt war, plötzlich ein Feuer aus. Die beiden Busfahrer, die zu diesem Zeitpunkt in dem Bus schliefen, konnten sich retten, doch der Bus wurde mit allem Hab und Gut Opfer der Flammen. Danach war die Feststimmung vorbei und Gerüchte über einen bevorstehenden Angriff von Autonomen und Antifas machten die Runde. Wer kam, war die Polizei, die sichtlich im freundlichen Gespräch die erhitzten Gemüter zu besänftigen versuchte und einen Ersatz-Reisebus organisierte, der die betroffenen deutschen Nazis im Anschluß an das Konzert nach Rodby Havn zur Fähre fuhr. Ein Polizeisprecher kündigte an, daß bei künftigen Konzerten in der Schule, die den Nazis als Veranstaltungsort gedient hatte, die Polizei sich zuvor über die Mieter informieren werde. Pech für die braunen Vögel: Bus futsch und Veranstaltungsort ade.

Das Antifa-Info...

... im Abonnement:
Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Ihr könnt den Bestellvordruck nebenan verwenden, da dürfte eigentlich nichts schief gehen. Wichtig ist, ab welcher Ausgabe Ihr das Info haben wollt und bei Überweisungen bitte immer ganz sorgfältig drauf schreiben, von wem und für was das Geld ist. Außerdem müssen Abos bezahlt sein, bevor wir sie rausschicken, egal ob bar, per Scheck oder mit Überweisung.
Besonders freuen wir uns über Förderabos oder sonstige Spenden, da wir an notorischer Geldknappheit leiden.

... Nachbestellung:
Alle bereits erschienenen Ausgaben könnt Ihr nachbestellen, Ausgegangene Ausgaben sind kopiert und entsprechend teurer. Die Preise entnehmt bitte der untenstehenden Liste. Es ist immer nur die Liste aus der aktuellen Nummer zu verwenden. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt nochmal der entsprechende Portobetrag dazu und es muß ebenfalls im Voraus bezahlt werden.

... zum Weiterverkaufen:
Darüber freuen wir uns besonders. Ihr sagt uns, wieviel Ausgaben (mind. drei) Ihr haben wollt und ab welcher Ausgabe, wir verschicken die Ausgaben mit beiliegender Rechnung. Vorkasse ist schön, aber nicht Bedingung. Die Preise stehen unten.

... Preise:

Abo (5x eine Ausgabe/ca. ein Jahr):	30,00 DM
Doppelabo (5x zwei Ausgaben):	50,00 DM
zum Weiterverkaufen:	
ab drei Stück pro Ausgabe:	5,00 DM
ab fünf Stück:	10% Rabatt
ab 10 Stück:	20% Rabatt
ab 50 Stück:	25% Rabatt

(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

... Überweisungen:
Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto bitte deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist. Als Absender bitte Name und Adresse angeben, wenn bereits eine Lieferung erfolgt ist, unbedingt die Lieferadresse als Absender angeben.

Bereits erschienene Infos:

(Portokosten: 3,- DM bis fünf Stück, darüber 6,- DM)

INFO 0	87	K	3,00 DM
INFO 1	6/87	K	6,00 DM
INFO 2	12/87	K	4,50 DM
INFO 3	3/88	K	6,50 DM
Sondernr.	5/88	K	3,50 DM
INFO 4	9/88	K	7,50 DM
INFO 5	11/88	K	6,00 DM
INFO 6/7	2/89	K	8,50 DM
INFO 8	5/89	K	8,50 DM
INFO 9	10/89	K	9,50 DM
INFO 10	2/90	K	7,00 DM
INFO 11	5/90		3,00 DM
INFO 12	9/90	K	7,00 DM
INFO 13	Win/90		3,00 DM
INFO 14	Früh/91		3,00 DM
INFO 15	Som/91	K	7,00 DM
INFO 16	Win/91		3,00 DM
INFO 17	3/92		4,00 DM
INFO 18	5/92		4,00 DM
INFO 19	7/92		4,00 DM
INFO 20a/b	11/92	K	10,50 DM
INFO 21	3/93	K	9,00 DM
INFO 22	5/93		4,00 DM
INFO 23	Som/93		4,00 DM
INFO 24	10/93		4,00 DM
INFO 25	12/93		4,00 DM
INFO 26	3/94		5,00 DM
INFO 27	6/94		5,00 DM
INFO 28	11/94		5,00 DM

Abobestellung

An das Antifa-Info, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Ich möchte das Antifa-Info für fünf Ausgaben zu 30,- DM beziehen. Das Abo verlängert sich nicht automatisch, mit der letzten Ausgabe erhalte ich einen Hinweis, daß das Abo abgelaufen ist.

Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ______ (incl.) die weiteren fünf Ausgaben an folgende Adresse:

Weiterverkauf: Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise. Bitte sendet mir ______ Hefte ab der Nr. ______ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Den Betrag von DM ______ habe ich bar/als Scheck beigelegt/überwiesen (Beleg liegt bei).

Für ein Förderabo bekommt Ihr DM ______

Ich möchte an die folgende Person ein Abo verschenken:

______ Ich übernehme ein Knastabo:

Bitte schickt mir folgende alte Ausgaben:

(Preise siehe Liste, Inhaltsverzeichnis 0-20 gegen Rückporto)

Für das Geschenk-/Knastabo/die Nachbestellung habe ich DM ______ bar/als Scheck beigelegt/bereits überwiesen (Beleg liegt bei).

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105, BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

NOVEMBER 9TH 1994

INTERNATIONAL DAY AGAINST FASCISM AND ANTISEMITISM



Protection and Equal Rights for Roma!

RNC
Roma National Congress



Informationen bei: UNITED for Intercultural Action – European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees, phone +31-20-6834778, fax +31-20-6834582; Roma National Congress, phone +49-40-31942498, fax +49-40-310475